



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

## **Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien als Gegenstand österreichischer Bemühungen**

Verfasst von / submitted by

**Fidan Qorrolli**

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
**Master of Arts (MA)**

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Doz. tit. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll



**Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien als Gegenstand  
österreichischer Bemühungen**

# Inhaltsverzeichnis

<i>1 Einleitung</i> .....	8
1.1 Hintergrundinformationen zu Kosovo und Serbien.....	10
1.2 Die Bedeutung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien.....	11
1.3 Bedeutung der österreichischen Bemühungen in der Region .....	12
1.4 Forschungsfrage.....	15
1.5 Gliederung der Arbeit.....	16
<i>2 Theoretischer Hintergrund</i> .....	17
2.1 Konstruktivismus .....	17
2.2 Betrachtung der politischen Handlungen Österreichs in Bezug auf die Relationen zwischen Kosovo und Serbien mithilfe des Konstruktivismus.....	18
2.3 Historische Betrachtung der österreichischen Außenpolitik auf dem Balkan .....	24
<i>3 Analyse des Einflusses der Handlungen Österreichs auf die politische Lage Kosovos und Serbiens</i> .....	32
3.1 Der Einfluss der politischen Handlungen Österreichs auf die politischen Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien.....	32
3.2 Beziehung zwischen Serbien und Kosovo und der EU-Beitritt: österreichische Perspektive und Interaktionen .....	35
3.3 Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo: EU-Perspektive.....	42
3.4 Der Einfluss der österreichischen politischen Handlungen auf die Perspektive der EU-Integration .....	44
<i>4 Politische Entwicklungen am Westbalkan: EU-Beitritt, Konditionalität und Herausforderungen</i> .....	46
4.1 Denkbare Akteurkonstellationen und Interaktionen .....	46
4.2 Erfolgswahrscheinlichkeiten .....	66

<i>5 Diskussion .....</i>	<i>71</i>
<i>6 Fazit.....</i>	<i>76</i>
<i>Abstract.....</i>	<i>82</i>
<i>7 Literaturverzeichnis.....</i>	<i>84</i>

## Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IGH	Internationaler Gerichtshof
KFOR	Kosovo Force
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
UÇK	Befreiungsarmee des Kosovo (Ushtria Çlirimtare e Kosovës)
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
USA	United States of America

## **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1. Wirtschaftliche Situation und EU-Integration auf dem Westbalkan

Abb. 2: Russlands Versuch auf dem Westbalkan Einfluss zu gewinnen

Abb. 3: Erdoğan's Expansionspolitik

Abb. 4: Das Kaiserreich Österreich-Ungarn

Abb. 5: Der Westbalkan und die EU-Beitrittsperspektiven

## 1 Einleitung

Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) am Westbalkan<sup>1</sup> ist wie auch andere Prozesse in der EU – z. B. die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Indien oder die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – ins Stocken geraten. Dabei begann die Erweiterung mit großem Elan und bereits 2006 äußerten Dzihic und Solioz ihre große Hoffnung, die sie mit der damaligen EU-Präsidentschaft Österreichs verbanden: „Austria is in a privileged position to act as a driver with regards to the future of the Western Balkans“ (Dzihic & Solioz 2006: 14).

Die schnelle Integration der Länder des westlichen Balkans, insbesondere Serbiens, schien nur eine Frage der Zeit zu sein, zumal wichtige EU-Mitgliedstaaten diese Erweiterung unterstützten. Vor allem Länder wie Österreich, Slowenien und Italien befürworteten Belgrads raschen Aufstieg zum Beitrittskandidaten, gleichsam als unausgesprochenen Ausgleich für den Verlust Kosovos (Belloni 2009: 314). Jedoch sind bereits zuvor, 2004, Hindernisse und Probleme aufgrund der Loslösung Kosovos von Serbien aufgetreten. Eine bis dahin noch nicht vorhandene Grenze und damit einhergehende neuen Schnittstellen wurden geschaffen, die z. B. den Handel erschwerten (Baldwin-Edwards 2004).<sup>2</sup> Der ursprüngliche Elan stieß rasch auf geopolitische Probleme, da auf dem Balkan die Interessen Russlands und der EU aufeinandertreffen.

Während die EU die Anerkennung der Souveränität Kosovos sowie in weiterer Folge seinen EU-Beitritt als eine Voraussetzung bestimmt, besteht Serbien auf ein unbedingtes Vetorecht in dieser Angelegenheit und wird dabei von Russland gestützt (Antonenko 2007: 3). Die wichtige Rolle, die Russland für die Zukunft insbesondere des westlichen Balkans spielt, wurde in Arbeiten von Bieri (2015), Bechew (2018), Radeljic (2018) und Dzihic & Hergan (2022) bestätigt.

---

<sup>1</sup> Der Begriff Westbalkan wurde 1998 im Zuge eines EU-Gipfels eingeführt und die Länder, die dazu gehören, sind Albanien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien.

<sup>2</sup> Baldwin-Edwards berichtet eine Episode, die verdeutlicht, wie Regulationen, die Erleichterung bringen oder eine Zusammenarbeit regeln sollen, oftmals, aufgrund der kulturellen und geopolitischen Gegebenheiten, das Gegenteil erreichen: „Thus, the visa control and border system of Schengen is a direct impediment to regional economic development in the Balkans: even Greek Presidency idea of a visa-free zone (which was never taken seriously) was not a complete solution. Evidence from the Bulgaria/Greek border shows that border crossings initially became more problematic when the visa requirement was removed, owing to the discretionary powers granted to border guards and arbitrary use of them“ (Baldwin-Edwards 2004: 13). „A visa-free zone (which was never taken seriously) was not a complete solution, Evidence from the Bulgaria / Greek border shows that border crossings initially became more problematic when the visa requirement was removed, owing to the discretionary powers granted to border guards and arbitrary use of them“ (Ebd.).



Zu diesen geopolitischen Problemen kommen Meinungsverschiedenheiten auf lokaler Ebene in Kosovo und Serbien hinzu, die als Demokratisierungsprobleme beschrieben werden können.

Die gängige Annahme dazu, wie sie z. B. in den Arbeiten von Renner und Trauner (2009) oder Vachudova (2014) getroffen wurde, lautet: Die Aussicht auf wirtschaftliche Prosperität als EU-Mitglied zieht Demokratisierungsbemühungen und -erfolge in Serbien und Kosovo nach sich. So meinen z. B. Renner und Trauner, dass die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft in besonderem Maße zur Übernahme von EU-Recht beitrage (Renner & Trauner 2009: 449). Nelaeva und Semenov (2016) verweisen zudem darauf, dass das russische Engagement in der Ukraine aus der Perspektive russischer Außenpolitik zu einem Bedeutungsverlust des Westbalkans führte, weshalb es der EU gelungen ist, ihren Einfluss in Serbien auszubauen – ein Erfolg, der wegen der notwendigen Anerkennung der Souveränität Kosovos durch Serbien von entscheidender Bedeutung ist. Die Vorstellung einer wirtschaftlichen Prosperität bzw. die Aussicht auf dieselbe stelle auf Dauer einen so starken Anreiz dar, dass nationale Egoismen zurücktreten und Länder mit diametral entgegengesetzten Interessen, wie hier Serbien und Kosovo, eine Einigung finden.

Allerdings kommen neuere Untersuchungen zur Frage der Europäisierung – also dazu, wie stark sich potenzielle Mitgliedstaaten den Werten und Normen der EU verschreiben – zu einem gänzlich anderen Ergebnis: Zhelyazkova et al. (2019) sind der Ansicht, dass die Europäisierung als solche allein nicht ausreicht, um Serbien und Kosovo auf den *Acquis Communautaire* zu verpflichten. Vielmehr müssten Kapazitäten und Koalitionen („capacity building“ bzw. „coalition building“) aufgebaut werden (Zhelyazkova et al. 2019: 35). Noch pessimistischer meint Radeljic (2019): „By turning a blind eye in front of numerous moves and decisions, the EU has contributed to semi-authoritarian practices in the Western Balkans. Accordingly, whichever the level of support for the EU in the region, its involvement has revealed hypocrisy towards the EU's core principles and values such as the rule of law and human rights“ (Radeljic 2019: 157).

Damit scheinen die Beitrittsbemühungen ebenso wie die Frage der Anerkennung der Souveränität Kosovos durch Serbien in eine Sackgasse geraten zu sein, was – wie die bisherige Darstellung nahelegt – letztlich darauf zurückzuführen ist, dass im westlichen Balkan ein Geflecht von widerstreitenden Interessen aufeinandertrifft. Die österreichische Außenpolitik kommt hierbei einmal mehr als wichtige Akteurin ins Spiel, der es aufgrund historischer Verbindungen gelingen kann, den Stillstand zu überwinden und die Integration des Westbalkans in die EU voranzutreiben.

In der gegenwärtigen vernetzten globalen Landschaft spielen die Internationalen Beziehungen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der regionalen Stabilität und der Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen den Nationen. In diesem Zusammenhang sind die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien aufgrund ihrer historischen Komplexität und der möglichen Auswirkungen auf die gesamte Balkanregion von großer Bedeutung (Petričušić, 2005).

Die komplizierte Natur dieser Beziehung ergibt sich aus einer langen Geschichte von territorialen Streitigkeiten, ethnischen Spannungen und konkurrierenden Erzählungen über die nationale Identität. Kosovo, ein Binnenland auf dem westlichen Balkan, ist eine Region von historischer und kultureller Bedeutung sowohl für die Kosovo-Albaner als auch für die Kosovo-Serben. Durch die Eingliederung in die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien im späten 19. Jahrhundert entstand eine enge Verbindung zwischen den beiden Entitäten (ebd.). Diese Verbindung wurde jedoch im Laufe der Jahre durch Konflikte und Herausforderungen beeinträchtigt.

Angesichts der historischen Komplexität und der potenziellen Auswirkungen der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien ist es wichtig, die Bemühungen Österreichs zur Förderung konstruktiver Beziehungen zwischen den beiden Entitäten zu untersuchen. Österreich hat als Nachbarland mit historischen Bindungen an die Region die Bedeutung seines Engagements bei der Bewältigung der Herausforderungen erkannt, mit denen Kosovo und Serbien konfrontiert sind. Seine geografische Nähe und seine tiefen historischen Wurzeln haben Österreich zu einem Schlüsselakteur bei der Förderung von Frieden, Stabilität und Versöhnung auf dem Westbalkan gemacht. Österreichs außenpolitische Ziele auf dem Balkan konzentrieren sich auf die Erleichterung des Dialogs, die Förderung vertrauensbildender Maßnahmen und die Unterstützung der Umsetzung von Vereinbarungen zwischen Kosovo und Serbien (Stojanovic, 2023).

## **1.1 Hintergrundinformationen zu Kosovo und Serbien**

Der Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren verschärfte die bereits bestehenden Spannungen zwischen der Region Kosovo und der Region Serbien und führte zu einer Reihe von bewaffneten Konflikten, darunter der verheerende Kosovokrieg von 1998 bis 1999. Die Folgen des Krieges, einschließlich der Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Jahr 2008, haben die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien vor große Herausforderungen gestellt, wobei ungelöste Fragen der

Souveränität, Anerkennung und ethnischen Dynamik weiterhin im Vordergrund stehen. Der seit Langem bestehende Streit zwischen den beiden Entitäten belastet ihre bilateralen Beziehungen und behindert die regionale Zusammenarbeit (Judah, 2008).

Laut der Crisis Group (2023) sind die Regierung, Minderheitenrechte und der Status der mehrheitlich serbischen Gebiete in Kosovo zentrale Herausforderungen in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Die Schaffung effektiver Regierungsstrukturen und die Gewährleistung des Schutzes von Minderheitenrechten stießen auf Hindernisse und belasten die Beziehungen weiterhin. Der ungelöste Statusstreit, in dem Serbien Kosovo als integralen Bestandteil seines Hoheitsgebiets betrachtet, erschwert den Weg zur Versöhnung.

## **1.2 Die Bedeutung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien**

Der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien hat eine große politische Bedeutung und weitreichende Folgen, die sich auf die innen- und außenpolitische Landschaft der betroffenen Region auswirken. Dieser Konflikt, der aus historischen, ethnischen und territorialen Spannungen resultiert, entwickelte sich zu einer komplexen Herausforderung, die nicht nur die bilateralen Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien betrifft, sondern auch die Dynamik auf dem Balkan insgesamt beeinflusst (Stojanovic, 2023).

Die politische Bedeutung des Konflikts ergibt sich aus mehreren Faktoren. Erstens führte der Konflikt zu einer starken Fragmentierung der politischen Landschaft in beiden Ländern. In Serbien haben nationalistische Strömungen, die eine starke Bindung an Kosovo befürworten, an Bedeutung gewonnen. Diese Strömungen, die den Verlust Kosovos als ein nationales Trauma betrachten, beeinflussten die politische Diskussion und Entscheidungsfindung, wodurch eine konstruktive Herangehensweise an die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erschwert wurde (ebd.).

Zweitens beeinflusste der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien die innenpolitische Stabilität und die nationale Identität in beiden Ländern. In Kosovo führte die Unabhängigkeitserklärung von Serbien zu einer kontroversen Diskussion über die Legitimität und Anerkennung Kosovos als souveränen Staat. Die Herausforderungen bei der Konsolidierung der staatlichen Institutionen und der Sicherung der ethnischen Minderheiten in Kosovo nahmen Einfluss auf die politische Landschaft und die Stabilität des Landes. In Serbien bedingte der Verlust Kosovos eine interne

Debatte über die nationale Identität und die zukünftige Ausrichtung des Landes. Der Konflikt prägte die politische Agenda und nationalistische Diskurse (ebd.).

Außerdem hat der Konflikt bedeutende Auswirkungen auf die regionale Stabilität auf dem Balkan. Die Spannungen zwischen Kosovo und Serbien führten zu instabilen Beziehungen und zu einem Mangel an Vertrauen zwischen den Ländern. Dies hat Auswirkungen auf die Nachbarländer und die gesamte Region. Eine dauerhafte Lösung des Konflikts ist von entscheidender Bedeutung, um regionale Stabilität zu gewährleisten und die europäische Integration des Westbalkans voranzutreiben.

Die Folgen des Konflikts zwischen Kosovo und Serbien sind vielschichtig und komplex. Auf politischer Ebene haben die anhaltenden Spannungen und der Mangel an Fortschritten im Dialog die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen behindert. Dies wirkt sich negativ auf die Aussichten beider Länder auf eine EU-Mitgliedschaft aus, da die EU einen konstruktiven und nachhaltigen Dialog als Voraussetzung für den Beitrittsprozess betrachtet.

Darüber hinaus hat der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung beider Länder. Die anhaltende Unsicherheit und Instabilität hemmen Investitionen und wirtschaftliches Wachstum, was sich negativ auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirkt. Die ethnischen Spannungen und die Diskriminierung von Minderheiten erschweren zudem die soziale Integration und den Aufbau einer multiethnischen Gesellschaft.

Insgesamt erfordert der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien eine umfassende politische Lösung, die auf einer ausgewogenen Berücksichtigung der Interessen beider Seiten basiert. Eine nachhaltige Normalisierung der Beziehungen würde nicht nur die bilateralen Beziehungen verbessern, sondern auch die regionale Stabilität fördern und den Weg für eine EU-Integration ebnen. Es ist entscheidend, dass alle Beteiligten einen konstruktiven Dialog führen, um die politische Bedeutung des Konflikts zu erkennen und die Folgen auf breiterer Ebene anzugehen.

### **1.3 Bedeutung der österreichischen Bemühungen in der Region**

„Österreich ist mit den Ländern Südosteuropas historisch, wirtschaftlich und kulturell eng verbunden. [...] Die sechs Länder Südosteuropas (... Kosovo ... und Serbien), noch nicht

Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, nehmen daher einen hohen Stellenwert in der österreichischen Außenpolitik ein. [...] Es liegt im Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse, dass die Zukunft Südosteuropas in der Europäischen Union verankert ist“.<sup>3</sup> Die zitierte Passage ist der Internetpräsenz des österreichischen Ministeriums für Europa, Integration und Äußeres entnommen. Sie mündet in das primäre Ziel österreichischer Außenpolitik, die benannten Staaten des Westbalkans, die noch nicht EU-Mitglied sind, zu einem „Raum der Stabilität“ zu entwickeln. Das heißt, das Ziel österreichischer Außenpolitik ist die Integration der noch verbleibenden sechs Nicht-EU-Staaten des Balkans in die EU. Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind die Bemühungen der österreichischen Außenpolitik um die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien mit dem Ziel, beide Staaten in die EU zu integrieren. Dabei ist das Verhältnis dieser Staaten zueinander kein einfaches. Nach dem Zerfall Jugoslawiens sind die Beziehungen zwischen den Ländern bis heute angespannt (Nielsen 2018: 155). Vor allem Serbiens Weigerung, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen, erschwert die Erreichung der Ziele der österreichischen Außenpolitik.<sup>4</sup> Dennoch sind sie in den jeweiligen Aktionsplänen Österreichs als vordringlich eingestuft (Hoxhaj & Kurz 2017, Vucic & Kurz 2017). Dass die österreichische Regierung der eigenen Außenpolitik zu dieser Thematik eine besondere Rolle zuweist, verdeutlichen in der Vergangenheit eine Reihe von Beispielen. Die Ermöglichung von Geheimverhandlungen zwischen Vertreter\*innen Kosovos und Serbiens in Wien sei hier nur als ein Beispiel genannt.<sup>5</sup> Erschwert wird die Aufgabe auch dadurch, dass die EU-Kommission Serbien zwar als Beitrittskandidaten führt, Kosovo aber bislang lediglich den Status eines potenziellen Beitrittskandidaten zugesteht,<sup>6</sup> was darauf zurückzuführen ist, dass die EU-Mitglieder Griechenland, Rumänien, Spanien, die Slowakei und Zypern Kosovo nach wie vor die staatliche Anerkennung verweigern. Entsprechend schreiben Cede und Prost: „Mit Mazedonien, Serbien und Albanien sind die als Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen notwendigen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) in Kraft. Bedauerlicherweise weigern sich nach wie vor fünf EU-Mitgliedstaaten, die Völkerrechtskonformität und Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen, obwohl diese durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) bereits 2010 bestätigt wurde“ (Cede & Prost 2015: 124). Die Aufgabe, die sich die österreichische Außenpolitik

---

<sup>3</sup> Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten (o. J.).

<sup>4</sup> Die Presse (2019).

<sup>5</sup> Die Presse (2016).

<sup>6</sup> European Commission (2022).

aufgebürdet hat, zielt somit nicht nur darauf ab, als Intermediär zwischen Kosovo und Serbien tätig zu sein, sondern auch darauf, die Anerkennung Kosovos durch die oben genannten fünf EU-Mitgliedstaaten zu bewirken.

Darüber hinaus sind die Integration Serbiens und Kosovos sowie der dazu notwendige Ausgleich bzw. die notwendige Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in eine geopolitische Gesamtlage eingebettet, die neben der EU noch andere Player vorsieht, die sich auf dem Westbalkan betätigen, allen voran Russland und die Türkei. Während die Aktivitäten Russlands in der Ukraine vornehmlich dazu führten, dass Deutschland, Österreich und „andere EU-Staaten“ die Beitrittsverhandlungen u. a. mit Serbien und Kosovo intensivieren wollen, stellen Akbulut, Dzihic und Günay (2018) in verschiedenen Länderanalysen fest, dass der Westen – allen voran die USA und die EU – auf dem Balkan an Boden verliert, und zwar zugunsten der Türkei und Russlands, die beide ein Interesse daran haben, sowohl Serbien als auch Kosovo an sich zu binden (Akbulut, Dzihic & Günay 2018). Dzihic und Günay (2018) kommen dabei zu der Einschätzung, dass die Türkei, die bislang als ehrliche Maklerin der EU am Balkan aufgetreten war, bei den „lokalen Politiker[n] auf dem Balkan“ verstärkt für eine Ablösung von der EU wirbt.

Diese Strategie wirft ein neues Licht auf die dynamische geopolitische Landschaft der Region. Zusätzlich zu dieser Entwicklung haben laut Bieri (2015) russische Interventionen auf dem Westbalkan zwar nicht die Ambitionen der sechs EU-Beitrittskandidaten verändert, jedoch haben sie eine gewisse Ungewissheit erzeugt, die die Investitionsbereitschaft in die Region beeinflusst. Fischer (2016) unterstützt diese Einschätzung und betont ebenfalls die Bedeutung der entstandenen Ungewissheit für potenzielle Investitionen. Diese Geopolitik hat somit nicht nur Auswirkungen auf die politischen Allianzen, sondern auch auf die wirtschaftliche Stabilität und die strategische Ausrichtung der Region.

Unter Berücksichtigung dieser verschiedenen Perspektiven wird deutlich, dass die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Westbalkan stark von einer komplexen Interaktion globaler Akteure geprägt sind. Die Bemühungen der Türkei und die Auswirkungen russischer Interventionen sind nur einige der vielfältigen Faktoren, die die Zukunft der Region beeinflussen könnten.

Österreichs Engagement in der Region Kosovo und Serbien ist aufgrund seiner historischen Verbundenheit und geografischen Nähe von großer Bedeutung. Als EU-Mitglied setzt sich

Österreich aktiv für die Vermittlung und Erleichterung des Dialogs zwischen den beiden Entitäten ein. Durch die Bereitstellung einer Plattform für konstruktives Engagement versucht Österreich, für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden und zu dauerhaftem Frieden und Stabilität in der Region beizutragen. Darüber hinaus bietet Österreich technische Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der Regierungsführung, der Rechtsstaatlichkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und des EU-Integrationsprozesses. Unter Nutzung seiner diplomatischen Erfahrung beteiligte sich Österreich aktiv an der Vermittlung und Erleichterung des Dialogs zwischen Kosovo und Serbien mit dem Ziel, für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden.

#### **1.4 Forschungsfrage**

In dieser Arbeit soll untersucht werden, inwiefern die österreichische Politik die Beziehung zwischen Kosovo und Serbien beeinflusst. Außerdem ist interessant, wie die österreichische Außenpolitik ihre Ziele hinsichtlich der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo und der Integration beider Staaten in die EU erreichen kann.

Durch die Untersuchung der österreichischen Beteiligung an diesen Bemühungen können wertvolle Einblicke in die Dynamik der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien sowie in das Potenzial für deren Integration in die EU gewonnen werden. Des Weiteren können auf politischer Ebene mögliche Änderungsvorschläge und Handlungsempfehlungen generiert werden. Aus diesem Grund lautet die Forschungsfrage dieser Arbeit:

*„Inwiefern haben politische Handlungen Österreichs zu der aktuellen Beziehung zwischen Kosovo und Serbien beigetragen?“*

Untergeordnete Fragen sind, wie die EU auf diese Handlungen Einfluss genommen hat oder nimmt, und inwiefern sich diese politischen Einflussnahmen auf die Perspektive auswirken, dass Kosovo und Serbien in Zukunft in die EU aufgenommen werden.

Auf der Grundlage des theoretischen Rahmens des Konstruktivismus wird die Analyse die Effektivität der österreichischen Bemühungen bewerten, die aufgetretenen Herausforderungen untersuchen und Empfehlungen für zukünftige Maßnahmen geben.

Durch die Analyse der vorliegenden Literatur zum Thema, den Rückblick auf den historischen Kontext des österreichischen Engagements auf dem Balkan und die Analyse der vergangenen und gegenwärtigen Dynamik zwischen Kosovo und Serbien soll die vorliegende Arbeit die Rolle Österreichs in Bezug auf die Beziehungen zwischen den beiden Balkanstaaten und den Beitrag zu den EU-Integrationsbestrebungen beider Staaten beleuchten.

## **1.5 Gliederung der Arbeit**

Nach einer einführenden Darstellung im ersten Kapitel konzentriert sich das zweite Kapitel dieser Arbeit ausführlich auf die theoretischen Grundlagen der politischen Situation sowie auf die Besonderheiten der österreichischen Außenpolitik auf dem Balkan. Es untersucht zudem die Dynamik zwischen Kosovo und Serbien und beleuchtet dabei die konkreten Bemühungen Österreichs, seine politischen Ziele in dieser Region zu erreichen.

Das dritte Kapitel beschreibt den historischen Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo, beleuchtet ihre Beziehung zu Österreich sowie die Einflüsse, die Österreich auf diese Region ausgeübt hat. Es thematisiert außerdem die Bedeutung der Diaspora in Österreich für den Dialog zwischen den Parteien sowie die technische Unterstützung, die Österreich zur Stärkung der Institutionen im Kosovo und in Serbien bereitgestellt hat.

Im vierten Kapitel wird die beschriebene geopolitische Gesamtlage auf dem Westbalkan näher beleuchtet. Hierbei stehen die Europäische Union, Russland und die Türkei im Fokus der Betrachtung. Die Wirksamkeit der österreichischen Außenpolitik wird dabei intensiv diskutiert, und es erfolgt eine eingehende Bewertung. Zudem werden Empfehlungen für künftige Maßnahmen abgeleitet. Das fünfte und abschließende Kapitel, das Fazit, fasst alle relevanten Erkenntnisse dieser Arbeit zusammen. Ein kurzer Ausblick auf weitere aufschlussreiche Forschungsfragen bildet den Abschluss dieser umfassenden Untersuchung.



## **2 Theoretischer Hintergrund**

Das Verständnis der theoretischen Grundlagen, die der Analyse internationaler Beziehungen zugrunde liegen, ist entscheidend für das Verständnis der Dynamik zwischen Kosovo und Serbien und der Rolle Österreichs in ihren Interaktionen. In diesem Kapitel wird ein kurzer Überblick über den Konstruktivismus als theoretischen Rahmen gegeben und zudem werden seine wichtigsten Konzepte und Prinzipien hervorgehoben.

### **2.1 Konstruktivismus**

Ein weiteres Thema, das vor dem Beantworten der Forschungsfrage kurz vorgestellt werden soll, ist das Konzept des Konstruktivismus.

Im Rahmen der Analyse des Einflusses der österreichischen Politik auf die Beziehungen und die politische Situation zwischen Kosovo und Serbien liefert der konstruktivistische Ansatz wertvolle Erkenntnisse. Der Konstruktivismus hebt hervor, dass soziale und politische Realitäten durch soziale Konstruktionen und Wahrnehmungen geformt werden. Ideelle Faktoren wie Normen, Werte und Identitäten spielen eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung von politischen Prozessen und der Formung von Beziehungen zwischen Staaten (McCourt, 2022).

Im Hinblick auf die österreichische Politik im Kosovo-Serbien-Konflikt können konstruktivistische Ansätze helfen, den Einfluss auf verschiedenen Ebenen zu analysieren. Zuerst ist es möglich, die politische Rhetorik und Diskurse Österreichs zu untersuchen. Dadurch lässt sich verstehen, wie bestimmte Narrative und Identitäten konstruiert werden und welche Auswirkungen sie auf die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien haben. Österreich könnte beispielsweise seine historischen, kulturellen oder ethnischen Verbindungen zur Region betonen und dadurch bestimmte Positionen einnehmen oder Interessen fördern.

Ein weiterer Aspekt ist die Analyse der diplomatischen Praxis Österreichs. Dabei kann untersucht werden, wie das Land als Vermittler oder Unterstützer des Dialogs zwischen Kosovo und Serbien agiert. Inwiefern trägt Österreich zur Schaffung einer positiven Diskursivität bei, indem Vertrauen zwischen den Konfliktparteien aufgebaut, Konfliktlösungsmechanismen gefördert und alternative Perspektiven einbezogen werden?

Des Weiteren ist es relevant, die politischen Praktiken Österreichs und seine Bereitstellung von Ressourcen und Unterstützung für Kosovo und Serbien zu analysieren. Inwiefern beeinflussen diese Praktiken die politische Situation und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern? Die humanitäre Hilfe, die Österreich leistet, kann beispielsweise dazu beitragen, Vertrauen und Zusammenarbeit aufzubauen, indem grundlegende Bedürfnisse erfüllt werden und eine positive Wahrnehmung Österreichs in der Region geschaffen wird.

Zusätzlich ist es wichtig, die normativen Grundlagen der österreichischen Politik im Kosovo-Serbien-Konflikt zu analysieren. Welche Normen und Werte leiten die österreichische Politik in Bezug auf Konfliktlösung, Menschenrechte oder territoriale Integrität? Wie beeinflussen diese Normen und Werte die Handlungen und Positionen Österreichs in Bezug auf den Konflikt und seine Auswirkungen auf die politische Situation?

Insgesamt bietet der konstruktivistische Ansatz wertvolle Einblicke in den Einfluss der österreichischen Politik auf die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien und die politische Situation. Durch die Analyse von Diskursen, diplomatischen Praktiken, Ressourcenbereitstellung und normativen Grundlagen kann dieser Ansatz helfen, die sozialen Konstruktionen und Wahrnehmungen zu verstehen, die die Beziehungen zwischen den Akteuren formen und beeinflussen.

## **2.2 Betrachtung der politischen Handlungen Österreichs in Bezug auf die Relationen zwischen Kosovo und Serbien mithilfe des Konstruktivismus**

### **2.2.1 Überblick über den Konstruktivismus**

Der Konstruktivismus ist ein bedeutender theoretischer Ansatz im Bereich der internationalen Beziehungen, der die Rolle von Ideen, Normen und sozialen Konstruktionen bei der Gestaltung des Verhaltens von Staaten und internationalen Interaktionen betont (Wiener, 2006). Im Gegensatz zu traditionellen realistischen oder liberalen Perspektiven, die sich auf materielle Fähigkeiten oder formale Institutionen konzentrieren, legt der Konstruktivismus Wert darauf, wie Akteure die Welt um sich herum interpretieren und ihr einen Sinn geben.

Der Konstruktivismus entstand in der Zeit nach dem Kalten Krieg und hielt mit einer kritischen Haltung gegenüber den Rationalisten (neoliberal und neorealistisch) und ihren Kritikern (Cristol,

2011) Einzug in den Bereich der Theorien der internationalen Beziehungen. Der Studie zufolge wurden die Unzulänglichkeiten dieser Ansätze bei der Vorhersage und Erklärung des Endes des Kalten Krieges hervorgehoben. Im Gegensatz zu den Rationalisten, die sich in erster Linie auf materielle und wirtschaftliche Faktoren konzentrieren, legen die Konstruktivisten den Schwerpunkt auf kulturelle Faktoren, die Macht von Ideen, Normen und Identitäten bei der Gestaltung von Prozessen im Zusammenhang mit der Bildung von Interessen, der Definition von Überleben und den Mechanismen der internationalen Politik.

Konstruktivisten argumentieren, dass Interessen und Identitäten nicht feststehen, sondern vielmehr durch sozio-historische Prozesse geformt werden und voneinander abhängig sind. Infolgedessen kann der Konstruktivismus als Teil der vierten Debatte innerhalb der theoretischen Untersuchung der internationalen Beziehungen betrachtet werden, da er einen post-positivistischen Ansatz vertritt, der versucht, die Kluft zwischen positivistischen und post-positivistischen Perspektiven zu überbrücken. Durch die Einbeziehung des Einflusses von Ideen, Normen und Identitäten bietet der Konstruktivismus ein breiteres Verständnis der internationalen Beziehungen, das über rein materielle Überlegungen hinausgeht und zu einer umfassenderen Analyse globaler Angelegenheiten beiträgt (McCourt, 2022).

Durch die Anwendung des Konstruktivismus auf die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien lassen sich wertvolle Erkenntnisse darüber gewinnen, wie sich Identität und gemeinsames Verständnis auf ihre Interaktionen auswirken. Darüber hinaus leiten Normen und Institutionen das Verhalten der Staaten, und die Befolgung oder Ablehnung dieser Normen wirkt sich auf ihre Vorgehensweise aus. Die Berücksichtigung dieser Faktoren hilft dabei, die Motivationen und Strategien zu verstehen, die Österreich als Vermittler und Förderer des Dialogs zwischen Kosovo und Serbien einsetzt.

## **2.2.2 Schlüsselkonzepte und Prinzipien des Konstruktivismus**

### Soziale Konstruktion der Wirklichkeit

Dem Konstruktivismus zufolge ist die Realität keine objektive und feste Größe, sondern wird durch gemeinsame Bedeutungen, Normen und Ideen sozial konstruiert. Für die internationalen Beziehungen bedeutet dies, dass Staaten und andere Akteure ihre Identitäten, Interessen und ihr

Verständnis der Welt aus ihren Interaktionen mit anderen ableiten. Im Konstruktivismus wird betont, dass die Realität in den internationalen Beziehungen nicht als eine objektive und feste Größe betrachtet wird, sondern vielmehr als sozial konstruiert durch gemeinsame Bedeutungen, Normen und Ideen (Wendt, 1999). Dieser Ansatz argumentiert, dass die Identitäten, Interessen und das Verständnis der Welt von Staaten und anderen Akteuren aus ihren fortlaufenden Interaktionen mit anderen Akteuren abgeleitet werden.

Dies legt nahe, dass das Verhalten und die Handlungen von Staaten durch den sozialen Kontext, in dem sie agieren, beeinflusst werden.

### Normen und Identität

Normen sind ein zentrales Thema im Konstruktivismus, da sie das Verhalten von Staaten leiten und die Erwartungen der Akteure in den internationalen Beziehungen prägen. Konstruktivisten<sup>7</sup> argumentieren, dass die Identitäten, Überzeugungen und Werte von Staaten ihr Handeln und ihre politischen Präferenzen beeinflussen (Faraj & Othman, 2019). Staaten werden nicht nur durch materielle Interessen motiviert, sondern auch durch ihren Wunsch, bestimmte Normen und Grundsätze einzuhalten und aufrechtzuerhalten, die in verschiedenen Kontexten variieren können.

### Die Rolle der Ideen und des Diskurses

Der Konstruktivismus betont die Bedeutung von Ideen und Diskursen für das Verhalten von Staaten sowie internationale Ergebnisse. Die Art und Weise, wie Akteure Themen formulieren, kommunizieren und Narrative konstruieren, kann ihre Wahrnehmungen und Handlungen beeinflussen. Der Konstruktivismus argumentiert, dass Ideen und Diskurse das Verständnis von Ereignissen prägen, die Agenden von Staaten gestalten und die Möglichkeit von Kooperation oder Konflikt beeinflussen (Faraj & Othman, 2019). Ideen können die Bildung von Interessen und Identitäten sowie die Art und Weise, wie Akteure Ereignisse interpretieren und darauf reagieren, beeinflussen.

---

<sup>7</sup> Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form in dieser Arbeit geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

### **2.1.3 Anwendung des Konstruktivismus auf die internationalen Beziehungen**

Die Anwendung des Konstruktivismus auf die Auswertung der internationalen Beziehungen bietet wertvolle Einblicke in das Verständnis der Dynamik und Komplexität der globalen Angelegenheiten. Durch die Konzentration auf die Rolle sozial konstruierter Ideen, Normen und Identitäten bietet der Konstruktivismus eine Perspektive, die über materielle Faktoren und Machtdynamik hinausgeht (McCourt, 2022). Ein wichtiger Bereich, in dem der Konstruktivismus angewandt wurde, ist die Analyse von staatlichem Verhalten und Entscheidungsprozessen. Konstruktivisten argumentieren, dass das Handeln von Staaten nicht allein durch materielle Interessen bestimmt wird, sondern durch gemeinsame Überzeugungen und Normen innerhalb des internationalen Systems geprägt ist. Diese Normen beeinflussen die Wahrnehmung der Interessen der Staaten und leiten ihr Verhalten in verschiedenen Kontexten, wie Konfliktlösung, Diplomatie und Zusammenarbeit.

Der Konstruktivismus bietet auch Einblicke in die Rolle der internationalen Institutionen und Normen bei der Gestaltung der Global Governance. Durch die Betonung des sozial konstruierten Charakters von Institutionen hebt der Konstruktivismus hervor, wie diese Institutionen eine Rolle bei der Definition und Stärkung von Normen sowie der Gestaltung des Verhaltens von Staaten spielen. Die von internationalen Institutionen aufrechterhaltenen Normen können das Handeln von Staaten beeinflussen, die Zusammenarbeit fördern und die Entwicklung von internationalem Recht und Menschenrechtsstandards beeinflussen (Sjoberg, 2017).

Der Konstruktivismus bietet einen wertvollen Blickwinkel für die Analyse der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien sowie der Beteiligung Österreichs. Durch die Fokussierung auf die Rolle von Normen, Identitäten und Diskursen hilft er, die sozialen und kulturellen Faktoren zu erhellen, die den Konflikt-, Kooperations- und Versöhnungsprozess in der Region prägen (Faraj & Othman, 2019).

Im Kontext der österreichischen Außenpolitik bietet der Konstruktivismus Einblicke in die Art und Weise, wie Österreichs Identität, Normen und Ideen seine Herangehensweise an die Vermittlung zwischen Kosovo und Serbien beeinflussen. Das Verständnis der Macht von Ideen, Diskursen und normativen Rahmen ermöglicht ein tieferes Verständnis der potenziellen Wirksamkeit der österreichischen Bemühungen zur Erreichung ihrer Ziele.

## 2.2.4 Rolle Österreichs

Die politischen Handlungen Österreichs, die Kosovo und Serbien betreffen, bieten wertvolle Einblicke in die diplomatischen Initiativen und Interventionen des Landes in der Region. Österreichs Rolle als Vermittler und Moderator des Dialogs ist weithin anerkannt, wobei seine Neutralität und seinen Status als vertrauenswürdiger Vermittler als Schlüsselfaktoren für die Schaffung eines für einen offenen Dialog förderlichen Umfelds hervorheben (Bugajski, 2014).

Vor dem Hintergrund des Konstruktivismus besteht die Hypothese, dass die gemeinsamen Überzeugungen innerhalb der EU zu Entscheidungsprozessen der österreichischen Außenpolitik beigetragen haben. Ein wichtiger Aspekt des österreichischen Engagements in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien ist die Bereitstellung von technischer Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten. Experten heben die Bedeutung der Stärkung von Institutionen und der Förderung von Good-Governance-Praktiken in der Region hervor (Bugajski, 2014). Österreichs Expertise in Bereichen wie Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung trug maßgeblich dazu bei, die Grundlage für nachhaltigen Frieden und Zusammenarbeit zu schaffen. Durch die Weitergabe seiner Erfahrungen und Ressourcen unterstützte Österreich die Entwicklung und Umsetzung von Politiken und Praktiken, die mit europäischen Standards und Anforderungen übereinstimmen (Qorraj, 2016; Bhattacharya, 2007). Darüber hinaus spielte Österreich durch die Bereitstellung einer Plattform für konstruktives Engagement eine entscheidende Rolle bei der Überbrückung der Kluft zwischen Kosovo und Serbien und ermutigte beide Parteien, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und regionale Integration sind ebenfalls wichtige Schwerpunkte für Österreich, die durch konstruktivistische Konzepte geprägt sein können. In der Literatur wird die Unterstützung Österreichs für Initiativen hervorgehoben, die darauf abzielen, den Handel, die Investitionen und die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Kosovo und Serbien zu fördern (Qorraj, 2016). Durch die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit versucht Österreich, gegenseitige Vorteile und Anreize für beide Entitäten zu schaffen und gleichzeitig ein Klima der gegenseitigen Abhängigkeit zu fördern. Experten aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik würdigen Österreichs Anstrengungen zur Erleichterung von Handelsbeziehungen, zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Anziehung ausländischer Direktinvestitionen in der Region

(Bhattacharya, 2007). Darüber hinaus wird Österreichs Unterstützung für Infrastrukturprojekte wie Verkehrsnetze und Energieverbundnetze, die die regionale Integration fördern, als Mittel zur Verbesserung der Konnektivität und zur Erleichterung des Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs hervorgehoben (Grievesson et al., 2020).

Überdies wird in der Literatur das Engagement Österreichs zur Unterstützung der europäischen Integrationsbestrebungen sowohl Kosovos als auch Serbiens hervorgehoben. Die Forscher betonen die aktive Rolle Österreichs, das sich für die Einbeziehung der beiden Länder in den EU-Beitrittsprozess einsetzt und bei der Angleichung von Politik und Praxis an die europäischen Normen und Werte hilft (Vesnic-Alujevic, 2012). Durch die Unterstützung der europäischen Integration trägt Österreich nicht nur zur Stabilität und zum Wohlstand Kosovos und Serbiens bei, sondern fördert auch die regionale Zusammenarbeit und Aussöhnung.

In der Fachliteratur werden zwar die bemerkenswerten Erfolge der österreichischen Bemühungen betont, aber auch die weiterhin bestehenden Herausforderungen. Experten verweisen auf die komplexe politische Dynamik, die historischen Missstände und die tief verwurzelten Spannungen, die die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien prägen, als bedeutende Hindernisse. Die unterschiedlichen Interessen der beiden Entitäten in Verbindung mit externen Faktoren und regionalen Dynamiken erschweren den Prozess der Versöhnung und Integration zusätzlich. Es werden jedoch auch Maßnahmen vorgeschlagen, um die österreichische Außenpolitik im Kontext der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien und der EU-Integration weiter zu stärken (Vesnic-Alujevic, 2012).

In erster Linie wird in der Literatur die Bedeutung fortgesetzter Vermittlungsbemühungen Österreichs betont. Ein nachhaltiges Engagement als Vermittler ist entscheidend für die Aufrechterhaltung der Dynamik des Dialogs zwischen Kosovo und Serbien und die Bewältigung komplexer historischer Missstände. Experten unterstreichen, dass Österreich zunächst ein inklusives und konstruktives Umfeld schaffen muss, das allen relevanten Parteien ermöglicht, ihre Anliegen vorzubringen und zum Verhandlungsprozess beizutragen. Darüber hinaus fordern sie eine verstärkte technische Hilfe und Unterstützung seitens Österreichs beim Kapazitätsaufbau. Diese Hilfe sollte auf Bereiche wie Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet sein, um die Institutionen zu stärken und gute Regierungspraktiken zu fördern. Durch die Bereitstellung technischer Hilfe kann Österreich zur Konsolidierung des

Friedens in der Region beitragen und die Entwicklung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums unterstützen, das den Menschen in Kosovo und Serbien zugutekommt. Schließlich wird in der Literatur auch die Bedeutung der österreichischen Unterstützung für die europäischen Integrationsbestrebungen Kosovos und Serbiens hervorgehoben. Experten betonen die Notwendigkeit, dass sich Österreich weiterhin für die Einbeziehung der beiden Länder in den EU-Beitrittsprozess einsetzt, die notwendigen Reformen fördert und die Politik an die europäischen Normen und Werte anpasst. Die Unterstützung ihrer europäischen Integrationsbemühungen trägt nicht nur zu ihrer Stabilität und ihrem Wohlstand bei, sondern fördert auch die regionale Zusammenarbeit und Aussöhnung (Vesnic-Alujevic, 2012).

Insgesamt spielt Österreich eine wichtige Rolle bei der Förderung der Versöhnung und Integration zwischen Kosovo und Serbien. Durch seine Rolle als Vermittler, die Bereitstellung von technischer Hilfe, die Unterstützung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und sein Engagement für die europäische Integration übernimmt es eine konstruktive Funktion bei der Förderung des Dialogs, der Bewältigung von Herausforderungen und der Förderung von Frieden und Stabilität in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Dennoch bleiben Herausforderungen bestehen, und es werden Empfehlungen wie die Fortsetzung der Mediation, verstärkte technische Hilfe und die Unterstützung der europäischen Integration ausgesprochen, um Österreichs Bemühungen weiter zu stärken. Indem Österreich aus den Erfolgen und Grenzen der Vergangenheit lernt, kann es zu einer friedlichen und prosperierenden Zukunft für beide Entitäten beitragen, ihre Beziehungen zur EU festigen und die regionale Zusammenarbeit fördern.

### **2.3 Historische Betrachtung der österreichischen Außenpolitik auf dem Balkan**

Neben der Betrachtung der politischen Relationen aus Sicht des Konstruktivismus ist auch die Erläuterung der historischen Kontexte ein wichtiger Aspekt, um die politischen Handlungsweisen Österreichs in Bezug auf die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu verstehen. Daher befasst sich dieses Unterkapitel mit dem historischen Kontext und den Zielen der österreichischen Außenpolitik auf dem Balkan und beleuchtet die Rolle Österreichs als Vermittler in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien.



Die österreichische Außenpolitik ist durch einen nuancierten Ansatz gekennzeichnet, der Neutralität, regionale Stabilität und Konfliktlösung betont. Als neutrales Land hat Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen bündnisfreien Status beibehalten (Sonnleitner, 2018). Laut der Studie von Sonnleitner ermöglicht Österreich diese Neutralität, eine entscheidende Rolle bei diplomatischen Bemühungen und der Vermittlung zwischen Konfliktparteien zu spielen, wodurch es gut geeignet ist, sich in die komplexe Dynamik der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien einzubringen. Im Laufe der Jahre hat Österreich ein starkes Engagement für die Förderung der regionalen Stabilität gezeigt – insbesondere in seinen Nachbarregionen wie dem Balkan. Dieses Engagement beruht unter anderem darauf, dass Konflikte in der Region auch Auswirkungen auf die Sicherheit und den Wohlstand Österreichs haben können.

Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU prägt auch seine außenpolitischen Ziele. Das Land unterstützt aktiv den Erweiterungsprozess der EU, der die Integration der Länder des Westbalkans, einschließlich Serbiens und Kosovos, in die Union beinhaltet. Österreich betrachtet die EU-Mitgliedschaft als einen transformativen Mechanismus, der die Stabilität erhöhen, demokratische Werte fördern und die Rechtsstaatlichkeit in der Region stärken kann. Folglich legt die österreichische Außenpolitik großen Wert auf die Unterstützung der EU-Beitrittsverhandlungen dieser Länder, die Bereitstellung von Hilfe und Fachwissen sowie die Überwachung der Fortschritte bei ihren Reformbemühungen (Bonham & Shapiro, 1977).

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel sind ebenfalls wichtige Pfeiler der österreichischen Außenpolitik und dienen als Mittel zur Stärkung der bilateralen Beziehungen (Bhattacharya, 2007). Österreich tätigt hohe Investitionen in der Region und engagiert sich aktiv in Projekten zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Integration zwischen Kosovo und Serbien. Durch die Förderung von Handels- und Investitionsmöglichkeiten ist Österreich bestrebt, Interdependenzen zwischen diesen Ländern zu schaffen, die zu mehr Stabilität und gegenseitigem Nutzen beitragen können.

Darüber hinaus erkennt die österreichische Außenpolitik die Bedeutung des Kultur- und Bildungsaustauschs als wertvolles Instrument zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und zur Überbrückung gesellschaftlicher Ungleichheiten an. Durch akademische Kooperationen, Studierendenaustausche, kulturelle Veranstaltungen und Sprachprogramme fördert Österreich positive Beziehungen und schafft Möglichkeiten für den Dialog zwischen den Menschen in

Kosovo und Serbien. Solche zwischenmenschlichen Verbindungen können zu mehr Empathie, Vertrauen und Versöhnung beitragen.

### **2.3.1 Historischer Kontext des österreichischen Engagements auf dem Balkan**

Österreichs Engagement auf dem Balkan ist weitreichend. Im Laufe der Geschichte unterhielt Österreich bedeutende kulturelle, politische und wirtschaftliche Verbindungen mit der Balkanregion, die die Wahrnehmung seiner Rolle und Verantwortung in dieser Region beeinflusst haben. Die Auflösung des ehemaligen Jugoslawiens in den 1990er Jahren und die darauffolgenden Konflikte unterstrichen die Notwendigkeit für internationale Akteure, Stabilität, Frieden und Versöhnung auf dem Westbalkan zu fördern (Visoka, 2017). Kurz darauf erkannte Österreich die Bedeutung seiner Beteiligung an der Bewältigung der Herausforderungen, mit denen die Balkanländer konfrontiert sind. Danach wirkten sich die Ereignisse auf dem Balkan unmittelbar auf die Sicherheit und den Wohlstand Österreichs aus und erforderten ein proaktives Vorgehen.

Österreich ist sich der Bedeutung seines Engagements bewusst und beteiligt sich aktiv an den Bemühungen zur Förderung von Stabilität und Frieden in der Region. Durch die Nutzung seiner historischen Verbindungen, geografischen Nähe und seines tiefen Verständnisses für die Region trägt Österreich zu Initiativen bei, die auf Frieden abzielen, und unterstützt das Streben nach Versöhnung zwischen den Balkanländern. Dieses aktive Eintreten spiegelt Österreichs Entschlossenheit wider, die Stabilität zu fördern und zur allgemeinen Entwicklung sowie zum Wohlergehen des Westbalkans beizutragen (Švob-Đokić & Milohnić, 2011).

### **2.3.2 Ziele und Aufgaben der österreichischen Außenpolitik am Balkan**

Österreichs außenpolitische Ziele auf dem Balkan konzentrieren sich auf die Förderung von Frieden und Stabilität sowie auf die Förderung der europäischen Integration. Das Land ist sich der Bedeutung des Kosovo-Serbien-Konflikts und seiner möglichen Auswirkungen auf die regionale Sicherheit und die Bestrebungen beider Staaten, der EU beizutreten, bewusst. Es setzt sich nachdrücklich für eine friedliche Lösung des Konflikts ein und erkennt an, dass die Stabilität in der Region für die Stabilität Europas insgesamt entscheidend ist.

Eines der wichtigsten Ziele Österreichs besteht darin, den Dialog zwischen Kosovo und Serbien zu erleichtern. Das Land unterstützt und beteiligt sich aktiv an den diplomatischen Bemühungen, um die beiden Parteien zu Verhandlungen zu bewegen. Aufgrund seiner Erfahrungen in der Mediation und seines neutralen Status ist Österreich gut dafür geeignet, eine konstruktive Rolle bei der Erleichterung des Dialogs zu spielen und zur Überbrückung der diplomatischen Differenzen zwischen den beteiligten Parteien beizutragen. Neben der Förderung des Dialogs unterstreicht Österreich die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen. Österreichische Politiker sind sich bewusst, dass der Aufbau von Vertrauen zwischen Kosovo und Serbien eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und Versöhnung ist. Daher unterstützt Österreich aktiv Initiativen und Projekte, die vertrauensbildende Maßnahmen fördern, wie z. B. gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen, kulturelle Austausche und zwischenmenschliche Kontakte (Österreich, 2023).

Österreich spielt auch eine unterstützende Rolle bei der Umsetzung von Abkommen zwischen Kosovo und Serbien. Während die beiden Parteien auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen hinarbeiten, stellt Österreich Unterstützung und Fachwissen zur Verfügung, um die effektive Umsetzung der in den Verhandlungen erzielten Vereinbarungen zu gewährleisten. Diese Unterstützung trägt dazu bei, den Friedensprozess voranzutreiben und eine Grundlage für langfristige Stabilität und Zusammenarbeit zu schaffen.

Darüber hinaus sind die außenpolitischen Ziele Österreichs auf dem Balkan eng mit den europäischen Integrationsbestrebungen sowohl Kosovos als auch Serbiens verknüpft. Das Land ist sich der transformativen Kraft, die mit einer EU-Mitgliedschaft einhergeht und zu Stabilität, wirtschaftlicher Entwicklung und zur Konsolidierung demokratischer Institutionen in der Region beitragen kann, bewusst. Österreich unterstützt aktiv den EU-Beitrittsprozess beider Staaten und bietet ihnen Unterstützung und Anleitung bei ihren Reformbemühungen zur Erfüllung der EU-Standards und -Anforderungen.

### **2.3.3 Die Erfolge österreichischer Bemühungen in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien**

Österreich spielte in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien eine entscheidende Rolle als Vermittler und nutzt dabei seine diplomatische Kompetenz und seinen regionalen Einfluss. Das Land erleichterte den Dialog und die Verhandlungen zwischen den beiden Entitäten und versuchte, für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden und die Kluft zwischen ihren Positionen zu überwinden (Vasques, 2022).

Österreich hat sich aktiv und erfolgreich in den Bemühungen um eine verbesserte Beziehung zwischen Kosovo und Serbien engagiert. Seit dem Ende des Kosovokrieges im Jahr 1999 hat Österreich eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen und Mediationen zwischen den beiden Parteien gespielt. Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse österreichischer Bemühungen war die Unterzeichnung des Abkommens von Belgrad im Jahr 2013.

Das Abkommen von Belgrad war ein bedeutender Schritt in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Es konzentrierte sich auf Fragen wie die Rechtsstaatlichkeit, die Integration der serbischen Gemeinschaft im Kosovo und die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Dieses Abkommen wurde während der Europäischen Union-Vermittlungen unter österreichischer Beteiligung ausgehandelt und von beiden Seiten unterzeichnet. Es hat zu zahlreichen positiven Entwicklungen geführt, darunter die Schaffung einer Assoziierung/Verbindung der serbischen Gemeinschaften mit der kosovarischen Regierung (Hasani & Musta, 2015).

Ein weiterer Erfolg österreichischer Bemühungen war die Durchführung von technischen Gesprächen zwischen Kosovo und Serbien. Diese Gespräche begannen im Jahr 2011 und werden von der Europäischen Union unterstützt. Sie konzentrieren sich hauptsächlich auf praktische Aspekte der Zusammenarbeit und betreffen Fragen wie den Austausch von

Personenstandsunterlagen, die Durchführung von Wahlen und die Koordination von Polizeiarbeit. Diese technischen Gespräche haben zu einer erhöhten Kooperation und einem besseren Verständnis auf praktischer Ebene zwischen den beiden Parteien geführt (European Union External Action). Zusätzlich zu diesen regelmäßigen Gesprächen hat Österreich auch informelle Treffen zwischen Kosovo und Serbien organisiert. Diese informellen Treffen, die in Österreich

stattfinden, ermöglichen den beiden Parteien einen offeneren Austausch und die Diskussion von Themen, die möglicherweise nicht während der formellen Verhandlungen angesprochen wurden. Solche informellen Treffen haben eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen und dazu beigetragen, Missverständnisse abzubauen und Fortschritte in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu erzielen (Gruber, 2013).

Die Unterstützung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kosovo und Serbien war ein bedeutender Erfolg österreichischer Bemühungen. Österreich hat in beiden Ländern als Investor und Handelspartner eine bedeutende Rolle gespielt. Österreich hat durch Investitionen in verschiedene Branchen wie Energie, Tourismus und Infrastruktur zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur wirtschaftlichen Stabilität beigetragen. Der Handel zwischen Kosovo und Serbien hat ebenfalls zugenommen, was zu einem stärkeren Austausch von Gütern und Dienstleistungen sowie zu einem besseren Verständnis füreinander geführt hat (Christen, 2014). Eine weitere wichtige Errungenschaft österreichischer Bemühungen war die Förderung von Bildungs- und Kulturaustauschprogrammen zwischen Kosovo und Serbien. Durch den Austausch von Studenten, Lehrern und Künstlern haben beide Seiten die Möglichkeit, voneinander zu lernen und ein besseres Verständnis für die jeweilige Kultur und Historie des anderen zu entwickeln. Diese Programme haben zur Förderung des interkulturellen Dialogs beigetragen und damit zur Versöhnung und Stärkung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien beigetragen (Brossat & Đogo, 2017).

Insgesamt haben die Bemühungen Österreichs in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu einer deutlichen Verbesserung der Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen den beiden Parteien geführt. Der Erfolg des Abkommens von Belgrad, der Fortschritt in den technischen Gesprächen, die Durchführung informeller Treffen, die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Bildungs- und Kulturaustausch haben zu einer Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit beigetragen. Obwohl noch weitere Herausforderungen bestehen und weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, sind die Erfolge österreichischer Bemühungen zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung für eine nachhaltige und harmonische Beziehung zwischen Kosovo und Serbien.

### **2.3.4 Beiträge zur Konfliktlösung und Normalisierung**

Österreich leistete durch seine diplomatischen Bemühungen einen wichtigen Beitrag zur Konfliktlösung und Normalisierung zwischen Kosovo und Serbien. Es unterstützte verschiedene Initiativen und Abkommen, die auf eine Verbesserung der Beziehungen abzielen, wie etwa den von der EU geförderten Dialogprozess. Österreichs Engagement umfasste die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Erleichterung des kulturellen Austauschs und die Bereitstellung technischer Hilfe zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Entitäten (Swaton, 2023).

Österreich ist sich der Bedeutung des kulturellen Austauschs als Mittel zur Förderung des Verständnisses und zur Überbrückung von diplomatischen Ungleichheiten bewusst. Das Land förderte den kulturellen Austausch zwischen Kosovo und Serbien aktiv und ermöglicht so den Dialog zwischen den Menschen und die Weitergabe von unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen. Durch die Förderung von gegenseitigem Verständnis und Empathie will Österreich eine Grundlage für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Entitäten schaffen. Österreich leistete auch technische Hilfe, um die praktische Zusammenarbeit zwischen Kosovo und Serbien zu unterstützen. Diese Hilfe umfasste den Austausch von Fachwissen, die Durchführung von Schulungsprogrammen und die Beratung in Fragen der Regierungsführung, der Infrastrukturentwicklung und anderen Bereichen von gemeinsamem Interesse. Durch die Bereitstellung dieser technischen Hilfe trug Österreich dazu bei, Möglichkeiten für eine praktische Zusammenarbeit zu schaffen und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Entitäten zu unterstützen.

Durch die Untersuchung des historischen Engagements Österreichs, seiner Ziele und seiner Rolle als Vermittler hat dieses Kapitel Einblicke in die Motivationen und Strategien der österreichischen Außenpolitik auf dem Balkan geboten. Österreichs Engagement für Frieden, Stabilität und europäische Integration unterstreicht seine Bedeutung bei der Bewältigung der komplexen Probleme zwischen Kosovo und Serbien.

Mit dem Abschluss dieses Kapitels, das den theoretischen Hintergrund des Konstruktivismus und Österreichs Rolle in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien beleuchtet, bereiten wir uns darauf vor, tiefer in die Analyse einzutauchen. Im folgenden Kapitel werde ich den Einfluss der

österreichischen Handlungen näher analysieren und die Gründe erläutern, warum ich diese als Schlüsselthema fortsetze.

Durch die Kombination dieser Aspekte - theoretischer Hintergrund und historische Perspektive - streben wir eine umfassende Analyse der Rolle Österreichs in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien an, um ein klareres Bild von deren Einfluss und potenziellen Wirkungen zu gewinnen.

### **3 Analyse des Einflusses der Handlungen Österreichs auf die politische Lage Kosovos und Serbiens**

Die Beziehungsgeschichte zwischen Serbien und Kosovo ist von einem tief verwurzelten historischen Gegensatz geprägt, der sich über Jahrhunderte erstreckt. Diese angespannte Dynamik bildet einen zentralen Kontext für die Analyse der österreichischen Perspektive und Interaktionen im Hinblick auf den EU-Beitritt. Um die Schwierigkeiten bei der Suche nach politischen Lösungen für die Konflikte in Südosteuropa zu verstehen, ist es unabdingbar, die historischen Hintergründe und die komplexen politischen Entwicklungen dieser Region zu berücksichtigen.

#### **3.1 Der Einfluss der politischen Handlungen Österreichs auf die politischen Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien**

Der Einfluss der politischen Handlungen Österreichs auf die politische Beziehung zwischen Kosovo und Serbien ist ein bedeutendes Thema im Kontext der regionalen Stabilität auf dem Balkan. Zahlreiche Studien haben sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt, um das Ausmaß und die Ergebnisse des Einflusses Österreichs zu analysieren.

Ajeti hebt in seiner Studie hervor, dass Österreich aktiv den Dialog und die Vermittlungsbemühungen zwischen Kosovo und Serbien vorantrieb (Ajeti, 2022). Insbesondere während des Kosovo-Konflikts in den späten 1990er Jahren spielte Österreich eine entscheidende Rolle bei der Konfliktlösung.

Österreichs Initiative führte 2009 dazu, dass der Kosovo als Mitglied in das Vienna Economic Forum (VEF) aufgenommen wurde. Damit zählte der Kosovo zu den ersten Mitgliedern einer europäischen Organisation mit Sitz in Wien (Ajeti, 2022).

Der ehemalige österreichische Außenminister Kurz (2013-2017) setzte die Außenpolitik Österreichs auf dem Westbalkan fort. Im Jahr 2013 brachte er erstmals die Regierungschefs des Kosovo und Serbiens zu bilateralen Gesprächen zusammen. Österreich unterstützte konsequent Kosovo und Serbien auf ihrem Weg zum Frieden und förderte aktiv die Richtung ihrer EU-Integration. Als Leitland der Mitteleuropäischen Initiative stärkte Österreich 2014 die europäische Perspektive der Region und engagierte sich aktiv im „Berliner Prozess“. Während eines



Westbalkan-Gipfels in Wien im Jahr 2015 standen wichtige Infrastrukturpläne für diese Länder im Mittelpunkt der Diskussionen (Ajeti, 2022)..

Neben den staatlichen Akteuren spielt auch die kosovo-albanische und serbische Diaspora in Österreich eine bedeutende Rolle bei der Förderung des Dialogs und der Verständigung zwischen Kosovo und Serbien. Die Diaspora fungiert als Plattform für den Austausch von Ideen und Perspektiven zwischen den Konfliktparteien und trägt zur Verbesserung der politischen Beziehung bei. Untersuchungen verdeutlichen die Relevanz dieser Rolle der Diaspora innerhalb der österreichischen Gesellschaft (Pajaziti & Memeti, 2019 und Misic, 2015).

Das Engagement Österreichs in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien geht, wie bereits erwähnt, über die Vermittlungsbemühungen hinaus. Das Land spielte eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung von technischer Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten für beide Entitäten. Diese Hilfe betraf verschiedene Bereiche, darunter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Entwicklung und EU-Integrationsprozesse. Durch die Bereitstellung von Fachwissen und Ressourcen stärkte Österreich die institutionellen Kapazitäten Kosovos und Serbiens und schuf damit die Grundlage für nachhaltigen Frieden und Zusammenarbeit. Durch diese technische Hilfe trug Österreich zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Praktiken bei, die mit europäischen Standards und Anforderungen übereinstimmen (Bugajski, 2014).

Österreich erkannte die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei der Förderung der Versöhnung und Integration. Das Land unterstützte aktiv Initiativen, die darauf abzielen, den Handel, die Investitionen und die wirtschaftliche Vernetzung in der Region zu fördern. Durch die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit versucht Österreich, gegenseitige Vorteile und Anreize für beide Seiten zu schaffen und gleichzeitig ein Klima der gegenseitigen Abhängigkeit zu fördern, das zu langfristiger Stabilität beitragen kann (Qorraj, 2016).

Österreichs Unterstützung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kosovo und Serbien manifestiert sich auf verschiedene Weise. Das Land unterstützt den Aufbau von Handelsbeziehungen und fördert den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den beiden Gebieten. Durch die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels trägt Österreich dazu bei, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und den Lebensstandard sowohl in Kosovo als auch in Serbien zu erhöhen. Die österreichische

Unterstützung erstreckt sich auch auf die Erleichterung von Investitionsinitiativen, die Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen in der Region und die Förderung von Joint Ventures. Diese Bemühungen tragen zur Entwicklung robuster und nachhaltiger Wirtschaftssektoren in beiden Entitäten bei, fördern die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und schaffen günstige Bedingungen für eine Aussöhnung (Bhattacharya, 2007).

Neben Handel und Investitionen erkennt Österreich die Bedeutung der Verbesserung der wirtschaftlichen Konnektivität zwischen Kosovo und Serbien an. Das Land unterstützt Infrastrukturprojekte, die die regionale Integration fördern, wie etwa die Entwicklung von Verkehrsnetzen, Energieverbundnetzen und digitaler Konnektivität. Diese Initiativen erhöhen die Konnektivität, verbessern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und erleichtern den Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Menschen. Durch die Förderung der wirtschaftlichen Konnektivität versucht Österreich, das gegenseitige Verständnis zu verbessern, die Interdependenz zu fördern und ein günstiges Umfeld für Zusammenarbeit und Versöhnung zu schaffen (Grieveson et al., 2020).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die politischen Handlungen Österreichs einen starken Einfluss auf die politischen Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien haben. Die historische Unterstützung Kosovos, die Vermittlungsbemühungen im Rahmen des Dialogs, die Unterstützung der EU-Erweiterungspolitik und die Rolle der Diaspora sind entscheidende Faktoren, die zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen und zur Förderung der regionalen Stabilität beitragen. Die Ergebnisse der verschiedenen Studien liefern wertvolle Erkenntnisse über die komplexen Dynamiken und vielfältigen Einflussfaktoren, die die politischen Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien prägen. Der Einfluss der politischen Handlungen Österreichs kann demnach generell als zweiseitig angesehen werden: Zum einen werden technische Hilfe sowie Investitionen geleistet und der Dialog gefördert, was zu einer Neutralisierung des Konflikts beiträgt. Zum anderen entstehen jedoch auch innerhalb Österreichs Diaspora, die den gegenteiligen Effekt haben.

### **3.2 Beziehung zwischen Serbien und Kosovo und der EU-Beitritt: österreichische Perspektive und Interaktionen**

Um die Schwierigkeiten bei der Suche nach einer politischen Lösung für die Konflikte in Südosteuropa – insbesondere für diejenigen zwischen Serbien und Kosovo – zu verstehen, ist es unerlässlich, die historischen Hintergründe in dieser Region zu betrachten.

Der serbisch-albanische Gegensatz, der mal mehr, mal weniger konflikträftig war, durchzieht die kosovarische Geschichte wie ein roter Faden. Die ersten Serben gelangten erst um 1200 in das Gebiet des heutigen Republik Kosovo, das schon seit Jahrhunderten von Albanern bewohnt war. Zwischen 1343 und 1355 standen die Siedlungsgebiete der Albanern unter serbischer Herrschaft (Gumpel 1999: 9). Als das serbische Heer 1389 auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) dem türkischen unterlag, verloren die Serben aus ihrer Sicht ihr politisches Zentrum, den Ursprung ihrer Kirche und Kultur, an den Feind. In den folgenden Jahrhunderten wurde die Schlacht vor allem auf Betreiben der orthodoxen Kirche mystifiziert. Kosovo gilt daher heute als die Wiege der serbisch-orthodoxen Kirche („Kosovo i Metohija“; Andreas-Petrus-Werk 2014). Das Verhältnis der Serben zu Kosovo ist von emotional-abstrakter Natur, die sich in dem Ausspruch widerspiegelt, dass Serben bereit seien, für Kosovo zu sterben, aber nicht den Wunsch haben, dort zu leben (Zygojannis 2003: 22). Nichtsdestotrotz war und ist das Potenzial für die Mobilisierung nationalistischer Stimmungen groß.

Unter osmanischer Herrschaft zog es viele weitere Albanern als Siedlerin nach Kosovo. Ihr Verhältnis zu den Serben wurde nach 1389 auch durch die jeweilige Stellung zur osmanischen Fremdherrschaft geprägt. Während Albanern mehrheitlich zum Islam konvertierten, waren Serben je nach Opportunität mal Gegner, mal Verbündete der Türken. Albanern stiegen zu Großwesiren auf und beteiligten sich an der Unterdrückung der Serben, was deren Hass auf sie richtete. Die Serben wiederum pflegten ihr Gefühl religiöser Überlegenheit gegenüber den „unzivilisierten“ Albanern – mit Auswirkungen, die bis heute währen (Gumpel 1999: 9; Zygojannis 2003: 22).

Als Serbien auf dem Berliner Kongress von 1878 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, verblieb die Region Kosovo unter osmanischer Herrschaft. Erst im Jahr 1912, während des Ersten Balkankrieges, konnte Serbien Kosovo zurückerobern. War die Niederlage von 1389 mit der Kreuzigung Jesu verglichen worden, so wurde die Eroberung Kosovos nun mit einer Auferstehung gleichgesetzt (Schmidt 1999: 84). Das Ziel Belgrads bestand von nun an darin, die gesamte Region

im Sinne einer großserbischen zentralistischen Politik zu beherrschen (Zygojannis 2003: 22f.). Für die Kosovo-Albanern war besonders enttäuschend, dass sie nicht Teil des 1913 neu geschaffenen unabhängigen Fürstentums Albanien wurden. Die Kosovaren haben diese Trennung von Albanien nie ganz überwunden und immer wieder eine „Wiedervereinigung“ gefordert (Gumpel 1999: 9; Schmidt 1999: 91). Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurde Kosovo Teil des neuen „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“. Die Hoffnungen der Kosovo-Albanern auf Autonomie erfüllten sich nicht; stattdessen wurden sie von den Serben zunehmend unterdrückt. In den 1930er Jahren war überdies geplant, 200.000 Kosovo-Albanern in die Türkei umzusiedeln (Schmidt 1999: 92).

Nachdem sich unter der deutschen Besatzungsherrschaft während des Zweiten Weltkriegs für kurze Zeit die Hoffnung auf ein Albanien in seinen ethnischen Grenzen erfüllt hatte, wurden die Kosovo-Albanern nach Kriegsende jedoch wieder Teil des Vielvölkerstaates Jugoslawien, in dem Tito über den Weg der Synthetisierung aller Völker eine jugoslawische Nation anstrebte. Wie bereits vor dem Zweiten Weltkrieg übten die Kosovaren aber de facto die Herrschaft über die serbische Minderheit aus (Gumpel 1999: 10; Schmidt 1999: 96). Auch wurden nun Pläne der Umsiedlung von Albanern in die Türkei wieder aufgegriffen und bis 1966 für über 100.000 Kosovo-Albanern umgesetzt (Schmidt 1999: 97).

Ab Mitte der 1960er Jahre besserte sich die Lage für Kosovo-Albanern. So wurde ihnen 1969 erlaubt, die Flagge mit dem doppelköpfigen Adler zu benutzen (Schmidt 1999: 97). Dank der Gelder aus Jugoslawien wurden in Kosovo große Modernisierungsschritte erzielt (Calic 2000: 525). Während die Unterrichtssprache an allen Schulen Kosovos vor 1945 Serbisch gewesen ist, wurde die albanische Sprache unter der kommunistischen Herrschaft diesem gleichgestellt (OECD 2003: 319). Waren im Jahr 1948 noch 74 % der Kosovo-Albanern Analphabeten, so lag diese Rate Ende der 1980er Jahre nur noch bei etwa zehn Prozent (OECD 2003: 319). Es ergaben sich also für die Kosovaren auch Vorteile aus der Fremdherrschaft. Außerdem gewährte die jugoslawische Verfassung von 1974 Kosovo ein hohes Maß an Autonomie, vergleichbar mit dem Status der sechs anderen jugoslawischen Republiken. Praktisch bedeutete dies eine kosovarische Selbstverwaltung mit eigener parlamentarischer Versammlung und Sitzen im Belgrader Parlament (OECD 2003: 319). Durch die Schwächung des Zentrums sollte der Zusammenhalt der sechs Republiken und zwei Autonomen Provinzen gestärkt werden, so das Kalkül Titos (Sundhaussen 1993: 123).

Die positive Entwicklung für Kosovo fand mit dem Tod Titos im Jahr 1980 ihr Ende. Die wirtschaftliche Leistung ging zurück und Kosovo war von dieser Entwicklung ganz besonders betroffen. Im Jahr 1986 befand sich Jugoslawien in einer neuen innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation. In einigen jugoslawischen Teilrepubliken gab es politische Wechsel, die den weiteren Verlauf der politischen Entwicklungen in Jugoslawien prägten. Die neuen politischen Führungen der kommunistischen Parteien in Slowenien, Kroatien und Kosovo unterschieden sich stark von den neuen nationalistisch und zentralistisch orientierten Vertretern der kommunistischen Parteien Serbiens. Nach Titos Tod im Mai 1980 kam der neue Führer der Serbischen Kommunistischen Partei Slobodan Milošević an die Macht, was zu einer deutlichen Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Jugoslawien führte (Ajeti 2022: 15).

Die Arbeitslosigkeit stieg auf 30 % und mehr an (Sundhaussen 1993: 121). Wirtschaftlich war Kosovo das Armenhaus Jugoslawiens, ohnehin immer von Subventionen und Transferleistungen abhängig. Daran haben auch umfassende Investitionen in den 1970er Jahren nichts ändern können (Hornstein Tomić 2008: 20). Der ökonomische Niedergang Jugoslawiens wurde von sich verschärfenden nationalen Spannungen begleitet, insbesondere auch in Kosovo. Die Kosovo-Albanern drängten wiederholt auf die Anerkennung als siebte Republik; so auch im Frühjahr 1981, als es erneut zu blutigen Unruhen in Kosovo kam. Die Verhängung des Ausnahmezustandes und Massenverhaftungen konnten die Ordnung nur oberflächlich wiederherstellen (Sundhaussen 1993: 122). Während die Verfassung von 1974 den albanischen Nationalismus geschürt hatte, empfanden viele Serben die Autonomie Kosovos als „Amputation“ (Zygojannis 2003: 23). Die Spannungen eskalierten schließlich 1986, nachdem Slobodan Milošević die Führung des „Bundes der Kommunisten Serbiens“ übernommen hatte. Unterstützt von Historikerin, Schriftsteller und der orthodoxen Kirche entfachte er eine nationalistische Agitationskampagne, um die autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo wieder gänzlich unter serbische Kontrolle zu zwingen (Sundhaussen 1993: 122). Im April 1987 wurde Milošević gebeten, nach Kosovo zu reisen. Die dortigen Serben beklagten sich vehement über Repressalien der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Sie seien Sklaven im eigenen Land, in Kosovo, so die serbische Minderheit.

Milošević, der bis dahin nicht mit dezidiert nationalistischen Äußerungen aufgefallen war, verstand als Serbe aber (sofort), was Kosovo den Serben bedeutet, erkannte gewissermaßen die „Gunst der Stunde“ und entgegnete der aufgebrauchten Menge: „Niemand wird mehr wagen Euch zu schlagen!“ (Le Bor 2003: 82). Diese Worte, die landesweit verbreitet wurden, stellten in einer zunehmend serbisch-patriotisch denkenden Umgebung den „Zündfunken“ dar, um die Grundstimmung ins Nationalistisch-Chauvinistische umschlagen zu lassen.

Milošević sagte weiter: „Das ist Euer Land, das sind Eure Felder, Eure Gärten; Eure Erinnerungen sind hier. Sicherlich werdet Ihr nicht Euer Land verlassen, weil es schwierig ist hier zu leben und weil Ihr unterdrückt werdet ..... Ihr solltet also wegen Eurer Vorfahren und um Eurer Abkömmlinge willen hier bleiben. Ansonsten würdet Ihr Eure Ahnen entehren und eure Nachfahren enttäuschen. Ich schlage nicht vor, Genossen, dass Ihr hier bleiben und leiden und eine Situation hinnehmen sollt, mit der Ihr nicht zufrieden seid. Im Gegenteil: Ihr sollt sie ändern!“ (Le Bor 2003: 82).

Im März 1989 kam es dann dazu, dass Milošević in seiner Funktion als jugoslawischer Präsident Kosovo die 1974 verliehenen Rechte entzog. Aus einer autonomen Region wurde unter Bruch der jugoslawischen Verfassung eine serbische Provinz (Zygojannis 2003: 24). Am 2. Juli 1990 verabschiedeten die albanischen Abgeordnete in Prishtina eine Verfassungserklärung, durch die Kosovo „zur gleichberechtigten Einheit innerhalb der jugoslawischen Föderation, mit dem konstitutionellen Status einer Republik“ erklärt wurde (Krämer 2009: 53). Belgrad reagierte hart: Am 13. Juli 1990 wurden das von Kosovo-Albanern dominierte Parlament sowie die Regierung Kosovos (der Exekutivrat) aufgelöst. Das serbische Parlament nahm am 28. September 1990 eine neue Verfassung an, in der „Kosovo-Metohija“ ein territorialer Bestandteil Serbiens wurde (Krämer 2009: 53). Serbien übernahm im die Kontrolle über Polizei, Justiz, die Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Albanern wurden aus dem Öffentlichen Dienst und der Staatswirtschaft entlassen. 1992 wurde an einem Tag allen kosovo-albanischen Lehrern gekündigt, nachdem schon im Jahr zuvor die Produktion albanischsprachiger Schulbücher eingestellt wurde (OECD 2003: 322). Angesichts dieser Entwicklung wurden Parallelen zum Apartheidsystem in Südafrika gezogen (del Castillo 2008: 137; Majaha-Jartby 2007: 84).

Kosovo erklärte sich am 19. Oktober 1991 abermals unabhängig („Republik Kosova“), was diesmal aber aus Sicht der Kosovo-Albanern gleichbedeutend war mit einer Loslösung von der

jugoslawischen Föderation (Krämer 2009: 53). Zwar emigrierte ein bedeutender Teil der kosovo-albanischen Elite, doch es bildete sich auch eine „Schatten-Republik Kosovo“ unter der Führung Ibrahim Rugovas, der 1992 zum Präsidenten Kosovos gewählt wurde und für einen gewaltfreien und passiven Widerstand gegen die Serben plädierte (del Castillo 2008: 137; Majaha-Jartby 2007: 84). Auch wenn der Widerstand der Kosovo-Albaner größtenteils auf friedliche und passive Art und Weise erfolgte, wurde spätestens im Jahr 1990 deutlich, dass sich im Kosovo eine ethnisch-politische Situation entwickelte, die das Potenzial einer regionalen Eskalation in sich trug (Friedrich 2005: 25). Das zerstörerische Potenzial der politischen Verhältnisse in Kosovo wurde von westlichen Außenpolitiken allerdings kaum als solches aufgefasst.

Nach dem Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien im Jahr 1991 erlangten nur die ehemaligen Republiken internationale Anerkennung als unabhängige Staaten. Die Gebiete Kosovo und Vojvodina, die unter Verwaltung Serbiens standen, erhielten keine separate staatliche Anerkennung und bildeten zusammen mit Montenegro die Bundesrepublik Jugoslawien (Quelle: OECD 2003: 319).

Hier zeigte sich das Besondere des Konflikts: Die albanische Nationalisten beharrte auf ihr Selbstbestimmungsrecht, Serbien auf das Prinzip der territorialen Integrität. Zudem standen sich hier nicht zwei souveräne Staaten gegenüber, sondern zwei auf demselben Territorium lebende Volksgruppen. Es handelte sich auch nicht um einen klassischen Minderheitenkonflikt, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen einem Staat und einer regionalen Mehrheitsbevölkerung (Krämer 2009: 52). Dieses komplizierte Spannungsverhältnis von Völkerrecht und politischer Notwendigkeit stellte sowohl die Führung Kosovos als auch die westliche Staatengemeinschaft vor ein Dilemma, das im Grundsatz bis heute nicht aufgelöst werden konnte.

Die Aufhebung der Autonomie des Kosovos im Jahr 1990 löste im Westen keine nennenswerten Reaktionen aus, da die internationale Staatengemeinschaft bis 1995 stark in den Balkan-Krieg, insbesondere den Konflikt in Bosnien, verwickelt war, sodass keine Ressourcen für eine profilierte Kosovo-Politik eingesetzt werden konnten. In der westlichen Perzeption der Konflikte auf dem Balkan erschien der Kosovo-Konflikt schlicht als nachrangig (Friedrich 2005: 25). Dies ändert sich erst 1997, als vor dem Hintergrund verstärkter Anschläge der UÇK(Kosovo-Befreiungsarmee) gegen serbische Polizei in Kosovo und angesichts des Einflussverlustes des friedfertigen Ibrahim Rugova die 1994 ins Leben gerufene Balkan-Kontaktgruppe wiederbelebt

wurde. Am 24. September 1997 beschlossen Russland und die westlichen Mächte am Rande der UN-Vollversammlung, ein erstes Treffen der Kontaktgruppe zu Kosovo abzuhalten. Über den Ausdruck „tiefer Besorgnis“ hinaus wurde jedoch nichts unternommen (Friedrich 2005: 32). Erst als die Unterdrückung der Kosovo-Albanern im Jahr 1998 dramatische Züge annahm und sich der Blick der Weltöffentlichkeit auf Kosovo richtete, verstärkte auch die internationale Politik ihre Anstrengungen (Zygojannis 2003: 27). Die Vereinten Nationen verabschiedeten am 31. März 1998 ein Waffenembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ); die Balkan-Kontaktgruppe beschloss weitere Sanktionen. Im Juni 1998 führte die NATO erstmals Luftmanöver über Albanien und Mazedonien durch (Zygojannis 2003: 27). Trotz der Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft gingen die Auseinandersetzungen in Kosovo, sowohl von der UÇK als auch von Serbien ausgehend, weiter (Zygojannis 2003: 144). Es kam sodann durch Druck der NATO zu Friedensverhandlungen zwischen Serben und Albanern in Rambouillet, wobei der damalige NATO-Generalsekretär Javier Solana ermächtigt wurde, ein im Februar/März 1999 möglicherweise zustande kommendes Abkommen militärisch durchzusetzen bzw. notfalls militärisch eine Vereinbarung zu erzwingen (DiPrizio 2002: 133f.; Taskushina 2000: 39). Damit setzte sich die Politik selbst unter starken Handlungsdruck. Sollte Milošević nicht einlenken, würde der Verzicht auf den Einsatz militärischer Gewalt einen Gesichtsverlust für die westlichen Gemeinschaft bedeuten. Zwar konnten die Kosovo-Albanern durch großen internationalen Druck zur Unterzeichnung des Friedensvertrages bewegt werden, die serbische Delegation blieb jedoch bei ihrem Nein (Krämer 2009: 56f.).

Das Scheitern der Verhandlungen in Rambouillet wegen der serbischen Ablehnung einer NATO-Präsenz im Kosovo war der Auslöser für die NATO-Intervention 'Allied Force' . Am 23. März 1999 gab NATO-Generalsekretär Solana den Befehl zu Luftangriffen gegen Serbien, die am 24. März begannen und über 74 Tage anhielten. Die NATO erklärte, dass ihr Ziel darin bestand, weiteres Leid im Kosovo zu verhindern und die Unterdrückung sowie Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zu beenden, während Belgrad weiterhin die Möglichkeit hatte, die Forderungen der internationalen Gemeinschaft zu erfüllen (Smith, 2002).

Die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats zur Resolution 1244 am 10. Juni 1999, bei der lediglich die Volksrepublik China sich enthielt, wurde von den meisten UN-Mitgliedstaaten erleichtert aufgenommen. Diese Resolution erteilte UNMIK (United Nations Interim Administration



Mission) und KFOR (Kosovo Force) den Auftrag zur Verwaltung und Sicherung des Kosovo (Jones, 2004). Es war das erste Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen, dass sie faktisch die Verwaltung eines Territoriums übernahmen (Brown, 2001).

Am 17. Februar 2008 erklärte das Kosovo seine Unabhängigkeit, was die Geburt eines neuen europäischen Staates markierte. Dieser Schritt zur Gründung eines neuen europäischen Staates rief auf internationaler Ebene ein geteiltes Echo hervor. Serbien bezeichnete die Unabhängigkeit als illegal, was zu Angriffen auf die US-Botschaft in Belgrad und einer daraus resultierenden innenpolitischen Krise führte. Russland forderte im UN-Sicherheitsrat die Nichtigkeitsklärung der Proklamation. Einige Länder wie Spanien, Griechenland, die Slowakei, Rumänien und Zypern haben die Unabhängigkeit des Kosovo bisher nicht anerkannt. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und in ihren individuellen Kontexten nachvollziehbar. Spanien, etwa, lehnt die Loslösung des Kosovos ab, da sie als potenzielle Unterstützung für separatistische Bewegungen in Katalonien und dem Baskenland interpretiert werden könnte (Kloucek, 2018). In Bezug auf Zypern und Griechenland ist der Verweis auf das türkisch besetzte Nordzypern naheliegend, während in Rumänien die Frage nach Moldawien eine Rolle spielt. (Deimel & García Schmidt, 2009).

Die Diskussion um die Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeit des Kosovos ist stark von politischen Standpunkten geprägt, wobei rechtliche Argumente oft mit politischen verflochten sind. Diese Uneinigkeit hat zur Folge, dass die internationale Legitimität des Kosovos fragil bleibt. Dem Land wird weiterhin der Zugang zu bedeutenden internationalen Organisationen verwehrt. Selbst nach dem Ende des Kosovo-Krieges bleibt Kosovo ein Land ohne volle Souveränität (Dzihic & Kramer, 2008).

Als Serbien am 8. Oktober 2008 den Antrag in die UN-Vollversammlung einbrachte, die Rechtmäßigkeit der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung durch den IGH in Den Haag überprüfen zu lassen, stimmten 77 Staaten dem Antrag zu. Nur sechs Staaten, darunter die USA, sprachen sich gegen den Antrag aus. Zu den 74 Staaten, die sich der Stimme enthielten, zählten auch die Mitgliedsländer der EU, die mit der Stimmenthaltung ihre gespaltene Haltung zum Problem zu verdecken suchten (Deimel/García Schmidt 2009: 3).

Der IGH stellte am 22. Juli 2010 in einem Gutachten fest, dass die Unabhängigkeitserklärung Kosovos nicht völkerrechtswidrig ist, enthielt sich aber einer Bewertung des völkerrechtlichen

Status Kosovos und erkannte die Gültigkeit der UN-Resolution 1244 an (IGH 2010). Diese Entscheidung ist für den Kosovo von großer Bedeutung, da sie die Hoffnung auf weitere internationale Anerkennung stärkt. Serbien hatte das Gutachten angefordert, beharrte jedoch darauf, dass die Unabhängigkeit des Kosovo gegen das Völkerrecht verstößt (Wölfl, 2010). Die Reaktionen in Kosovo und Serbien waren gegensätzlich: In Kosovo gab es Freude und Feierlichkeiten, während in Serbien das Urteil als schwerwiegend empfunden wurde. Serbien plant weiterhin, gegen die Anerkennung des Kosovo anzukämpfen und hofft auf die UN-Generalversammlung, um die Situation zu beeinflussen. Die Entscheidung des Gerichts könnte auch Auswirkungen auf ähnliche separatistische Bestrebungen weltweit haben, obwohl die Meinung des Gerichts nicht bindend ist.

Die serbische Regierung betrachtet Kosovo formal als seine autonome Provinz Kosovo und Metochien, konzidiert aber, dass eine serbische Souveränität über Kosovo de facto nicht mehr existiert und es einer zukünftigen Grenzregelung bedarf.

### **3.3 Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo: EU-Perspektive**

Die EU verfolgt das Ziel, Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung im westlichen Balkan zu fördern und den Ländern eine Perspektive für die Integration in die EU zu bieten. (Europäisches Parlament, 2023). Diese Vision betont die geopolitische Bedeutung des Westbalkans als integralen Bestandteil Europas.

Die Beziehung zwischen Serbien und Kosovo bleibt ein wichtiger Schwerpunkt für die europäische Politik. Sie betrifft geopolitische und regionale Stabilitätsaspekte und dient als Testfall für die Fähigkeit der EU, komplexe Konflikte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu bewältigen (Europäisches Parlament, 2018).

Die Normalisierung dieser Beziehung ist ein entscheidender Schritt für beide Länder auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Die Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit bleibt jedoch ein zentrales Thema, das die Beziehungen und den Annäherungsprozess an die EU beeinflusst.

Es gab mehrere Abkommen zwischen Serbien und Kosovo als Ergebnis des Dialogs, der unter der Vermittlung der Europäischen Union stattfand.

1. Erstes Abkommen von Brüssel (2013): Konzentrierte sich auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien und behandelte Fragen wie Zollregelungen, Telekommunikation, Anerkennung von Kosovo-Universitätsdiplomen und andere alltägliche Aspekte.
  2. Abkommen über Justiz (2015): Legte den Rahmen für die Integration der Justizsysteme in Nordkosovo fest und ermöglichte eine bessere Koordination und Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden beider Länder.
  3. Abkommen über die Assoziierung der Gemeinden (2015): Förderung der Integration serbisch dominierten Gemeinden in Nordkosovo in die kosovarische Regierung.
  4. Energieabkommen (2015): Regulierte den Energiemarkt zwischen Kosovo und Serbien und ermöglichte die Zusammenarbeit in diesem Sektor.
  5. Abkommen über die Demarkation der Grenze (2015): Legte die genaue Grenzlinie zwischen Kosovo und Serbien fest.
  6. Abkommen über den Eisenbahnverkehr (2017): Sah die Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur und die Zusammenarbeit in diesem Bereich vor.
  7. Im Februar 2023 wurde ein bedeutender Fortschritt mit dem „Agreement on the Path of Normalisation of Relations between Kosovo and Serbia“<sup>8</sup> in Brüssel erzielt, gefolgt vom Implementierungsannex am 18. März 2023, auch bekannt als „Ohrid-Abkommen“. Dieses Abkommen sieht die gegenseitige Anerkennung von Dokumenten und Symbolen vor. Serbien hat sich verpflichtet, Kosovos Mitgliedschaft in internationalen Organisationen nicht zu behindern, während Kosovo im Gegenzug die Selbstverwaltung der kosovo-serbischen Minderheit umsetzt. Jedoch wurden gewaltsame Proteste nach den Lokalwahlen am 26. und 29. Mai 2023 in den vier mehrheitlich von Kosovo-Serben bewohnten Gemeinden im Norden Kosovos verzeichnet, was das Abkommen überschattete. Bisher hat es jedoch kaum Auswirkungen gezeigt (DGVN, 2023).
- Diese Abkommen waren wichtige Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo und zur Förderung der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.

---

<sup>8</sup> [https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue-eu-proposal-agreement-path-normalisation-between-kosovo-and-serbia\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue-eu-proposal-agreement-path-normalisation-between-kosovo-and-serbia_en)

### **3.4 Der Einfluss der österreichischen politischen Handlungen auf die Perspektive der EU-Integration**

Zahlreiche Studien beschäftigen sich mit dem Einfluss der österreichischen Politik auf den Prozess der EU-Integration von Kosovo und Serbien. Die Perspektiven dieser Länder auf ihrem Weg zur Europäischen Union wurden durch die politischen Maßnahmen und diplomatischen Bemühungen des Landes erheblich beeinflusst.

Die Beziehungen Österreichs zu den Balkanländern, insbesondere den ehemaligen jugoslawischen Ländern, haben eine lange Geschichte. Nach dem Zerfall Jugoslawiens intensivierten sich diese Beziehungen in den 1990er Jahren (Ajeti, 2019). Österreich setzt sich für die EU-Integration von Kosovo und Serbien ein und zeigt als EU-Mitglied ein starkes Interesse an der Stabilität und Entwicklung der Region. Im Februar 2008 erkannte Österreich die Unabhängigkeit des Kosovos an, was einen bedeutenden Fortschritt darstellte. Österreich war eines der ersten Länder, das sich aktiv für die Aufnahme Kosovos in die internationale Gemeinschaft einsetzte. Serbien war jedoch gegen diesen Schritt, da es Kosovo als abtrünnige Provinz ansah.

Studien wie Bojinovic (2009) und Ajeti (2019) zeigen, dass Österreich den EU-Beitrittsprozess beider Länder aktiv unterstützte, indem es politische Unterstützung und technische Hilfe bereitstellte, um die politischen Beziehungen zu verbessern und den Integrationsprozess voranzutreiben. Auch Vesnic-Alujevic (2012) betont, dass Österreich die Bemühungen beider Länder unterstützte, die EU-Standards zu erfüllen. Österreichs Unterstützung ist darauf ausgerichtet, den Weg zur EU-Mitgliedschaft zu erleichtern, Reformen zu fördern und dabei zu helfen, dass politische Praktiken und Standards sich an europäischen Normen und Werten ausrichten. Dieses Engagement schafft ein günstiges Umfeld für Kosovo und Serbien, um die notwendigen Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen, indem demokratische Werte gefördert, die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten und die Menschenrechte geachtet werden (Stefanova, 2013).

Österreich hat sich aktiv an verschiedenen Projekten beteiligt, um die Zusammenarbeit zwischen Serbien und dem Kosovo zu stärken und die Bedingungen für ihre Annäherung an die Europäische Union zu verbessern. Zu diesen Projekten gehörten:

Wirtschaftliche Kooperation: Österreich förderte gezielt Projekte, die die wirtschaftliche Entwicklung und den Handel zwischen Serbien und dem Kosovo förderten. Dies umfasste die Förderung von Handelsbeziehungen, die Investition in gemeinsame Infrastrukturprojekte und die Unterstützung von Unternehmen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken.

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit: Österreich konzentrierte sich auf Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Serbien und im Kosovo. Diese Ziele umfassten die Förderung von Justizreformen, Schulungsprogrammen für Rechtsanwälte und Richter sowie der Unterstützung von Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen.

Zivilgesellschaftliche Initiativen: Österreich unterstützte Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Förderung des zwischenmenschlichen Dialogs zwischen den Einwohnern Serbiens und des Kosovos. Die Unterstützung von Bildungsinitiativen, kulturellen Austauschprogrammen und interkulturellen Gesprächen war Teil dieser Maßnahmen.

Österreich hilft bei der Förderung des Dialogs und der Lösung des Konflikts zwischen Kosovo und Serbien maßgeblich zu einer konstruktiven und langfristigen Lösung.

## **4 Politische Entwicklungen am Westbalkan: EU-Beitritt, Konditionalität und Herausforderungen**

Dieser Abschnitt untersucht die politischen Entwicklungen am Westbalkan, insbesondere die Beziehungen zwischen verschiedenen Akteuren wie der EU, Russland, der Türkei. Es wird besonders darauf hingewiesen, wie wichtig die EU-Konditionalität ist und wie vertrauenswürdig die Möglichkeit des Beitritts ist. Es wird auch ausführlich über die Herausforderungen und Möglichkeiten für die Kandidaten für den Beitritt sowie über die Kosten für die Anpassung an die EU-Standards gesprochen.

### **4.1 Denkbare Akteurkonstellationen und Interaktionen**

Bei den Akteurkonstellationen und ihren Interaktionen ist zwischen der EU-Perspektive, die sich weitgehend mit der österreichischen Sichtweise deckt, und der Perspektive insbesondere Russlands und auch der Türkei zu differenzieren. Diese sollen im Folgenden einzeln dargestellt werden.

#### **4.1.1 EU-Perspektive**

Bei den Akteurkonstellationen spielen externe Anreize bzw. Impulse der EU eine wesentliche Rolle. Das Modell der externen Anreize beruht auf der Theorie der rationalen Entscheidung („Rational Choice“), ist akteurszentriert und geht von der Annahme aus, dass die Bedingtheit („Konditionalität“) von Verhandlungen ein Spiel von rationalen Akteuren ist, deren Entscheidungen und Verhalten ausschließlich durch grundlegende Überlegungen aus politischem Eigeninteresse sowie Kosten-Nutzen-Erwägungen bestimmt werden (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 3).

Die Theorie der rationalen Entscheidung schreibt den agierenden Subjekten rationales, d. h. nutzenmaximierendes, Verhalten zu, wobei bestimmte Präferenzen zu beachten sind (Diefenbach 2009: 1). Dieser Rational-Choice-Ansatz geht zurück auf den Soziologen V. O. Key. Er formulierte seine Thesen – in Bezug auf das Verhalten von Wähler\*innen – erstmals zu Beginn der 1960er Jahre. Bekannt wurde seine Ablehnung der bisherigen Erklärungsansätze, die er mit folgender Aussage zusammenfasste:

„The perverse and unorthodox argument of this little book is that voters are not fools.“ (Roth 2008: 51).

Dass primär rationale Kriterien der Entscheidung von Akteure zugrunde liegen, gilt vor allem für den Bereich der Wirtschaftswissenschaften; dort ist die Rede vom denktheoretischen Modell des „Homo oeconomicus“, also einer Person, die sich nur nach rationalen Kriterien entscheidet, emotionale Aspekte aber außer Acht lässt (Suchanek, 2021 Stichwort: Homo oeconomicus). Dass diese Annahme bzw. dieses Menschenbild nicht stets der Realität entspricht, führte in der Finanzbranche zur Entstehung der neuen Richtung der Behavioral Finance. Allerdings hilft der Rational-Choice-Ansatz dabei, das spezifische Akteursverhalten in bestimmten Entscheidungssituationen zu analysieren.

Der Rational-Choice-Ansatz wird in seiner Ausformung als Modell der externen Anreize auch dem Handeln staatlicher Akteure zugrunde gelegt. Allerdings lässt sich feststellen, und dies ist bei der Analyse denkbarer Akteurkonstellationen besonders zu beachten, „dass oft minimale Veränderungen in der Art der Informationsvermittlung und geringfügige Variationen des Entscheidungskontextes zu oft dramatischen Veränderungen im Entscheidungsverhalten führen“ (Stocké 2002: 10).

Dies wird allgemein als „Framing-Effekt“ bezeichnet. Framing ist ein Terminus aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, der Kommunikationswissenschaft, der Psychologie und der angewandten Linguistik, der demnach interdisziplinär verwendet wird. Etymologisch ist der Begriff auf den englischen Infinitiv „to frame“ („(ein-)rahmen, formen“) zurückzuführen. Als „Framing-Effekt“ wird in der Psychologie der Umstand bezeichnet, dass unterschiedliche Formulierungen ein und derselben Aussage, ohne Veränderung ihres inhaltlichen Aussagegehalts, das Verhalten der jeweiligen Adressaten in unterschiedlicher Art und Weise beeinflussen und prägen können. Bereits minimale Variationen des Informationszusammenhangs bewirken u. U. deutliche Veränderungen im Entscheidungsverhalten.

Mit anderen Worten: Die Wirkung einer Aussage hängt entscheidend davon ab, in welchem „Deutungsrahmen“ sie präsentiert und wie sie jeweils formuliert wird. Entgegen der Theorie der rationalen Entscheidung spielen somit *auch* emotionale und nicht nur rationale Momente im Prozess der Entscheidungsfindung eine wesentliche und u. U. ausschlaggebende Rolle (Stocké 2002, Tversky & Kahnemann 1981: S. 453ff.). Die Veränderung der jeweiligen Formulierung bestimmter Optionen kann die Präferenzen und damit die Entscheidung der Botschaftsempfänger\*innen verändern. Demnach kann allein die Veränderung bestimmter Reize

zu unterschiedlichen Reaktionen führen. Dies ist ein Faktum, das auch im Alltagsleben bekannt ist und das sich u. a. auch die Werbung, sämtliche Formen von Marketing sowie andere wissenschaftliche Disziplinen wie z. B. die Politikwissenschaft zunutze machen. Darüber hinaus kann bereits die Form einer Fragestellung bei Befragungen unterschiedlichster Art, ob nun auf dem Gebiet der Demoskopie bzw. Meinungsforschung, bei (unternehmensinternen) Mitarbeiterbefragungen oder bei medizinischen Explorationen, zu Verzerrungseffekten führen (Risk of Bias).

Das Modell der externen Anreize führte zur Ausformulierung der EU-Konditionalität für die Länder des Westbalkans. Nur bei Erfüllung der Beitrittskriterien sollen den Staaten Schritte in Richtung EU gewährt werden (Bieri 2015: 3).

Dieses Modell, das die EU inzwischen sämtlichen Beitrittsverhandlungen zugrunde legt, beruht auf vier Faktoren:

- a. der Bestimmtheit der EU-Konditionen („determinacy“),
- b. der Glaubwürdigkeit der Beitrittsperspektive („credibility“)
- c. dem Potenzial und der Fähigkeit der Beitrittskandidaten („capacity“) sowie
- d. den Anpassungskosten der Beitrittskandidaten („adoption costs“), die sie aufbringen müssen, um ihre nationalen Gesetze und Verfahren an die EU-Konditionen anzupassen (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 7).

Demnach ist es entscheidend, dass die Normen der EU von den Beitrittskandidaten akzeptiert werden und sich eine Identifizierung mit der EU und ihren Werten entwickelt. Wesentlich ist darüber hinaus, dass sich die EU-Regeln auch auf die Lösung von Problemen auswirken und sich auf die Situation in den Westbalkanstaaten *übertragen* lassen. Dazu ist im Einzelnen Folgendes auszuführen:

### ***Bestimmtheit der EU-Konditionen***

Die aktuelle Erweiterungsstrategie der EU wird in ihrer Wirksamkeit maßgeblich durch ihre Nachdrücklichkeit (Bestimmtheit) und Determiniertheit des Prozesses unterstützt. Sie legt die Regeln der Gesetzeskonditionalität in einem strikteren und kohärenteren Compliance-Monitoringsystem fest als es für die früheren EU-Beitrittskandidatengalt.



Es ist ein Beispiel für einen sukzessiven Lernprozess, dass die wesentlichen gesetzlichen, politischen und bilateralen Probleme vor dem Beitritt geklärt werden sollen, anstatt erst nach dem Beitritt über sie zu verhandeln (Müftüler-Baç & Çiçek 2015). Das Strategiepapier der EU zu ihrer Erweiterung aus dem Jahr 2012 führt dazu aus:

„[S]trengthening the rule of law and democratic governance is central to the enlargement process [...] and the lessons learnt from previous enlargements highlight the importance of an increased focus on these areas and further improving the quality of the process“ (European Commission 2012; Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 7).

Die anschließende Einführung dieses neuen Ansatzes ist ein Zeichen für die wesentlich wichtigere Rolle der EU-Kommission bei der Überwachung der Fortschritte der Beitrittsstaaten auf dem Gebiet der Rechtspolitik (Hillion 2013; Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 7). Aus einer anderen Perspektive zeigt der neue Ansatz auch das Ausmaß, in dem die Mitgliedstaaten bei der Gestaltung und Unterstützung des Erweiterungsprozesses mitwirken und auf der Grundlage der Erfahrungen mit früheren Erweiterungsprozessen agieren können. Die EU-Konditionalität hat in Bezug auf ihren Inhalt, den Umfang und die Forderung nach Einführung von Reformen zugenommen (Dimitrova 2016).

Anders als bei früheren Erweiterungsrounds müssen die Beitrittskandidaten des Westbalkans nicht nur die EU-Vorschriften und -Bedingungen der einzelnen Verhandlungskapitel akzeptieren, sondern auch den „Acquis communautaire“ effektiv und nachhaltig vor dem Beitritt eingeführt haben. Dieser „neue Ansatz“ führte dazu, dass die Konditionalität strikter wurde durch die Bestimmung, dass die Kapitel 23 und 24 zu Beginn der Verhandlungen behandelt und während des gesamten Beitrittsprozesses offengehalten werden. Auf diese Weise hofft die EU, die Beständigkeit der Compliance während des Beitrittsprozesses aufrechterhalten zu können, aber auch den Beitrittskandidaten die größtmögliche Zeitspanne zu gewähren, um alle notwendigen Anpassungen in ihrer Gesetzgebung und ihren Institutionen durchzuführen und die Einführung erfolgreich zu gestalten (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 7).

Eine weitere Neuerung im Verhandlungsprozess ist die Änderung der Suspensionsklausel. Stellt die EU-Kommission im Verhältnis zum Fortschritt bei den Verhandlungen insgesamt nur ungenügende Fortschritte bei den rechtlichen Fragen fest, kann sie auf eigene Initiative oder auf Aufforderung eines Drittels der Mitgliedstaaten hin vorschlagen, ihre Empfehlung, andere Kapitel

zu eröffnen und/oder abzuschließen und die damit verbundenen Vorbereitungsarbeiten durchzuführen, einzustellen, bis dieses Ungleichgewicht angemessen behandelt wird (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 8).

Dieser geänderte Ansatz hat zur Weiterentwicklung bei der Anwendung des Benchmarking-Systems geführt. Um die Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen, insbesondere bei den lang andauernden Reformen auf dem Gebiet des Rechts nachverfolgen zu können, führte die Kommission Zwischen-Meilensteine für die Kapitel 23 und 24 ein. Diese Meilensteine betreffen insbesondere die Übernahme der Gesetzgebung, die Einführung und Stärkung der Verwaltungsstrukturen sowie die in der Zwischenzeit gewonnenen Erfahrungen. Insgesamt ist die bei den Beitrittsländern aufgrund des neuen Ansatzes angewandte Konditionalität so formuliert, dass die EU politischen Einfluss ausüben und politische Reformen auf politisch sensiblen Gebieten anstoßen kann (Nechev et al. 2013; Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 8). Es wird erwartet, dass die Einführung anspruchsvollerer Überwachungsmechanismen den Beitrittsländern die Compliance-Probleme und besondere Anforderungen in einem frühen Stadium im Beitrittsprozess deutlich macht (Pech 2016; Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 8).

Dabei ist zu beachten, dass es in früheren Jahren stets um den Beitritt weiterer Länder ging. Dies ist inzwischen nicht mehr der Fall. Aufgrund des Brexits, der Flüchtlingskrise 2015 und der Eurokrise ist die EU mehr auf innere Probleme fokussiert. Hinzu kommen die Krise in der Ukraine, die in einen Krieg mündete, Probleme mit der Türkei und die Schwierigkeiten mit den USA in der Regierungszeit von Präsident Trump.

### ***Glaubwürdigkeit der Beitrittsperspektive***

Einerseits sind die Anforderungen an die Staaten des Westbalkans höher, andererseits ist deren Glaubwürdigkeit aus Sicht der EU geringer. Anders ausgedrückt stoßen sie auf größere Vorbehalte.

Das ist zunächst darauf zurückzuführen, dass die öffentliche Meinung in der EU dem Erweiterungsprozess wesentlich kritischer gegenübersteht als früher. Die Bereitschaft, weitere Staaten in die Union aufzunehmen, hat abgenommen. 2015 belief sich der Anteil der Beitrittsgegnerin einer Umfrage des Eurobarometers beispielsweise auf 51 %, wobei er in fünfzehn

Ländern am höchsten war, wie z. B. in Österreich (75 %), Deutschland (73 %), Luxemburg (69 %) und Frankreich (67 %) (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 8).

Darüber hinaus stehen die neuen Beitrittskandidaten einer ungünstigeren Konstellation von Präferenzen der einzelnen Regierungen in Bezug auf zukünftige EU-Erweiterungen gegenüber (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 8). Die mangelnde Unterstützung der EU-Erweiterung in der Öffentlichkeit hat die politischen Entscheidungsträger in Bezug auf die Erweiterungspolitik unter besonderen Druck gesetzt. Dementsprechend stehen die Regierungen gegenüber der öffentlichen Meinung in einer stärkeren Verantwortung, weshalb teilweise angekündigt wurde, zukünftige Beitrittsverträge einem Referendum unterstellen zu wollen. Diese negative Einstellung untergräbt die Glaubwürdigkeit der Beitrittsversprechen der EU (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017:9). In den Regierungen der EU-Staaten häufen sich Konflikte. Die Wahrscheinlichkeit eines Beitritts wird vielfach durch Vetos einiger Staaten beeinträchtigt. Diese Staaten haben es geschafft, die Lösung ihrer eigenen bilateralen Probleme mit den Beitrittsstaaten zur entscheidenden Bedingung für die Fortsetzung des Beitrittsverfahrens zu machen. Solche Aktionen haben in vielen Fällen zu ernsthaften Störungen in der Gesamtdynamik des Prozesses auf dem Westbalkan geführt, was Unsicherheit bezüglich der Beitrittsperspektive verursacht hat. Anders als früher zeigt die EU geringere Bereitschaft, den Beitrittsaspiranten auf dem Westbalkan die Mitgliedschaft zu gewähren. Wie von Phinnemore (2013) gezeigt, zeigt sich in jüngsten Erweiterungsrounds eine verringerte Aktivität seitens der EU-Kommission im Vergleich zu ihren früheren Engagements. Diese geringere Dynamik der Kommission könnte darauf hindeuten, dass sich die Perspektive der Kommission auf die Erweiterungspolitik verändert hat oder dass neue Herausforderungen und Prioritäten die Strategie beeinflussen.

Der seinerzeitige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, kündigte z. B. an, dass es während seiner Amtszeit keine Erweiterungen geben werde (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 9). Insgesamt kann in den westlichen Gesellschaften eine weitverbreitete Ermüdung in Bezug auf Erweiterungen festgestellt werden. Dies hat zur Abnahme der Aktivitäten der EU geführt. Zusätzlich wurde die EU – abgesehen von der Euro-, Staatsschulden- und der Flüchtlingskrise – seit 2016 noch mit der Herausforderung konfrontiert, die der Brexit darstellt. In der Außenpolitik standen die militärische Intervention Russlands in der Ukraine und die

nachfolgenden Unruhen in diesem Land im Vordergrund. Alle diese Ereignisse überschatteten die Beitrittsverhandlungen auf dem Westbalkan (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 9).

Schließlich beeinträchtigte die geringe Glaubwürdigkeit der mit der Beitrittsperspektive verbundenen Vorteile auch die Wahrnehmung einheimischer Akteure in Bezug auf die Beitrittsentscheidung. Vor allem geht der Beitrittsprozess wesentlich langsamer voran als früher. Die meisten EU-Staaten halten nicht länger an der Vorstellung einer Beitrittsperspektive von etwa zehn Jahren, z. B. von 1993 bis 2009, fest. Unter den Westbalkanstaaten kam lediglich der Beitritt von Kroatien in einem ähnlichen Zeitrahmen zustande. Im Ergebnis werden die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft erst in weiter Zukunft gesehen und gehen damit über den politischen Horizont der gegenwärtigen Regierungen weit hinaus. Sie werden keine Nutznießer ihrer Anstrengungen sein und setzen daher nur ungern kostspielige und unpopuläre Reformen in Gang (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 9).

Da die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf die Erweiterung im Allgemeinen als gering angesehen wird, stellt sich die Frage, in welchem Umfang sie eine besondere Rolle bei der Erklärung der unterschiedlichen Regelkonformität der Staaten des Westbalkans spielt. Trotzdem unterscheiden sich wahrscheinlich gewisse Glaubwürdigkeitsaspekte, wie z. B. die jeweilige öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten und in den einzelnen Beitrittsländern und beeinflussen die Einstellungen und Erwartungen der Politiker\*innen in Bezug auf die Beitrittchancen (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 10). Dabei war die Glaubwürdigkeit von Kroatien wohl höher als die der anderen Staaten. Außerdem konnten einige Meinungsunterschiede zwischen den Regierungen teilweise ausgeräumt werden, nachdem die Beitrittskandidaten zusagten, den Forderungen der EU nachzukommen, während diese bei andern Staaten noch andauern. Im Jahr 2016 blockierte beispielsweise Kroatien bei zwei Gelegenheiten die Eröffnung eines Verhandlungskapitels mit Serbien und beklagte die Behandlung der kroatischen Minderheit in Serbien und die unzureichende Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Auf der anderen Seite waren die Fortschritte in Nordmazedonien durch den Streit mit Griechenland um den Namen des Staates vorübergehend blockiert, bis dort eine Lösung gefunden werden konnte. Seit 2009 ignorierte der Europäische Rat acht hintereinander folgende Empfehlungen der EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen zu eröffnen (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 10).

### ***Potenzial der Beitrittskandidaten***

Zur Umsetzung der Anforderungen der EU benötigen die Beitrittskandidaten finanzielle und administrative Ressourcen. Dabei ist zu beachten, dass die Staaten des Westbalkans, abgesehen von Kroatien, im Allgemeinen zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Staaten Europas gehören. Die wirtschaftliche Leistungskraft war ab 2010 mäßig, mit geringen Wachstumsraten in einigen Fällen und mit fortdauernder Rezession in anderen Staaten. Ihre Volkswirtschaften wurden durch hohe Arbeitslosigkeit, Missmanagement der öffentlichen Finanzen, Schattenwirtschaft, Handelsdefizite und die langsame Liberalisierung des Arbeitsmarkts geschädigt. Trotz fortlaufender Anstrengungen bei der Reform des öffentlichen Sektors führte die nach wie vor andauernde Umwandlung der überaus robusten Bürokratie zu unterschiedlichen Resultaten. Die Politisierung des staatlichen Apparats und eine in nur geringem Maße leistungsorientierte Personalrekrutierung bilden die Haupthindernisse für eine Professionalisierung der Verwaltung (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 10).

Eine ungleiche Durchführung institutioneller Reformen, politische Spannungen, kommunistische Altlasten, die eher ineffektive Durchsetzung des Rechts und ein hohes Maß an Korruption setzen der Wirksamkeit von Regierungsmaßnahmen und dem allgemeinen Prozess der Staatenbildung Grenzen. Einige Forscher\*innen haben daher das Funktionieren der EU-Konditionalität in den Westbalkanstaaten wegen deren Schwäche und der durch ethnische Aspekte dominierten staatlichen Institutionen infrage gestellt (Aybet & Bieber 2011).

Kroatien, das mittlerweile (seit dem 1. Juli 2013) EU-Mitglied ist, verfügte dabei auch schon vor dem EU-Beitritt über die größten Ressourcen in der Region, gefolgt von Serbien und Nordmazedonien. Kosovo ist dagegen auf dem letzten Rang und weist in der Gruppe der Westbalkanstaaten die geringsten administrativen Ressourcen auf. Albanien und Bosnien-Herzegowina gehören einer mittleren Gruppe an. Allerdings unterstütze die EU die einzelnen Länder und Sektoren bei ihren Anpassungsbemühungen an den EU-Standard nicht in gleichem Maße (Mendelski 2013).

Beispielsweise wurde festgestellt, dass die EU-Kommission ungefähr 485 Mio. Euro in Projekte zur Justizreform investierte und lediglich 0,5 % der Investitionsgesamtsumme zur Förderung der Medienfreiheit und der Zivilgesellschaft einsetzte. Der Anteil, der für den Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen sowie zur Unterstützung der Strafverfolgung zur

Verfügung gestellt wurde, belief sich auf 2 % und 1 % (European Court of Auditors 2016; Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 11).

### ***Anpassungskosten der Beitrittskandidaten***

Schließlich stellt die Anpassung der eigenen Gesetze und Verwaltungsverfahren an EU-Standards eine große Herausforderung für die Beitrittskandidaten. Dadurch werden hohe Kosten verursacht. Dabei ist zwischen den aufseiten der jeweiligen Regierungen bestehenden Punkten und den gesellschaftlichen Punkten, die ein Veto auslösen können, zu differenzieren. Vetopunkte aufseiten der Regierung betreffen das Ausmaß, bis zu dem die eine Regierung bildenden Parteien ihre Zustimmung erteilen oder verweigern können, ohne dass die jeweilige Koalition zerbricht (Schimmelfennig et al. 2006). Gesellschaftliche Punkte, die gegen eine Anpassung sprechen, betreffen mächtige Interessengruppen oder politische Bewegungen, deren Zustimmung benötigt wird bzw. die ernsthaft mit einer Störung der öffentlichen Ordnung drohen bzw. die Aussichten der Regierung, wieder gewählt zu werden, vereiteln können. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass potenzielle Beitrittsländer mit hohen Anpassungskosten konfrontiert sind, wenn euroskeptische Parteien an der Regierung beteiligt sind oder die Haltung des Parlaments bzw. der Zivilgesellschaft gegenüber einer EU-Mitgliedschaft negativ ist.

Werden andererseits nur die Anpassungskosten berücksichtigt, scheint die Anzahl potenzieller Bedenkenträger bzw. Gegnerin den westlichen Balkanstaaten relativ klein zu sein. Im Allgemeinen bestehen keine nennenswerten Abweichungen zwischen den politischen Präferenzen und den Mehrheitsvorstellungen in der Gesellschaft. Teilweise gibt es in den einzelnen Staaten keine bedeutenden euroskeptischen Parteien, zum Teil haben die Parteien mittlerweile ihre Zustimmung zum Beitrittsprozess zum Ausdruck gebracht (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 11). In der Zivilgesellschaft wird der EU-Beitritt überwiegend gutgeheißen.

Auf der anderen Seite muss berücksichtigt werden, dass die Bedingungen, die die EU den westlichen Balkanstaaten auferlegt, in den meisten Fällen direkte Auswirkungen auf sensible Bereiche der nationalen und ethnischen Identität sowie der Eigenstaatlichkeit haben (vgl. Freyburg und Richter 2010; Elbasani 2013; Gordon et al. 2013). Obwohl es keine euroskeptischen Parteien gibt, sind nationalistische und „nicht-westliche“ Identitäten in einigen potenziellen Beitrittsländern ausgeprägter. Dies führt dazu, dass eine Anpassung an die Bedingungen der EU möglicherweise weniger akzeptiert wird (Freyburg und Richter 2010).

Zu diesen sensiblen Punkten gehört unter anderem die Frage der Anerkennung des Status quo des Kosovos durch Serbien (Zhelyazkova, Damjanovski et al. 2017: 11). In den Jahren nach der Jahrtausendwende schwankte Serbien stets zwischen zwei verschiedenen politischen Optionen: eine EU-Integration oder eine engere Zusammenarbeit mit dem langjährigen Partner Russland. Von beiden Seiten wurde äußerer Druck ausgeübt. Serbien war daher gezwungen, neben der Meinung der serbischen Bevölkerung die jeweiligen Signale und Forderungen beider Seiten zu berücksichtigen. Dabei sind bestimmte Punkte zu beachten (Nelaeva & Semenov 2016: 68). Für die EU, die bedeutende Ressourcen investierte, ist zu bedenken, dass die Stabilität der gesamten Balkanregion nach wie vor oberste Priorität besitzt, weshalb die EU auch einen aktiven Part in den Verhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina übernimmt (Nelaeva & Semenov 2016: 69). Die EU bleibt nach wie vor die Haupthandelspartnerin und Investorin in Serbien. Für Russland dagegen bleibt Serbien ein kultureller und historischer Verbündeter, gleichsam eine „stille Ressource“, die zu bestimmten Zwecken genutzt werden kann, z. B. um den russischen Einfluss in der EU zu stärken oder eine Gaspipeline zu installieren. Russlands Interesse ist somit nicht ausschließlich von geopolitischer Natur.

Allerdings kann Russland im Gegensatz zur EU bedeutende politische und ökonomische Ressourcen auf dem Balkan investieren, ungeachtet der Tatsache, dass es eine Vielzahl kultureller Anbindungspunkte nutzt, wie z. B. panslawistische Ideen, anti-westliche Ressentiments und die Popularität russischer Politiker\*innen (Nelaeva & Semenov 2016: 69). Russland befindet sich nämlich derzeit in einer ernsthaften Wirtschaftskrise, die durch den rasanten Verfall des Ölpreises und ausländische Sanktionen (wegen der Krim-Annexion und der Ukraine-Krise) ausgelöst wurden (The Economist 2015). Demnach sinkt der wirtschaftliche Einfluss Russlands auf dem Balkan.

Serbien versteht es bisher, an einer Art „Neutralitätspolitik“ festzuhalten. Gleichwohl wird die Notwendigkeit einer Annäherung und einer Aufnahme in die EU von niemandem in Frage gestellt. Der Status Kosovos bleibt für Russland zwar ein wichtiger Hebel, aber der Kosovo-Konflikt ist in Bewegung, der politische Dialog hält an. Die politischen Optionen Serbiens sind umstritten und von daher bleibt das Land empfänglich für externe Signale (Nelaeva & Semenov 2016: 69).

Serbiens Festhalten an der Neutralitätspolitik hängt stark von den Haltungen ab, die die EU und Russland einnehmen. Bisher geben beide Seiten an, die serbische Entscheidung in diesem schwierigen politischen Umfeld akzeptieren zu wollen. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU. Das Jahr 2014 kann bisher als Tiefpunkt der beiderseitigen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges angesehen werden. Seitdem kann beobachtet werden, dass Serbien seine Neutralitätspolitik, aufgrund des ungleich größeren Engagements der EU in der Region, wohl beendet hat und dass die Wahrscheinlichkeit, dass Russland gegen die EU-Integration intervenieren will, zumindest nach offizieller Lesart, gering ist. Die EU ihrerseits kann durch Harmonisierung ihrer Position gegenüber Serbien und die Entwicklung einer eindeutigen Perspektive für die EU-Mitgliedschaft zu einer Konsolidierung der Veränderungen, die sich in Serbien seit der Jahrtausendwende ereignet haben, beitragen (Nelaeva & Semenov 2016. S. 69).

#### **4.1.2 Russische Perspektive**

Am 10. November 2015 veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht, in dem festgestellt wurde, dass Serbien alle erforderlichen Voraussetzungen erfüllt hat, um die Kapitel 23 und 24 zu eröffnen, die sich mit rechtlichen Fragen befassen. Darüber hinaus wurden Vereinbarungen mit dem Kosovo als Teil des Normalisierungsprozesses getroffen. Serbien startete daraufhin die EU-Beitrittsverhandlungen noch im Dezember 2015 – nur ein Jahr nach dem Besuch Wladimir Putins in Belgrad im Oktober 2014 (Nelaeva/Semenov 2016: 56). Dies alles, nachdem es in den vorangegangenen Jahren zu einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Serbien und der EU gekommen war, bedingt durch externe Ereignisse wie die Ukraine-Krise, die Sanktionen der EU gegenüber Russland und umgekehrt. Während Serbien offiziell stets an dem Ziel einer Aufnahme in die EU festgehalten hatte, führten wirtschaftliche Schwierigkeiten des Landes dazu, dass die Wahrscheinlichkeit einer Vergrößerung des russischen Einflusses auf dem Balkan in vielen Bereichen stetig zunahm und sich die Kontakte zwischen Russland und Serbien intensivierten (Nelaeva/Semenov 2016: 57). Serbien stellt dabei ein interessantes Beispiel für die postkommunistische Transformation eines Landes dar.

Der Transformationsprozess Serbiens ist stets aus einer Dreierperspektive heraus zu betrachten: Es sind die Beziehungen zwischen Serbien und Russland, zwischen Serbien und der EU sowie die



Beziehungen zwischen Russland und der EU miteinzubeziehen. Innerhalb der EU kommt Österreich dabei aus den dargelegten Gründen eine Sonderstellung und Vermittlerrolle zu. Dabei ist insgesamt festzustellen, dass trotz umfassender und intensiver Beziehungen zwischen Serbien und der EU und dem „Gegenhegemon“ Russland die EU-Mitgliedschaft für Serbien prioritäre Bedeutung hat. Im Ergebnis hat Russland nicht genügend Möglichkeiten, diesen Prozess nennenswert beeinflussen zu können.

In seinem grundlegenden Artikel „The End of the Transition Paradigm“ identifizierte Thomas Carothers fünf Merkmale, die im Allgemeinen derartige Übergangsprozesse charakterisieren (Carothers 2002: 5–21): Entscheidend seien

- a. die Richtung der Transformation,
- b. ihr Verlauf,
- c. die Unvermeidbarkeit der Transformation,
- d. die Überbetonung von Wahlen auf Kosten kontextueller Faktoren sowie
- e. die systematische Unterschätzung des Staatsaufbaus.

Er stellte fest, dass sich Staaten in der Übergangsphase für eine lange Zeit in einer „grauen Zone“ zwischen einem autoritären Regierungssystem und der Demokratie befinden und zwar entweder in Form eines „verantwortungslosen Pluralismus“ oder einer dominanten Machtpolitik (Nelaeva/Semenov 2016: 57). Dabei kann festgestellt werden, dass hybride Systeme, wenn auch nicht unbedingt für lange Zeit, in einer Art Zwischenstadium verharren und hinter einer Art demokratischer Fassade autoritäre Machtstrukturen oft bestehen bleiben können (Brownlee 2009: 532).

Dabei bestehen in der Forschungsliteratur verschiedene Ansätze, wie diese Übergangserscheinungen zu bewerten sind, insbesondere ob die internationale Umgebung als wichtige Variable für die Erklärung von Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierungsbestrebungen zu betrachten ist. Dabei geht Huntington (1991) davon aus, dass es zu Rückschlägen auf dem Weg zur Demokratie kommt. Dies kann auch für Serbien beobachtet werden. Seit 2006 kam es zu einer Erstarkung antidemokratischer Elemente, die die Stabilität der demokratisch gewählten Regierungen beeinträchtigten, autoritäre Strukturen förderten und die

Leistungsfähigkeit der Demokratie gefährdeten (Diamond 2015: 144; Tolstrup 2014). Zu beobachten ist, dass autokratische Systeme, insbesondere China und Russland, ein alternatives ökonomisches bzw. zivilisationsgeschichtliches Modell präsentieren, indem sie sämtliche ihnen zur Verfügung stehende Mittel einsetzen, von Investitionen über sanfte Gewalt bis hin zu unmittelbarem Zwang, mit dem Ziel, ihre Umgebung zu destabilisieren (Ukraine, Armenien, Georgien, Moldau) und die westliche Hegemonie herauszufordern (Oliker, Crane et al. 2009; Nelaeva/Semenov 2016: 58).

Demnach ist es interessant zu beobachten, wie es Serbien bisher gelungen ist, die Balance zwischen Russland und der EU zu halten, wobei die ungelöste Kosovo-Frage hierbei eine besondere Rolle spielt, in der sich die Standpunkte der EU und Russlands diametral gegenüberstehen (Nelaeva/Semenov 2016: 60).

Mittlerweile ist Russland, gemeinsam mit Serbien und Belarus, erneut dazu übergegangen, seinen Einfluss in der Region nach den Rückschlägen der vergangenen Jahre und dem Fortgang des EU-Erweiterungsprozesses wieder auszubauen. Russland und Serbien proben in Kosovo den militärischen Ernstfall (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020).

Abbildung 3: Russlands Versuch auf dem Westbalkan Einfluss zu gewinnen



Quelle: Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020

Russland hat in den letzten Jahren gemeinsam mit Serbien und Weißrussland wiederholt Militärmanöver unter der Bezeichnung „Slavic Brotherhood“ („Slawische Brüderschaft“) durchgeführt. 2019 wurde das Manöver der Streitkräfte der drei Länder in der nordserbischen Stadt Pancevo mit ca. 600 Soldaten, darunter mehr als 200 Personen der russischen Luftstreitkräfte, ca. 300 Personen der serbischen Streitkräfte und bis zu 60 Soldaten aus Weißrussland, sowie über 50 Kampffahrzeugen durchgeführt (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020). Nach Angabe serbischer Experten habe dieses Manöver der Terrorbekämpfung gedient. Es wurden der Angriff einer Terroristengruppe und die in diesem Zusammenhang erforderlichen Verteidigungs- bzw. Angriffsmaßnahmen geprobt. 2018 fand das Manöver in der russischen Hafenstadt Noworossijsk statt (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020).

Dabei kamen verschiedene innovative Maßnahmen elektronischer Kriegsführung zum Einsatz, insbesondere zur Erfassung der Position (feindlicher) Feuerwaffen sowie zur Berechnung und Kontrolle unbemannter Luftfahrzeuge, die Russland zuvor in Syrien und der Ukraine getestet hatte. Dabei ist zu beachten, dass „Slavic Brotherhood“ vor allem mit Blick auf die Verwicklung Russlands in verschiedene Auslandskonflikte in seiner Nachbarschaft zunehmend an militärstrategischer Bedeutung gewinnt. Hinzu kommt, dass Russland nach wie vor Kosovo als eigenständigen Staat nicht anerkennt und ihn als Bestandteil Serbiens ansieht.

Dabei gehen russische Militärstrategen davon aus, dass Taktiken, die in den Manövern von „Slavic Brotherhood“ trainiert werden, auch auf dem Balkan, nämlich in Kosovo, angewendet werden könnten – allerdings erst in Zukunft, da Kosovo nach wie vor von der NATO kontrolliert werde. Zunehmend wird auch Belarus in die militärstrategischen Überlegungen und Aktionen miteinbezogen. So wurde Ende 2019 ein militärischer Kooperationsplan zwischen Belarus und Serbien vereinbart (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020).

Der Russische Rat in Moskau äußert sich dazu wie folgt: „Die Außenpolitik Russlands auf dem Balkan hat sich in den letzten drei Jahrzehnten stark verändert. Dies geschah hauptsächlich unter dem Einfluss externer Faktoren. In den neunziger Jahren befand sich der Balkan an der Peripherie der außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands – Russland rechnete mit dem Aufbau von Beziehungen zur EU und zu den USA. In den Jahren der ‚pragmatischen Zusammenarbeit‘ mit der EU (erste Hälfte der 2000er Jahre) war Russland durch

Wirtschaftsdiplomatie auf dem Balkan präsent. Als sich (ab der zweiten Hälfte der 2000er Jahre) Widersprüche zwischen Moskau und Brüssel häuften, rückten militärische und politische Fragen in den Vordergrund. Dies machte das Problem eines Interessenkonflikts in den Bereichen des unmittelbaren Kontakts – wie dem Baltikum, Mitteleuropa, Südosteuropa und dem Balkan – besonders relevant.“ (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020)

Demgegenüber verweist der Atlantische Rat in Washington D. C. auf Folgendes hin: „Die geostrategische Lage der Region zwischen Schwarzem und Mittelmeer sowie die Nähe zum Nahen Osten sind für Moskau ebenfalls wichtig. Das Schwarze Meer bietet Russland Zugang zu Warmwasserhäfen, wobei die Suche nach ihnen ein historischer Treiber der diplomatischen und militärischen Aktivitäten Russlands in Südosteuropa war. Und als eine der letzten Regionen Europas, die noch nicht vollständig in die euro-atlantischen Strukturen integriert wurde, stellt der Balkan ein offensichtliches Ziel für Operationen mit russischem Einfluss dar, die darauf abzielen, die EU auszubremsen und sogar die Nato-Erweiterung zu verhindern.“ (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020)

Möglicherweise, so die Vermutung, dienen die russischen Maßnahmen auch als Ablenkungsmanöver. Konkret soll damit von anderen Schauplätzen, wie der Militarisierung des Asowschen Meeres, dem Vorgehen Russlands in der östlichen Ukraine, dem sich ändernden Grenzverlauf in Südossetien und Moskaus Vorgehen gegenüber Armenien, abgelenkt werden.

Russland interessiert sich nur dafür, seinen Einfluss auf dem Balkan aufrechtzuerhalten. Bei ihrem Besuch in Moskau im März 2020 äußerte Dragana Trifkovic, die Direktorin des „Zentrums für geostrategische Forschung“ in Belgrad, dass Kosovo nach wie vor nicht in der Lage sei, die eigene Unabhängigkeit umzusetzen: „Das einzige rechtsgültige Dokument über das Kosovo und Metochien ist die aktuelle UN-Resolution 1244, die international die Souveränität Serbiens über dieses Gebiet bestätigt. Der Westen versucht, das Völkerrecht zu ändern und dieses Problem zum Nachteil der staatlichen und nationalen Interessen Serbiens zu lösen.“ (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020)

Dementsprechend müsse das Kosovo-Problem mithilfe der UN gelöst werden, wobei entscheidend sei, dass Russland im UN-Sicherheitsrat als Vetomacht über hohen Einfluss verfüge. Darüber hinaus wies Trifkovic darauf hin, dass die Unabhängigkeit Kosovos verhindert werden müsse, zumal nicht nur Kosovo, sondern in der Folge auch Serbien und Bosnien-Herzegowina der Nato

beitreten müssten, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten, d. h., es käme zu einer Kettenreaktion (Deutsche Wirtschaftsnachrichten 2020).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Russland nach wie vor seine besonderen Beziehungen und wirtschaftliche bzw. militärische Kooperation gewissermaßen als Schlüssel dazu ansieht, seinen Einfluss auf dem Balkan dauerhaft auszubauen bzw. zumindest dadurch für den Fall, dass es zu einem EU-Beitritt Serbiens kommt, immerhin einen „Fuß in der Tür“ zu haben. Ähnliches versucht Russland auch in Staaten des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs, wie z. B. in Ungarn. In Serbien bleibt der österreichischen Außenpolitik dabei nur die Aufgabe, die besonderen Beziehungen dazu zu nutzen, den EU-Beitrittsprozess nachhaltig zu fördern. Sie kann aber stets nur innerhalb der von der EU vorgegebenen Rahmenbedingungen agieren.

Österreich forderte dementsprechend in der Vergangenheit auch mehrfach eine Verstärkung des EU-Engagements auf dem Westbalkan. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die EU Südosteuropa in den letzten Jahren vernachlässigte und in dieses Vakuum andere Akteure wie Russland, China, die Türkei und die Golfstaaten gestoßen seien, so die damalige österreichische Außenministerin Dr. Karin Kneissl. Vordringlich gehe es darum, die Staaten auf dem Balkan verstärkt an die EU heranzuführen, den EU-Einfluss dort zu sichern und geopolitische Interessen zu wahren (Kleine Zeitung 2018). Seitens der österreichischen Außenpolitik wurde ein verstärkter Einsatz für die Westbalkanstaaten angekündigt, zumal Österreich zu sämtlichen Ländern in Südosteuropa exzellente Beziehungen führe. Entscheidend sei, dass die Beitrittskandidatin tatsächlich erfahren müssten, dass die im Rahmen des Anpassungsprozesses gemachten Fortschritte von der EU auch honoriert werden.

Die Wirtschaftsprobleme Serbiens ließen den russischen Einfluss auf dem Balkan wachsen, doch trotz intensiver Beziehungen zwischen Serbien und Russland sowie der EU bleibt die EU-Mitgliedschaft für Serbien von höchster Priorität (Wirtschaftsnachrichten, 2015).

Die Standpunkte der EU und Russlands bezüglich des Kosovo bleiben umstritten. Das Kosovo wird von Russland als Teil Serbiens angesehen und das Land nutzt seinen Status als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat, um seine Position zu vertreten. Es ist für Serbien von Bedeutung, eine ausgewogene Beziehung zwischen der EU und Russland aufrechtzuerhalten. Als EU-Vermittler und Mitglied unterstützt Österreich aktiv den EU-Beitrittsprozess auf dem Westbalkan und betont die Wichtigkeit der EU-Integration für die Stabilität der Region.

Insgesamt bleiben Spannungen zwischen der EU und Russland sowie interne politische Herausforderungen auf Serbiens Weg zur Demokratie und EU-Integration bestehen.

#### **4.2.3 Türkische Perspektive**

Zu Beginn der 2000er Jahren galt die Türkei – als EU-Beitrittskandidatin – auf dem Balkan noch als verlässliche Partnerin der EU. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind jedoch starken Schwankungen ausgesetzt (Dzihic & Günay 2019: 2). Die Türkei ist mittlerweile eine weitere Akteurin in der Region, die versucht, auf unterschiedliche Art und Weise ihren Einfluss ebendort auszubauen. Dabei fokussiert sie ihre Bemühungen vor allem auf die Staaten des westlichen Balkans. Im vorliegenden Kontext ist daher zu fragen, ob und in welchem Umfang das autoritäre System des aktuellen türkischen Staatschefs, Recep Tayyip Erdoğan, mit seinem islamisch-nationalistischen Ansatz für Politikerin auf dem Balkan von Interesse sein kann und sich dadurch ggf. eine starke Konkurrenzsituation gegenüber der EU-Politik, insbesondere der österreichischen Außenpolitik, ergibt. Die Türkei hat den Balkan seit der Jahrtausendwende „wiederentdeckt“ (Dzihic & Günay 2019: 3). Wegen der jahrhundertelangen Herrschaft des Osmanischen Reiches auf dem Balkan und der starken kulturellen und religiösen Bindung der muslimischen Bevölkerungen des Balkans an die Türkei hat diese im Zuge ihres ökonomischen Aufschwungs an Selbstbewusstsein gewonnen und ihre Engagement auf dem Balkan nachhaltig verstärkt (Dzihic & Günay 2019: 3f.).

Abbildung 4: Erdoğan's Expansionspolitik



Quelle: Die Welt 2018

Die Türkei investiert seitdem in viele Projekte und hilft durch die Gewährung von Krediten, die Errichtung von Schulen, Banken, Flughäfen und Moscheen. Dies betrifft insbesondere Serbien, Albanien sowie Ungarn und auch Kosovo, was auch im Stadtbild von Prishtina erkennbar wird (Die Welt 2018). Ein Großteil der in den letzten Jahren errichteten Gebäude ähneln in ihrem Erscheinungsbild architektonisch vergleichbaren Bauwerken in Istanbul (Dzihic & Günay 2019: 3). Das gilt auch für den Flughafen, der große Ähnlichkeit mit dem Flughafen von Istanbul aufweist. Erdoğan hat dies 2003 wie folgt beschrieben: „Die Türkei ist Kosovo, Kosovo ist die Türkei“ (Die Welt 2018) bzw. 2012: „Wir müssen überall dort sein, wo unsere Ahnen einst waren“.

Seine Zukunftsvision kann in folgendem Satz zusammengefasst werden: „Wir sind bewegt von dem Geist, der das Osmanische Reich gründete.“ (Die Welt 2018) Er umschreibt damit sein Ziel, den türkischen Einfluss sukzessive auch in Südosteuropa auszubauen. Dies geschieht in erster Linie durch finanzielle Unterstützungsleistungen, die Förderung von Kultur und Religion, Schulen, Studentenwohnheimen, Investitionen und Kredite. Die Leistungen sind für die Empfängerin ökonomisch von großer Bedeutung und entsprechen der Vorgehensweise des früheren Osmanischen Reichs. Insbesondere die Unterstützung bei der Errichtung großer Moscheen sowie die Restaurierung anderer Bauwerke aus der Osmanischen Zeit werden von türkischer Seite als „eine symbolische Landnahme“ verstanden (Die Welt 2018). Hinzu kommen

wirtschaftliche Transferleistungen und die Hilfe etwa beim Betrieb großer Kraftwerke in Serbien. Für Kosovo ist die Türkei mittlerweile zur drittichtigsten Handelspartnerin avanciert.

Diese Entwicklung hielt im Wesentlichen bis 2016 ungebrochen an. Es gelang der Türkei bis dahin, zu einer einflussreichen Akteurin in der Region zu werden, zumal dort ca. sieben Mio. Muslimen leben (nahezu ausschließlich in Albanien, Mazedonien, Kosovo und Bosnien) (Die Welt 2018). Seit 2016 stagnieren die Versuche der Türkei, in Südosteuropa an Einfluss zu gewinnen. Es lassen sich dafür mehrere Gründe ausmachen: die sogenannte Flüchtlingskrise ab 2015, der Putschversuch in der Türkei 2016 und die zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten, in denen sich die Türkei befindet. Dabei ist zu beachten, dass die Errichtung türkischer Schulen und Studentenwohnheime in Südosteuropa maßgeblich von der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen vorangetrieben wurden. Seit dem Putschversuch, der dieser Bewegung zugeschrieben wird, drängen offizielle türkische Stellen auf eine Schließung derartiger Einrichtungen. Damit wurde der Konflikt mit der Gülen-Bewegung und ihren Einrichtungen, der zunächst nur ein innertürkischer Konflikt war, nach Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien und Kosovo hineingetragen. Die einzelnen Regierungen lehnten mehr oder weniger deutlich den Versuch einer derartigen Einflussnahme ab und zeigten damit die Grenzen auf, denen sich das Expansionsstreben der Türkei ausgesetzt sieht (Dzihic & Günay 2019: 5).

Ein weiterer Aspekt ist die politische Verflechtung der AKP<sup>9</sup> mit einigen Parteien einzelner Balkanstaaten, insbesondere in Bosnien. So trat Erdoğan dort wiederholt und insbesondere vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai 2018 auf – zu einem Zeitpunkt, als Regierungen von EU-Staaten mit großen türkeistämmigen Bevölkerungsanteilen derartige Auftritte untersagt hatten (Dzihic & Günay 2019: 7).

Weiters beeinträchtigte die Währungskrise in der Türkei die türkischen Expansionsbestrebungen stark und führte dazu, dass die Unterstützungsleistungen durch die Türkei nicht mehr im bisherigen Ausmaß erbracht werden können. Das Ziel, ihre Investitionen in Serbien von 1,7 US-Dollar auf 5 Mrd. US-Dollar zu erhöhen, kann die türkische Regierung inzwischen wohl nicht mehr erreichen (Die Welt 2018). Gleichwohl gelang es der Türkei Anfang 2017, eine wichtige Übereinkunft mit

---

<sup>9</sup> Die Adalet ve Kalkınma Partisi in türkischer Sprache, auch bekannt als "Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung" oder "Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung", ist die türkische Partei



regionaler Bedeutung mit Serbien und Bosnien-Herzegowina zu treffen. Es wurde der Bau einer Autobahn- und Schnellstraßenverbindung zwischen Sarajevo und Belgrad vereinbart, die über zwei unterschiedliche Trassen ausgeführt werden soll. Durch dieses Vorhaben, dessen Bauvolumen sich auf ca. 800 Mio. Euro belaufen und überwiegend von türkischen Baufirmen ausgeführt werden wird, wird nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina (bzw. der Republika Srpska) erwartet, sondern auch eine Stärkung der kriselnden Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei (Dzihic & Günay 2019: 9).

Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf die zu untersuchenden Akteurkonstellationen und Interaktionen Folgendes festhalten: Verglichen mit großen Investitionen und dem Engagement der EU ist der Einfluss der Türkei auf dem Balkan trotz gesteigener Aktivität nach wie vor überschaubar. Dies beruht darauf, dass die Türkei, insbesondere aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, nicht in der Lage ist, wirtschaftlich, politisch oder im Sicherheitsbereich zu einem dominanten Player auf dem Balkan zu werden. Zwar ist die Türkei seit dem Regierungsantritt Erdoğan's für viele Muslime in der Region attraktiv geworden, aber die Kritik an seinem zunehmend autoritären Führungsstil überwiegt. Die Anziehungskraft der Türkei beruht teilweise auch auf einer gewissen Frustration über die Langsamkeit der Annäherung an die EU in weiten Teilen der Bevölkerung in Serbien, Kosovo und in anderen Staaten (Dzihic & Günay 2019: 9).

Der Einfluss der Türkei oder auch Russlands kann zu einem Problem für die EU und insbesondere die österreichische Außenpolitik werden, falls die Attraktivität der EU nicht wieder ansteigt. Daraus können sich u. U. erneut Spannungen zwischen den einzelnen ethnischen und religiösen Gruppierungen ergeben (Dzihic & Günay 2019: 9). Dem entgegenzuwirken ist das erklärte Ziel der EU- und der österreichischen Außenpolitik.

## 4.2 Erfolgswahrscheinlichkeiten

Bei den Erfolgswahrscheinlichkeiten ist zwischen der Erfolgswahrscheinlichkeit der österreichischen Politik einerseits und den Strategien der HauptAkteure, der EU, Russlands und der Türkei, zu unterscheiden.

Wesentlich für den Erfolg österreichischer Bemühungen um den Ausgleich zwischen Serbien und Kosovo ist der Umstand, dass Österreich seit 330 Jahre Beziehungen zu Kosovo unterhält, obwohl Kosovo keine eigene Staatlichkeit aufwies (Ajeti 2019). Darüber hinaus ist festzustellen, dass die österreichische Außenpolitik insgesamt in Südosteuropa seither besonders aktiv ist. Dies kann als eine Konstante österreichischer Außenpolitik und Diplomatie bezeichnet werden (Ajeti 2019). Diese enge Beziehung beruht auf verschiedenen Faktoren wie der geografischen Nähe oder der Geschichte, insbesondere darauf, dass ein Großteil der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zum früheren Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörte, so etwa das späterer Königreich Serbien, nicht jedoch Kosovo, der Teil des Osmanischen Reiches war. Demnach war die Beziehung zu Kosovo auch nie durch „historische Altlasten“ beeinträchtigt (Zentner 1982: 515).

Abbildung 5: Das Kaiserreich Österreich-Ungarn



Quelle: Atlas zur allgemeinen österreichischen Geschichte, Verlag Ed. Hölzl, 1861 Wien

Auch die wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Beziehungen Österreichs zu Kosovo waren stets eng (Ajeti 2019). Die ersten Erfahrungen des Kaiserreichs Österreich-Ungarn datieren auf das Jahr 1689, als nach der zweiten Türkenbelagerung Wiens 1683 das Ziel darin bestand, die osmanischen Truppen so weit wie möglich bis an die Adria zurückzudrängen, und habsburgische Truppen erstmals Kosovo betreten. Diese Kooperation wurde im Anschluss ständig weiterentwickelt und verstärkt (Ajeti 2019). Die Entwicklung auf dem Balkan spielt für Österreich auch heute aufgrund der großen außen- und sicherheitspolitischen Interessen eine zentrale und entscheidende Rolle. Das Näheverhältnis Österreichs zu Südosteuropa war und bleibt einer der wichtigsten Schwerpunkte seiner Außen- und Sicherheitspolitik (Ajeti 2019).

Wegen des aufkommenden Nationalismus unter Milošević und der ökonomischen Abwärtsentwicklung im ehemaligen Jugoslawien wurde von österreichischer Seite eine Vielzahl an Initiativen ergriffen, um die Kosovo-Frage einer Lösung zuzuführen. Österreich setzte sich in

verschiedenen regionalen, europäischen und internationalen Gremien nachdrücklich für eine Regelung im allseitigen, also im kosovarischen, serbischen, österreichischen und EU-Interesse ein. Dabei bezog es jeweils dezidiert gegen Menschenrechtsverletzungen in Kosovo, Serbien und auch anderen Teilen Jugoslawiens durch das Regime in Belgrad Stellung. Die besondere Unterstützung galt dabei insbesondere der politischen Führung Kosovos unter der Leitung des ersten Präsidenten, Ibrahim Rugova (Ajeti 2019).

In der Folge war es dann auch Österreich, das als erster europäischer Staat die politische Führung der (international nicht anerkannten) Republik Kosovo empfing. Auch in anderer Beziehung wurde seitens der österreichischen Regierung in vielerlei Hinsicht Unterstützung geleistet, z. B. durch die Anerkennung von Diplomen und Zeugnisse der Universität Prishtina, humanitäre Hilfe, diplomatische Dienste, eine Türöffner-Funktion und Ratschläge für die politische Führung Kosovos, Asylangebote für kosovo-albanische Politikerin, Flüchtlinge und ihre Familien (Ajeti 2019).

Der Kosovo-Konflikt und die damit einhergehenden ethnischen Spannungen, ausgelöst durch das serbische Regime sowie seine entsprechenden Aktionen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden von Österreich früh verurteilt und Österreich engagierte sich zeitnah in den internationalen Organisationen, um eine Lösung der Krise zu finden. Dabei wurde rasch erkannt, dass nur die EU-Mitgliedschaft eine langfristige Perspektive für die Befriedung der Region und die Lösung der Probleme auf staatlicher Ebene bieten würde (Ajeti 2019).

Erste Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo wurden 2006/2007 in Wien geführt. Österreich anerkannte Kosovo im Jahr 2008 unmittelbar nach seiner Unabhängigkeitserklärung als einer der ersten Staaten überhaupt. Seitdem bestehen freundschaftliche und enge Beziehungen auf allen Gebieten (Ajeti 2019). Insgesamt bestehen somit gemeinsame Interessen von Österreich und Kosovo (Ajeti 2019). Somit kommt Österreich im Rahmen der EU-Erweiterung eine besondere Rolle zu. Es ist Österreich, das im stagnierenden Beitrittsprozess die maßgeblichen Akzente zur Revitalisierung des Prozesses setzen kann. Der Erfolg der österreichischen Bemühungen ist aber eng mit der Situation der EU verbunden.

Die Beziehungen Österreichs zu Serbien sind demgegenüber anderer Art. Historisch waren die Beziehungen durch das Attentat von Sarajevo und den Ersten Weltkrieg belastet. Auch nach dem Kosovo-Krieg in den 1990er Jahren ist das Verhältnis angespannt.

Was die EU-Perspektive betrifft, gilt Folgendes: Der Erfolg der EU als internationale Akteurin hängt davon ab, ob sich die Beitrittsperspektive zeitnah realisieren lässt. Für Serbien wurde ein Zeitraum bis 2025 vorgesehen. Der aktuelle Stand lässt sich der folgenden Abbildung 6 entnehmen.

Abbildung 6: Der Westbalkan und die EU-Beitrittsperspektiven



Quelle: Deutsche Bundesregierung 2019

Wie sich zeigt, wurden mit Kosovo noch keine Beitrittsverhandlungen aufgenommen, sodass dort bisher nur langfristig eine Perspektive auf den EU-Beitritt gegeben werden kann. Umso mehr hängt der Erfolg der EU-Initiative davon ab, dass die EU die Entwicklung beschleunigt und die derzeit nachlassende Aktivität der Türkei dazu nutzt, die Attraktivität der EU als demokratische und ökonomisch erfolgreiche Gemeinschaft von Staaten hervorzuheben. Dabei ist die Erreichung der durch die EU-Konditionalität vorgegebenen Kriterien ein Ziel, das noch eine Vielzahl von Reformen in Kosovo erfordert.

Die EU ist die größte Geldgeberin auf dem Balkan und schon deshalb besonders stark in Kosovo engagiert, weil eine Stabilisierung der Region im sicherheitspolitischen Interesse der gesamten Union liegt. Ein Strategiepapier des (deutschen) Auswärtigen Amtes erklärte im April 1999, das

Es ist wichtig, dass die Balkanpolitik darauf abzielt, gewaltsame Konflikte in der Region zu verhindern, langfristige Bedingungen für Demokratie, Marktwirtschaft und regionale Zusammenarbeit zu schaffen und Südosteuropa nachhaltig in den euroatlantischen Strukturen zu verankern (Varwick 2000: 185). Dabei steht der rasche Wiederaufbau der Wirtschaft im Vordergrund, weil eine demokratische Entwicklung ohne eine funktionsfähige Wirtschaft nicht denkbar ist (Varwick 2000: 195). In der ersten Phase ihrer Arbeit in Kosovo konzentrierte sich die EU auf die Wiederherstellung der Wasserversorgung, die Bereitstellung von Baumaterial, Minenräumung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Aufbau einer Zollverwaltung. Im Laufe der Zeit kamen umfassendere Aufgaben hinzu, etwa Projektimplementierung, Programmkoordination, die Koordination der Kredite der internationalen Finanzinstitutionen sowie die Erstellung des jährlichen Wiederaufbauplans (Calic 2000: 532).

Die EU machte aus dem Zolldienst eine moderne Institution, bemühte sich um die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption und initiierte ein regionales Freihandelsabkommen (Ukelli 2008: 63). Die Übernahme der D-Mark und schließlich des Euros als stabiles Zahlungsmittel, die umfangreichen Investitionen in die Basisinfrastruktur, niedrige Steuern sowie eine einfache Unternehmensregistrierung schufen prinzipiell günstige Investitionsbedingungen (Wittkowsky 2009: 7). Insgesamt steht in Kosovo die Schaffung von guten Governance-Strukturen im Vordergrund. Das Hauptproblem ist und bleibt aber die völkerrechtliche Anerkennung Kosovos durch Serbien. Soll die Beitrittsperspektive zumindest von Serbien bis 2025 realisiert werden, bedarf es noch großer Anstrengungen seitens der EU und Österreich, um Serbien zu diesem Zugeständnis zu bewegen. Ein entscheidender Punkt dürfte dabei die nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in Serbien sein. Die russische Seite hat den Beitritt von Serbien in EU hingenommen, wie der Literatur zu entnehmen ist. Die Türkei wird angesichts ihrer derzeitigen ökonomischen Schwäche nicht zu einer weiteren Ausweitung ihrer Expansion in der Lage sein.



## 5 Diskussion

Die in dieser Arbeit durchgeführte Analyse lieferte wertvolle Einblicke in die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien sowie in die Rolle Österreichs bei deren Interaktionen. Durch die Anwendung des Konstruktivismus als theoretischen Rahmen kann ein tieferes Verständnis dafür gewonnen werden, wie die soziale Konstruktion von Realität, Normen und Identitäten das Verhalten und die Bestrebungen Kosovos, Serbiens und Österreichs beeinflussen.

Österreichs historisches Engagement auf dem Balkan, das auf seine geografische Nähe und seine regionalen Interessen zurückzuführen ist, macht es zu einem wichtigen Vermittler in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Die Ziele des Landes – Frieden, Stabilität und europäische Integration – decken sich mit den Bestrebungen sowohl Kosovos als auch Serbiens. Durch seine Vermittlungsbemühungen, die Erleichterung des Dialogs, technische Hilfe und die Unterstützung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat Österreich einen wichtigen Beitrag zum Versöhnungsprozess zwischen den beiden Entitäten geleistet. Dennoch gibt es nach wie vor Herausforderungen bei der Erreichung einer dauerhaften Versöhnung und Integration. Der historische Kontext, ungelöste Fragen der Souveränität und Anerkennung sowie die komplexe ethnische Dynamik wirken sich weiterhin auf die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien aus. Diese Herausforderungen erfordern nachhaltiges Engagement, Geduld und den Einsatz aller beteiligten Akteure (Bugajski, 2014).

Österreich spielte eine entscheidende Rolle als Vermittler und beteiligte sich aktiv an der Erleichterung des Dialogs und der Verhandlungen zwischen Kosovo und Serbien. Seine diplomatischen Kanäle boten eine Plattform für konstruktives Engagement und ermutigten die Parteien, für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Die Neutralität des Landes und sein Status als vertrauenswürdiger Vermittler schufen eine Atmosphäre, die für einen offenen Dialog förderlich ist, und haben das Vertrauen und den Respekt beider Parteien verdient (Bugajski, 2014).

Zusätzlich zur Mediation erweiterte Österreich seine Unterstützung durch technische Hilfe und den Aufbau von Kapazitäten. Es war maßgeblich an der Bereitstellung von Fachwissen und Ressourcen zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten Kosovos und Serbiens beteiligt. Die Unterstützung umfasste verschiedene Bereiche wie Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Entwicklung und EU-Integrationsprozesse. Durch die Weitergabe seines Wissens und seiner Erfahrungen will Österreich die administrativen und rechtlichen Rahmenbedingungen

beider Staaten verbessern, Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern und die Integration in die EU erleichtern. Österreichs Engagement im Bereich der technischen Hilfe spiegelt seine Erkenntnis darüber wider, wie wichtig der Aufbau solider Institutionen und die Förderung effektiver Regierungsstrukturen in Kosovo und Serbien sind. Das Land ist sich bewusst, dass nachhaltiger Frieden und Versöhnung einen umfassenden Ansatz erfordern, der die politische, wirtschaftliche und soziale Dimension berücksichtigt. Durch die Unterstützung von Initiativen zum Kapazitätsaufbau trägt Österreich zur langfristigen Stabilität und zum Wohlstand Kosovos und Serbiens bei und befähigt sie, Herausforderungen anzugehen, Reformen umzusetzen und einen konstruktiven Dialog zur Lösung offener Fragen zu führen (Vasques, 2022).

Darüber hinaus betonte Österreich die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und regionaler Integration zur Förderung der Aussöhnung zwischen Kosovo und Serbien. Das Land unterstützte aktiv Initiativen, die darauf abzielen, den Handel, die Investitionen und die wirtschaftliche Konnektivität in der Region zu verbessern. Durch die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit versucht Österreich, gegenseitige Vorteile und Anreize für beide Seiten zu schaffen und ein Klima der gegenseitigen Abhängigkeit zu fördern, das zu langfristiger Stabilität beitragen kann. Österreichs Unterstützung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit manifestiert sich durch verschiedene Mittel. Das Land unterstützt den Aufbau von Handelsbeziehungen und fördert den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Kosovo und Serbien. Durch die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels trägt Österreich zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung des Lebensstandards in beiden Gebieten bei. Österreichs Unterstützung erstreckt sich auch auf die Erleichterung von Investitionsinitiativen, die Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen in der Region und die Förderung von Joint Ventures. Darüber hinaus erkennt Österreich die Bedeutung der Verbesserung der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Kosovo und Serbien an. Das Land unterstützt Infrastrukturprojekte, die die regionale Integration fördern, wie z. B. die Entwicklung von Verkehrsnetzen, Energieverbundnetzen und digitaler Konnektivität. Diese Bemühungen tragen zur Entwicklung robuster und nachhaltiger Wirtschaftssektoren in beiden Entitäten bei, fördern die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und schaffen günstige Bedingungen für eine Aussöhnung (Bhattacharya, 2007).



Darüber hinaus ist Österreich ein starker Befürworter der europäischen Integrationsbestrebungen sowohl Kosovos als auch Serbiens. Das Land unterstützte deren Bemühungen, die von der EU festgelegten Anforderungen und Standards zu erfüllen. Österreichs diplomatische Initiativen zielen darauf ab, den Weg zum EU-Beitritt zu erleichtern, Reformen zu fördern und bei der Angleichung von Politik und Praxis an europäische Normen und Werte zu helfen. Durch die Weitergabe seiner Erfahrungen und seines Fachwissens unterstützt Österreich Kosovo und Serbien bei der Angleichung ihrer Politiken und Praktiken an europäische Standards. Insgesamt trägt Österreichs Engagement für die europäische Integration Kosovos und Serbiens zu deren langfristiger Stabilität, Wohlstand und engeren Beziehungen zur EU bei. Die Wirksamkeit der österreichischen Bemühungen zur Förderung der Versöhnung und Integration zwischen Kosovo und Serbien zeigt sich in den bisher erzielten Fortschritten. Durch Mediation, technische Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung der EU-Integration spielte Österreich eine konstruktive Rolle bei der Förderung von Frieden, Stabilität und engeren Beziehungen zwischen den beiden Gebieten. Dennoch gibt es weiterhin Herausforderungen, darunter historische Missstände, divergierende Interessen und eine komplexe politische Dynamik. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert von allen beteiligten Parteien nachhaltiges Engagement, Geduld und anpassungsfähige Ansätze (Swaton, 2023).

### Handlungsempfehlungen

Auf Basis der durchgeführten Analyse werden folgende Empfehlungen zur weiteren Stärkung der österreichischen Außenpolitik im Kontext der Kosovo-Serbien-Beziehungen und der EU-Integration vorgeschlagen:

Das kontinuierliche Engagement Österreichs als Vermittler ist entscheidend für die Aufrechterhaltung der Dynamik des Dialogs zwischen Kosovo und Serbien. Die Komplexität der historischen Missstände und Kernfragen erfordert nachhaltige Anstrengungen, um eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Österreich sollte sich aktiv an der Erleichterung produktiver Diskussionen beteiligen und sicherstellen, dass alle relevanten Parteien eine Plattform haben, um ihre Anliegen vorzubringen und zum Verhandlungsprozess beizutragen. Durch die Förderung eines integrativen und konstruktiven Umfelds kann Österreich dazu beitragen, strittige Fragen anzusprechen und gegenseitiges Vertrauen der beiden beteiligten Parteien aufzubauen. Nur durch

fortwährende Mediation kann das Potenzial für nachhaltigen Frieden und Versöhnung in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien ausgeschöpft werden.

Österreich sollte seine technische Hilfe und seine Unterstützung für den Aufbau von Kapazitäten in Kosovo und in Serbien weiter ausbauen. Diese Unterstützung sollte auf Bereiche wie Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet sein. Durch die Stärkung der Institutionen und die Förderung guter Regierungsführung kann Österreich zur Konsolidierung des Friedens in der Region beitragen. Darüber hinaus kann die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung dazu beitragen, nachhaltiges Wachstum zu schaffen und die Lebensbedingungen der Menschen in Kosovo und Serbien zu verbessern.

Österreich sollte die europäischen Integrationsbestrebungen sowohl Kosovos als auch Serbiens weiterhin unterstützen. Dazu gehört, dass es ihnen aktiv dabei hilft, die von der EU festgelegten Anforderungen und Standards zu erfüllen. Österreich kann eine entscheidende Rolle spielen, indem es sich für die Einbeziehung Kosovos und Serbiens in den EU-Beitrittsprozess einsetzt, die notwendigen Reformen erleichtert und die Politik an die europäischen Normen und Werte anpasst. Die Unterstützung ihrer europäischen Integrationsbemühungen wird nicht nur zu ihrer Stabilität und ihrem Wohlstand beitragen, sondern auch die regionale Zusammenarbeit und Aussöhnung fördern.

Durch die Befolgung dieser Empfehlungen kann Österreich wesentlich zum Fortschritt der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien beitragen. Fortwährende Mediation, verstärkte technische Hilfe und Unterstützung für die europäische Integration können helfen, Herausforderungen zu überwinden, Vertrauen aufzubauen und den Weg für eine friedliche und prosperierende Zukunft für beide Entitäten zu ebnen. Nur durch anhaltende Bemühungen und ein Engagement für Dialog, Zusammenarbeit und Versöhnung können dauerhafte Lösungen in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien erreicht werden.

### Zukunftsperspektiven

Die Aussichten für die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien und deren Integration in die EU bieten sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Während Österreich seine Bemühungen zur Förderung der Versöhnung und zur Unterstützung der EU-Integration fortsetzt, werden mehrere Schlüsselfaktoren den weiteren Weg bestimmen.

Regionale Zusammenarbeit und Dialog werden eine entscheidende Rolle für die Perspektiven Kosovos und Serbiens spielen. Durch die Förderung eines Umfelds des Vertrauens, des Verständnisses und des gegenseitigen Respekts zwischen allen regionalen Akteuren kann Österreich zu Stabilität und Zusammenarbeit auf dem Westbalkan beitragen. Fortgesetzte Dialogplattformen, wie der Berliner Prozess und die von der EU geförderten Dialoge, bieten die Möglichkeit, offene Fragen zu klären, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und die regionale Integration zu stärken (Griessler, 2020).

Die Aussichten auf eine Integration Kosovos und Serbiens in die EU werden den künftigen Weg der beiden Länder maßgeblich bestimmen. Österreichs Unterstützung für die europäischen Integrationsbestrebungen sollte fortgesetzt werden, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung bei der Erfüllung der von der EU festgelegten Anforderungen und Standards liegen sollte (Vesnic-Alujevic, 2012). Dazu gehören die Förderung von Reformen, die Stärkung demokratischer Institutionen und die Angleichung der Politik an europäische Normen und Werte. Österreichs Erfahrungen und Fachwissen in EU-Angelegenheiten können genutzt werden, um den Beitrittsprozess zu erleichtern, Fortschritte zu fördern und engere Beziehungen zwischen Kosovo, Serbien und der EU einzugehen.

## 6 Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien für Österreich von großer Bedeutung sind und seit vielen Jahren ein zentrales Thema der österreichischen Außenpolitik darstellen. Österreich hat sich intensiv bemüht, eine Lösung für den Konflikt zwischen Kosovo und Serbien zu finden und zur Stabilisierung der Region beizutragen. Diese Bemühungen waren geprägt von Diplomatie, Vermittlung und Unterstützung sowohl auf bilateraler als auch auf internationaler Ebene.

Die konstruktivistische Sichtweise in der internationalen Politik betont, dass Staaten durch Zusammenarbeit und Dialog basierend auf gemeinsamen Werten und Idealen Konflikte vermeiden können. In diesem Kontext hat Österreich eine herausragende Rolle gespielt, insbesondere im Hinblick auf die Stabilität des Westbalkans, speziell zwischen Serbien und dem Kosovo.

Österreich hat bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien eine aktive Rolle gespielt. Es hat als Gastgeber für verschiedene Verhandlungsrunden und Treffen gedient, bei denen Vertreter beider Seiten zusammengekommen sind, um über konkrete Fragen und Streitpunkte zu diskutieren. Österreich hat dabei eine neutrale Position eingenommen und versucht, eine gemeinsame Basis für weitere Verhandlungen zu schaffen.

Ein wichtiger Erfolg der österreichischen Bemühungen war die Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens im Jahr 2013. Dieses Abkommen legte einen Fahrplan für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien fest und beinhaltete konkrete Maßnahmen zur Durchführung von Vereinbarungen in Bereichen wie Justiz, Polizei, Energie und Telekommunikation. Österreich hat die Umsetzung dieses Abkommens aktiv unterstützt und dabei geholfen, das gegenseitige Vertrauen zwischen Kosovo und Serbien zu stärken.

Darüber hinaus hat Österreich finanzielle, wirtschaftliche und technische Hilfe für Serbien und Kosovo bereitgestellt, um den Wiederaufbau und die sozioökonomische Entwicklung zu unterstützen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Region und zur Förderung von Frieden und Wohlstand.

Trotz dieser Bemühungen und Erfolge bestehen immer noch Herausforderungen und Hindernisse auf dem Weg zu einer umfassenden Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Die ungelösten Fragen und unterschiedlichen Positionen zu Themen wie dem Status des

Kosovo oder der Kontrolle über das serbische Minderheitsgebiet im Norden des Kosovo bleiben bestehen. Es wird weiterhin diplomatischer und politischer Einsatz erforderlich sein, um diese Fragen zu klären und zu einer dauerhaften Lösung zu gelangen.

Österreich ist jedoch weiterhin bereit und engagiert, eine aktive Rolle bei der Förderung des Dialogs und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu spielen. Die Beziehungen zu beiden Ländern sind eng und freundschaftlich, und Österreich hat ein großes Interesse daran, Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region zu fördern.

Zunächst einmal wurde festgestellt, dass es zwischen Kosovo und Serbien immer noch erhebliche Spannungen und Konflikte gibt. Dies hat dazu geführt, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiterhin belastet sind. Ein Hauptgrund für diese Spannungen ist der Konflikt um die Unabhängigkeit des Kosovo. Obwohl Kosovo im Jahr 2008 einseitig seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt hat, wird diese von Serbien nicht anerkannt. Diese Uneinigkeit macht eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern schwierig.

Insgesamt kann man sagen, dass die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien ein komplexes Thema sind, das eine langfristige und nachhaltige Lösung erfordert. Österreich hat sich als wichtiger Akteur in diesem Prozess etabliert und wird weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Dialog und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern spielen.

Ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass österreichische Bemühungen zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien beitragen konnten. Österreich hat sowohl auf bilateraler als auch auf europäischer Ebene eine Vermittlerrolle eingenommen und versucht, zwischen den beiden Parteien zu vermitteln. Diese Bemühungen waren jedoch nicht immer erfolgreich, da die Konflikte und Spannungen weiterhin bestehen.

Darüber hinaus hat diese Untersuchung gezeigt, dass österreichische Unterstützung für die Überwindung der Konflikte und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kosovo und Serbien von beiden Seiten begrüßt wird. Die Regierungen beider Länder haben die Bemühungen Österreichs als positiv und konstruktiv bewertet. Österreich hat verschiedene Projekte und Programme finanziert, um die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen zu fördern, darunter Wirtschaft, Bildung und kultureller Austausch. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, das Vertrauen

zwischen den beiden Ländern aufzubauen und eine Grundlage für eine nachhaltige Zusammenarbeit zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in dieser Untersuchung untersucht wurde, ist die Rolle der Europäischen Union bei den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Die EU hat sich aktiv darum bemüht, einen konstruktiven Dialog zwischen den beiden Ländern zu fördern. Die EU hat sowohl Kosovo als auch Serbien aufgefordert, zukunftsorientierte Vereinbarungen zu treffen, um ihre Beziehungen zu entwickeln. Dies umfasst auch die Umsetzung des sogenannten „Fortschrittsdialogs“ zwischen den beiden Ländern.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien trotz erheblicher Spannungen und Konflikte weiterhin Gegenstand österreichischer Bemühungen sind. Die Ergebnisse dieser Untersuchung haben gezeigt, dass österreichische Bemühungen einen gewissen Einfluss auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern hatten. Die Unterstützung durch Österreich wurde von beiden Seiten positiv bewertet. Dennoch bleiben die Herausforderungen bestehen, und es bedarf weiterer Anstrengungen und Verhandlungen, um eine nachhaltige Lösung für die Konflikte zwischen Kosovo und Serbien zu finden.

Ein wichtiger Aspekt der österreichischen Bemühungen ist die Diplomatie auf höchster Ebene. Österreich hat als neutraler Vermittler zwischen dem Kosovo und Serbien fungiert, indem es regelmäßige Treffen und Verhandlungen organisiert hat. Durch den Einsatz von Diplomatie hat Österreich dazu beigetragen, dass der Dialog zwischen den Konfliktparteien aufrechterhalten wird und dass konstruktive Gespräche stattfinden können.

Darüber hinaus hat Österreich auch eine aktive Rolle bei der Unterstützung des Aufbaus demokratischer Strukturen in beiden Ländern übernommen. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Entwicklungshilfe, um den demokratischen Prozess zu fördern und Institutionen in beiden Ländern zu stärken. Durch diese Unterstützung hat Österreich geholfen, die politische Stabilität in der Region zu fördern und die Grundlagen für eine friedliche Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Rolle Österreichs als Vermittler zeigt sich auch im multilateralen Rahmen. Österreich hat sich aktiv an internationalen Foren und Organisationen beteiligt, die sich mit dem Kosovo-Serbien-Konflikt befassen. Hierzu zählt beispielsweise die Teilnahme an Treffen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, bei denen die Interessen und Anliegen beider Länder diskutiert und

Lösungen gesucht werden. Durch diese multilaterale Zusammenarbeit hat Österreich dazu beigetragen, die internationale Gemeinschaft auf die Bedeutung einer friedlichen Lösung des Konflikts aufmerksam zu machen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die österreichischen Bemühungen nicht immer zu sofortigen Ergebnissen geführt haben. Der Kosovo-Serbien-Konflikt ist komplex und langwierig, und es erfordert oft Geduld und Ausdauer, um Fortschritte zu erzielen. Dennoch haben die Bemühungen Österreichs dazu beigetragen, den Dialog zwischen beiden Seiten am Leben zu erhalten und die Grundlagen für eine langfristige Lösung des Konflikts zu legen.

Die Bewertung der österreichischen Bemühungen kann jedoch nicht ohne Kritik bleiben. Einige Kritiker argumentieren, dass Österreichs Schwerpunkt auf dem Dialog und der Diplomatie möglicherweise zu wenig Druck auf beide Seiten ausüben könnte, um Zugeständnisse zu machen. Darüber hinaus wird auch die begrenzte Rolle Österreichs in Bezug auf die Durchsetzung von Friedensvereinbarungen und Reformen kritisiert.

Trotz dieser Kritik ist es wichtig anzuerkennen, dass die österreichischen Bemühungen einen wertvollen Beitrag zur Förderung des Friedens und der Stabilität in der Region geleistet haben. Durch Diplomatie, Unterstützung des demokratischen Aufbaus, Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und multilaterale Zusammenarbeit hat Österreich dazu beigetragen, den Kosovo-Serbien-Konflikt auf die internationale Agenda zu setzen und Fortschritte in Richtung einer langfristigen Lösung zu erzielen.

### ***Ausblick auf die zukünftige Rolle Österreichs in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien***

Aufgrund seiner historischen Verbindungen zu beiden Ländern und seiner Rolle als Vermittler in den Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina wird Österreich voraussichtlich auch in Zukunft eine bedeutende Rolle in den Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern spielen. Österreich hat sich in der Vergangenheit als neutraler Vermittler in den Dialogen zwischen Kosovo und Serbien profiliert. Die österreichische Regierung betont seit langem, dass eine friedliche Lösung des Konflikts im Kosovo und eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien im besten Interesse der Region und der Europäischen Union ist. Österreich hat dabei eine ausgleichende und vermittelnde Rolle eingenommen, um die unterschiedlichen Positionen und Interessen beider Seiten anzunähern.

Im Ausblick auf die zukünftige Rolle Österreichs in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien wird erwartet, dass das Land seine Vermittlerrolle weiter ausbauen wird. Österreich hat bereits mehrere erfolgreiche Vermittlungsversuche zwischen den beiden Ländern unternommen und hat dabei seine Bereitschaft zur Unterstützung bei der Umsetzung von Vereinbarungen betont. Diese Rolle als Vermittler und Unterstützer bei der Umsetzung von Vereinbarungen wird auch in Zukunft von großer Bedeutung sein.

Österreich kann seine Rolle als Vermittler weiter stärken, indem es eine vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Kosovo und Serbien unterstützt. Dazu gehört beispielsweise die Förderung des Austauschs zwischen den beiden Ländern auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene. Auf politischer Ebene kann Österreich bei der Schaffung eines Dialogforums helfen, in dem beide Seiten ihre Anliegen und Bedenken offen diskutieren können. Auf wirtschaftlicher Ebene können österreichische Unternehmen dazu beitragen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kosovo und Serbien zu fördern. Auch kulturelle Austauschprogramme und Bildungsinitiativen können dazu beitragen, Verständnis und Vertrauen zwischen den beiden Ländern aufzubauen.

Österreich kann zudem eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von Vereinbarungen zwischen Kosovo und Serbien spielen. Dies umfasst die Unterstützung bei der Umsetzung von Abkommen in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Menschenrechte. Österreich verfügt über eine solide Erfahrung in der Unterstützung von Transformationsprozessen und der Stärkung von Institutionen und kann diese Expertise nutzen, um Kosovo und Serbien bei der Umsetzung von Vereinbarungen zu unterstützen.

Darüber hinaus wird erwartet, dass Österreich in seiner Rolle als EU-Mitgliedstaat auch weiterhin die Annäherung beider Länder an die EU fördern wird. Der EU-Beitritt ist für sowohl

Kosovo als auch Serbien ein wichtiges Ziel und Österreich kann dabei als Unterstützer und Vermittler fungieren. Als EU-Mitglied verfügt Österreich über Kenntnisse und Erfahrungen, die den beiden Ländern dabei helfen können, die erforderlichen Reformschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt umzusetzen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Österreich auch in Zukunft in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien eine bedeutende Rolle spielen wird. Als neutraler Vermittler und



Unterstützer bei der Umsetzung von Vereinbarungen kann Österreich dazu beitragen, den Dialog und die Kooperation zwischen beiden Ländern zu fördern. Darüber hinaus kann Österreich seine Expertise und Erfahrungen als EU-Mitgliedstaat nutzen, um den Annäherungsprozess beider Länder an die EU zu unterstützen. Die zukünftige Rolle Österreichs wird daher entscheidend sein für die Stabilität und den Fortschritt in der Region des westlichen Balkans.

## **Abstract**

Die vorliegende Arbeit untersucht die Bemühungen Außenpolitik Österreichs in den Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Österreich engagierte sich intensiv für die Konfliktlösung und Stabilisierung der Region besonders zwischen Kosovo und Serbien, indem es diplomatische Maßnahmen, Vermittlung und Unterstützung auf bilateralen und internationalen Ebenen einsetzt. Die Außenpolitik Österreichs zielt darauf ab, Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit auf dem Westbalkan zu unterstützen.

Die qualitative Studie analysiert verschiedene literarische Quellen, um die Frage zu beantworten: Inwiefern haben politische Handlungen Österreichs zu der aktuellen Beziehung zwischen Kosovo und Serbien beigetragen?

Die Arbeit konzentriert auch sich auf die komplexen Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien, geprägt von historischen Konflikten, territorialen Spannungen und ethnischen Identitäten. Diese bilateralen Beziehungen werden weiterhin durch Herausforderungen in der Regierungsführung, den Minderheitenrechten und den Status des Nordkosovo beeinflusst.

Der Fokus liegt auf Österreichs neutralem Vermittlerstatus zwischen den Ländern, vor allem in Verhandlungen und Treffen zur Normalisierung ihrer Beziehungen. Österreich unterstützte zahlreiche Abkommen und leistete finanzielle sowie technische Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Region, wobei es auch die Bemühungen zur Annäherung an die EU intensivierte.

Österreichs Diplomatie unterstützt demokratische Strukturen und trägt dazu bei, den Dialog aufrechtzuerhalten und den Grundstein für eine langfristige Lösung zu legen.

Die Arbeit beleuchtet die Bemühungen Österreichs, konstruktive Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu fördern. Dabei wird aufgezeigt, wie Österreich als Schlüsselakteur bei der regionalen Stabilität agiert und den Dialog sowie die Umsetzung von Vereinbarungen zwischen den beiden Entitäten unterstützt.

Stichworte: Bemühungen Außenpolitik Österreichs, Kosovo-Serbien-Konflikt, Neutralität als Vermittler, EU-Integration, Unterstützung von Abkommen, Beitrag zur demokratischen Entwicklung, Historische Komplexität der Kosovo-Serbien-Beziehungen.

## **Abstract (Englisch)**

The aim of this master thesis is Austria's foreign policy efforts in the relationship between Kosovo and Serbia. Austria has been actively involved in conflict resolution and regional stabilization, particularly between Kosovo and Serbia, utilizing diplomatic measures, mediation, and support on bilateral and international levels. Austria's foreign policy aims to support peace, stability, and cooperation in the Western Balkans.

In addition the qualitative study analyzes various literary sources to answer the question: To what extent have Austria's political actions contributed to the current relationship between Kosovo and Serbia? In order to answer this question the focus of this work centers on the complex relationship between Kosovo and Serbia, characterized by historical conflicts, territorial tensions, and ethnic identities. These bilateral relations continue to be influenced by challenges in governance, minority rights, and the status of Northern Kosovo.

In general, the emphasis lies on Austria's neutral mediator status between the countries, particularly in negotiations and meetings aimed at normalizing their relations. Furthermore Austria supported numerous agreements and provided financial and technical assistance for the region's reconstruction and development while also intensifying efforts to approach EU integration.

In essence Austria's diplomacy supports democratic structures and contributes to maintaining dialogue, laying the groundwork for a long-term solution. In conclusion the paper highlights Austria's efforts in fostering constructive relations between Kosovo and Serbia, illustrating Austria's role as a key actor in regional stability, supporting dialogue, and implementing agreements between the two entities.

Keywords: Austrian foreign policy efforts, Kosovo-Serbia conflict, neutrality as a mediator, EU integration, support for agreements, contribution to democratic development, historical complexity of Kosovo-Serbia relations

## 7 Literaturverzeichnis

- Ajeti, Faruk (2019): *Österreich und Kosovo*. <https://www.paneuropa.at/oesterreich-und-kosovo/>, Abrufdatum 22.10.22
- Ajeti, Faruk. (2022): Die kosovo-politik als Konstante der österreichischen Außenpolitik. *Österreichisches Jahrbuch Für Politik 2020*, 455–468. <https://doi.org/10.7767/9783205213697.455>, Abrufdatum 22.02.23
- Akbulut, Hakan /Dzihic, Vedran / Günay, Cengiz (2018): *Verliert der Westen an Einfluss? Verschiebungen der Machtverhältnisse auf dem Westbalkan, in der Türkei und der MENA Region*. Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik, Working Paper #100.
- Andreas-Petrus-Werk. Catholica Unio Österreich - Päpstliches Werk der Kongregation für die Ostkirchen (2014): *Kosovo: Im Einsatz für den Frieden an der Wiege der Serbisch-orthodoxen Kirche*, aus: Rundbrief 2014/2. <http://www.andreas-petrus-werk.at/kosovo-im-einsatz-fuer-den-frieden-an-der-wiege-der-serbisch-orthodoxen-kirche/>, Abrufdatum 10.11.22
- Antonenko, Oksana (2007): *Russia and the Deadlock over Kosovo*. Paris: Russia/NIS- Center.
- Aybet, G. Gülnur /Bieber, Florian (2011): *‘From Dayton to Brussels: The Impact of EU and NATO Conditionality on State Building in Bosnia & Hercegovina’*, *Europe-Asia Studies* 63 (10), S.1911-1937.
- Baldwin-Edwards, Martin (2004): *Sustainable Development and Emigration: The Contemporary Balkans and the European Union*. *South-East European Review for Labour and Social Affairs*. Baden-Baden: Nomos.
- Bechew, Dimitar (2018): *Russia’s Influence in Southeast Europe*. *Russian Analytical Digest* 226 (6. November 2018), Zurich: ETH-Zurich, S.2-5.
- Belloni, Roberto (2009): *European Integration and the Western Balkans: Lessons, Prospects and Obstacles*. *Journal of the Balkan and Near Eastern Studies* 11(3): S.313-331.

- Benediek, Annegret/ Fessler, Moritz (2018): Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. In: Weidenfeld, Werner /Wessels, Wolfgang (Hrsg.) *Jahrbuch der Europäischen Integration 2018*. Baden-Baden: Nomos, S.295- 300.
- Bhattacharya, Rina (2007): *Austria's Deepening Economic Integration with Central and Eastern Europe*. OECD Economics Department Working Papers 572, OECD Publishing.
- Bieri, Matthias (2015): *Der Westbalkan zwischen Europa und Russland*. Zürich.ETH- Zürich, Research Collection, 2015-03.
- Bojinovic, Ana. (2009): *Geographical proximity and historical experience as a basis for active foreign policy strategy of small European states – the case of Austria and Slovenia regarding the western balkans. Politics in Central Europe*.  
<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/6123#> ,Abrufdatum 10.11.22
- Börzel, Tanja A (2013): 'When Europeanization Hits Limited Statehood: The Western Balkans as a Test Case for the Transformative Power of Europe '. in: Elbasani, Arolda (Ed) *'European Integration and Transformation in the Western Balkans: Europeanisation or Business as Usual'*. London: Routledge: S.173-185.
- Brown, Laura M. (2001): *The United Nations and the Administration of Territories: The Case of Kosovo*. Oxford University Press.
- Brownlee, Jason. (2009): *Portents of Pluralism: How hybrid regimes affect democratic transitions*. American Journal of Political Science, 53(3), S.515–532.  
<https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2009.00384.x>
- Buchholtz, Gabriele (2015): *Streiken im europäischen Grundrechtsgefüge: Zum Harmonisierungspotenzial des Art. 6 Nr. 4 ESC in der Anwendung des EGMR und des EuGH*. Mohr Siebeck.
- Bugajski, Janusz (2014): *The Western Balkans*. International Relations.  
<https://doi.org/10.1093/obo/9780199743292-0094>.

- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (o. J.): Südosteuropa - *Ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik*. <https://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/aussenpolitik/europa/suedosteuropa/> , Abrufdatum 10.11.22
- Calic, Marie-Janine (2000): *Die internationale Gemeinschaft und der Wiederaufbau Kosovos*, in: Konrad Clewing/Jens Reuter (Ed). *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*, München 2000, S. 523-538.
- Carothers, Thomas (2002): *The End of the Transition Paradigm*. *Journal of Democracy* 13 (1), S. 5 - 21.
- Cede, Franz & Prost, Christian (2015): *Anspruch und Wirklichkeit. Österreichs Außenpolitik seit 1945*. Innsbruck, Studien-Verlag.
- Conley, Heather/ Saric, Dejana (2021): *The Serbia-Kosovo Normalization Process: A Temporary U.S. decoupling*. <https://www.csis.org/analysis/serbia-kosovo-normalization-process-temporary-us-decoupling> , Abrufdatum 10.11.22
- Crisis Group (2023): *Kosovo-Serbia: Finding a Way Forward*.  
<https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/balkans/kosovo-serbia/kosovo-serbia-finding-way-forward> , Abrufdatum 10.05.23
- Cristol, Jonathan. (2011): *Constructivism. International Relations*.  
<https://doi.org/10.1093/obo/9780199743292-0061>
- Christen , Elisabeth (2014): *Österreichs außenwirtschaftliche Beziehungen mit den westlichen Balkanländern*.[https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=47172&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47172&mime_type=application/pdf), Abrufdatum 10.05.23
- Deimel, Christian/ García Schmidt, Anna (2009): *Die Unabhängigkeit des Kosovos: Internationale Akzeptanz und politische Perspektiven*. Ibidem Verlag.

Del Castillo, Graciana (2008): *Rebuilding War-Torn states*. In Oxford University Press eBooks.

<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199237739.001.0001>

Deutsche Bundesregierung (2019): *So steht es um die Beitrittsverhandlungen der EU mit dem Westbalkan*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/westbalkan-und-eu-1671606> ,Abrufdatum 10.11.22

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen ,*DGVN (2023): Angespannte Beziehung zwischen Kosovo und Serbien*. Frieden sichern, <https://frieden-sichern.dgvn.de/meldung/angespannte-beziehung-zwischen-kosovo-und-serbien>,  
Abrufdatum 14.11.23

Deutsche Wirtschaftsnachrichten (2020): *Russland und Serbien proben im Kosovo den militärischen Ernstfall*. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/502790/Russland-und-Serbien-proben-im-Kosovo-den-militaerischen-Ernstfall> ,Abrufdatum 13.10.22

Diamond, Larry J. (2015): *Facing Up to the Democratic recession*. Journal of Democracy 26, S. 144 <http://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/Diamond-26-1.pdf> ,Abrufdatum 10.11.22

Die Presse (2016): *Serbien und Kosovo führen Geheimgespräche in Wien*. Wieland Schneider. <https://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4963689/Serbien-und-Kosovo-fuehren-Geheimgespraeche-in-Wien/> ,Abrufdatum 01.11.2022.

Die Presse (2019): *Serbien: Kosovo-Anerkennung wäre Mission impossible*. 30.04.2019. [https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5620284/Serbien\\_KosovoAnerkennung-waere-Mission-impossible/](https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5620284/Serbien_KosovoAnerkennung-waere-Mission-impossible/) ,Abrufdatum 02.11.2022.

Die Welt (2018): *Wie Erdogan Südosteuropa kaufen will*. <https://www.welt.de/politik/ausland/article182271172/Symbolische-Landnahme-Wie-Erdogan-Suedeuropa-kaufen-will-und-scheitert.html> ,Abrufdatum 10.11.22

- Diefenbach, Heike (2009): „Die Theorie der Rationalen Wahl oder „Rational Choice“- Theorie (RCT), in: Brock D, Junge M., Diefenbach H., Keller R., Villanyi D., *Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons*, Wiesbaden S.239 – 290.
- Dimitrova, Antoaneta L. (2016): `The EU's Evolving Enlargement Strategies: Does Tougher Conditionality Open the Door for Further Enlargement?`, “Maximizing the integration capacity of the European Union: Lessons of and prospects for enlargement and beyond” (MAXCAP) Nr. 30
- DiPrizio, Robert C. (2002): *Armed Humanitarians: U.S. Interventions from Northern Iraq to Kosovo*. [https://openlibrary.org/books/OL7870927M/Armed\\_Humanitarians](https://openlibrary.org/books/OL7870927M/Armed_Humanitarians)
- Dirmoser, Dietmar (2015): *EU-Erweiterung und Sicherheit. Ein Blick zurück in die Zukunft*. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Djordjević, Ljubica (2007): *Serbien und die EU: Staatsreform und europäische Integration*. Nomos Verlag.
- Dzihic, Vedran/ Günay, Cengiz (2019): *Ehrlicher Makler oder Konkurrenz zur EU? Die Türkei und ihre Rolle auf dem Balkan*. Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik, Policy Paper #4.
- Dzihic, Vedran/ Kramer, Helmut (2008): *Der Kosovo nach der Unabhängigkeit. Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft*, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05695.pdf> ,Abrufdatum 02.11.22.
- Dzihic, Vedran/ Solioz, Christophe (2006). Foreword. In: Kostovicova, Denisa/ Bojicic-Dzelilowic, Vesna. *Austrian Presidency of the EU. Regional Approaches to the Balkans*. Vienna: Center for European Integration Strategies, S.14-16.
- Dzihic, Vedran/Hergan, Rosa (2022): *Russland am Westbalkan: Gefährliches Agieren Moskaus im Vorhof der EU*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80344-8> ,Abrufdatum 02.05.23



Elbasani, Arolda (2013): *European Integration and Transformation in the Western Balkans: Europeanisation or Business as Usual*, London, Routledge.

European Commission (2012): *Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013*  
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52012DC0600&from=HU> ,Abrufdatum 10.11.22

European Commission (2022): *Enlargement. Candidate countries and potential candidates. Candidate Countries.* <http://ec.europa.eu/environment/enlarg/candidates.htm> ,Abrufdatum 10.11.22

European Court of Auditors (2016): *EU Pre-accession Assistance for Strengthening Administrative Capacity in the Western Balkans: a Meta-audit*, [http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16\\_21/SR\\_WESTERN-BALKANS\\_EN.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR16_21/SR_WESTERN-BALKANS_EN.pdf) , Abrufdatum 10.11.22

Europäischer Rat. (2023): *Belgrade-Pristina Dialogue: Statement by the High Representative on behalf of the European Union on expectations from Serbia and Kosovo.*  
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/09/19/belgrade-pristina-dialogue-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-expectations-from-serbia-and-kosovo/> , Abrufdatum 10.11.23

Europäisches Parlament. (2018): *Zusammenarbeit in den Westbalkanländern: Ein EU-Überblick.* [https://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_5.5.2.pdf](https://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_5.5.2.pdf) , Abrufdatum 10.11.23

Europäischen Parlaments. (2023): *Überblick über die Maßnahmen der EU und Aussichten für die Zukunft STUDIE.* Europa.eu.  
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/620207/EPRS\\_STU\(2018\)620207\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/620207/EPRS_STU(2018)620207_DE.pdf) , Abrufdatum 15.11.23

- Faraj, Anwar Mohamed/ Othman, Tara Taha. (2019). *Constructivism in International Relations: from a theory between positivism and postpositivism to the theory of the world state*. Journal of University of Human Development, 5(1), 1–16.  
<https://doi.org/10.21928/juhd.v5n1y2019.pp1-16>
- Fischer, Horst (2016): *Der Westbalkan und die Europäische Union*. In: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen (Hrsg.) Jahrbuch des Föderalismus*. Baden-Baden, Nomos, S.394-412.
- Freyburg, Tina/ Richter, Solveig (2010): *National Identity matters: The limited impact of EU political conditionality in the Western Balkans*. Journal of European Public Policy, 17(2), 263–281. <https://doi.org/10.1080/13501760903561450>
- Friedrich, Roland (2005): *Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt*. Berliner Schriften zur Internationalen Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden.
- G. Matthew Bonham / Michael J. Shapiro (1977): *Foreign policy decision-making in Finland and Austria: The application of a cognitive process model*. *Thought and Action in Foreign Policy*, S.306–355. [https://doi.org/10.1007/978-3-0348-5872-4\\_10](https://doi.org/10.1007/978-3-0348-5872-4_10)
- Gjura, Dora (2017): *Erfolge und Misserfolge der Westbalkankonferenz: Hat es Veränderungen im Annäherungsprozess des Westbalkans zur EU auf Grund der Westbalkankonferenzen gegeben?*, GRIN Verlag.
- Gordon, Claire/ Kmezić, Marko/ Opardija, Jasmine (2013): *Stagnation and Drift in the Western Balkans: The Challenges of Political, Economic and Social Change*. Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt am Main, New York, Oxford, Wien.
- Griessler, Christina (2020): *The Berlin Process. Bringing the Western Balkan Region Closer to the European Union*. Südosteuropa, 68(1), 1-24. <https://doi.org/10.1515/soeu-2020-0001>

- Grievesson, Richard/ Holzner, Mario/ Vukšić, Goran (2020): *Regional Economic Cooperation in the Western Balkans: The Role of Stabilization and Association Agreements, Bilateral Investment Treaties and Free Trade Agreements in Regional Investment and Trade Flows*. Eastern European Economics, 59(1), S.3–24.  
<https://doi.org/10.1080/00128775.2020.1846130>
- Gruber, Peter (2013): *Informal Talks and the Formal Talks between Belgrade and Pristina*, article, Austrian Institute for International Affairs.
- Gumpel, Werner (1999): *Der Kosovo-Konflikt – Historische, politische, ethnische und wirtschaftliche Hintergründe*, in: *Politische Studien*, Sonderheft 4/1999, S. 7 - 18.
- Hasani, / Musta (2015): *Das Abkommen von Belgrad: Ein Durchbruch in den Kosovoserbischen Beziehungen*, book, Diplomatische Akademie Wien.
- Hillion, Christophe (2013): *'Enlarging the European Union and Deepening its Fundamental Rights Protection'*. SIEPS European Policy Analysis.  
[https://www.sieps.se/en/publications/2013/enlarging-the-european-union-and-deepening-its-fundamental-rights-protection-201311epa/Sieps\\_2013\\_11epa.pdf](https://www.sieps.se/en/publications/2013/enlarging-the-european-union-and-deepening-its-fundamental-rights-protection-201311epa/Sieps_2013_11epa.pdf) , Abrufdatum 10.11.22
- Hornstein Tomić, Carolien (2008): *Interethnische Beziehungen in Südosteuropa – Ein Bericht zur Lage in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien*. Konrad-Adenauer-Stiftung. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_13975-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_13975-544-1-30.pdf), Abrufdatum 22.02.23
- Hoxhaj, Enver/ Kurz, Sebastian (2017): *Aktionsplan Österreich – Kosovo 2017*. Wien: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.  
[https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user\\_upload/Zentrale/Aussendungen/2017/Austria\\_Kosovo\\_Deutsch.pdf](https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussendungen/2017/Austria_Kosovo_Deutsch.pdf) , Abrufdatum 10.11.22
- Huntington, Samuel (1991): *The Third Wave: Democratization in the late 20th century*. University of Oklahoma Press.

- Internationaler Gerichtshof (2010): *Accordance with International Law of the unilateral Declaration of Independence in respect of Kosovo*.  
<https://www.webcitation.org/5rRB9e3bz?url=http://www.icj-cij.org/docket/files/141/15987.pdf> , Abrufdatum 10.11.22
- Jones, Alexander. (2004): *The Kosovo Conflict and International Law: An Analytical Documentation 1974-1999*. Cambridge University Press.
- Judah, Tim (2008): *Kosovo: What Everyone Needs to Know*. Oxford University Press.
- Kleine Zeitung (2018): *Kneissl für rasche EU-Erweiterung*.  
[https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/5479494/Balkan\\_Kneissl-fuer-rasche-EUERweiterung](https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/5479494/Balkan_Kneissl-fuer-rasche-EUERweiterung) , Abrufdatum 10.05.23
- Kloucek, Rainhard (2018): *Kosovo, Spanien und die Ukraine -*. Paneuropa.  
<https://www.paneuropa.at/kosovo-spanien-und-die-ukraine/> , Abrufdatum 23.04.23
- Krämer, Franziska (2009): *Die Politik Deutschlands in der Kosovafrage*, Universitätsverlag Potsdam
- Le Bor, Adam (2003): *Milosevic: A Biography*. London, Bloomsbury
- Majaha-Jartby, Julia (2007): *Kosovo: Establishing Institutions from Scratch*, in: Charles Enoch (Ed). *Building Monetary and Financial Systems: Case Studies in Technical Assistance*, Washington 2007, S. 82-92.
- McCourt, David M. (2022): *Conclusion: The space of constructivism. The New Constructivism in International Relations Theory*, Cambridge University Press, S.143–149.  
<https://doi.org/10.46692/9781529217858.010>
- Mendelski, Martin (2013): *Where does the European Union Make a Difference? Rule of Law Development in the Western Balkans and Beyond*. in: Elbasani, Arolda (Ed). *European Integration and Transformation in the Western Balkans: Europeanisation or Business as Usual*. London: Routledge: S.101-119.

Misic, Tanja. (2015): *The Serbian community in Austria* – Universität Graz. <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/content/titleinfo/838658/full.pdf>, Abrufdatum 10.05.23

Müftüler-Baç, Meltem/ Çiçek, Aylin Ece(2015): *A Comparative Analysis of the European Union's Accession Negotiations for Bulgaria and Turkey: Who Gets in, When and How?, "Maximizing the integration capacity of the European Union: Lessons of and prospects for enlargement and beyond"* (MAXCAP) Nr. 7

Nechev, Zoran (2013): *Embedding rule of law in the enlargement process: A case for the EU political conditionality in the accession of the Western Balkan countries*. Association for Development Initiatives – Zenith

Nelaeva, Galina A. /Semenov, Andrey V. (2016): *EU-Russia Rivalry in the Balkans. Linkage, Leverage and Competition (The Case of Serbia)*. Romanian Journal of European Affairs 16(3): S.56-71.

Nielsen, Christian Axboe (2018): *Kosovo and Serbia: Contested Options and Shared Consequences*. Social History 43(1): S.154-156.

OECD (2003): *Reviews of National Policies for Education: South Eastern Europe, Volume 1*, Paris. [https://read.oecd-ilibrary.org/education/reviews-of-national-policies-for-education-south-eastern-europe-2003\\_9789264100725-en#page2](https://read.oecd-ilibrary.org/education/reviews-of-national-policies-for-education-south-eastern-europe-2003_9789264100725-en#page2), Abrufdatum 10.05.23

Oliker, Olga/Keith, Crane/ Lowell H. Schwartz/ Catherine, Yusupov (2009): *Russian foreign policy: sources and implications*. <https://apps.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a496479.pdf>, Abrufdatum 10.02.23

Österreich, A. der R. (2023): *Southeast Europe*. Southeast Europe – BMEIA, Außenministerium Österreich. <https://www.bmeia.gv.at/en/european-foreign-policy/foreign-policy/europe/southeast-europe/>, Abrufdatum 10.05.23

Pajaziti, Ali/ Memeti, Mevlan (2019): *Austrian Albanians between cultural integration and cultural defense*. SEEU Review, 14(1), S.3–19. <https://doi.org/10.2478/seeur-2019-0002>

- Pech, Laurent (2016): *The EU as a Global Rule of Law Promoter: The Consistency and Effectiveness Challenges*. *Asia Eur J* 14: S.7–24.
- Petričušić, Antonija (2005): *Regional cooperation in the western balkans – A key to integration into the European Union*. *Croatian Yearbook of European Law and Policy*, 1(1). <https://doi.org/10.3935/cyelp.01.2005.10>
- Phinnemore, David (2013): *'The Stabilisation and Association Process: a Framework for European Union Enlargement?'* in: Elbasani, Arolda. (Ed). *European Integration and Transformation in the Western Balkans: Europeanisation or Business as Usual*. London, Routledge: S.22-37
- Qorraj, Gazmend (2016): *Economic cooperation as a way toward reconciliation and EU integration for Kosovo and Serbia*. *Kosovo and Serbia*, S.196–215. <https://doi.org/10.2307/j.ctt1qv5n21.16>
- Radeljic, Branislav (2018): *Russia and Serbia. Between Brotherhood and Self-Serving Agendas*. *Russian Analytical Digest* 226, Zurich, ETH-Zurich, S. 6 - 8.
- Radeljic, Branislav (2019): *Tolerating semi-Authoritarianism? Contextualizing the EU's Relationship with Serbia and Kosovo*. In: Dzankic, Jelena, Keil, Soeren/ Kunezic, Marko. *The Europeanization of the Western Balkans. A Failure of EU-Conditionality?* Berlin, Springer, S.157-180.
- Renner, Stephane / Trauner, Florian (2009): *Creeping EU Membership in South-East Europe: The Dynamics of EU Rule Transfer to the Western Balkans*. *Journal of European Integration* 31(4), S. 449-465.
- Roth, Dieter (2008): *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. Bielefeld, 2. Aufl.

- Schimmelfennig, Frank/ Engert, Stefan/ Knobel, Heiko (2006): *International Socialization in Europe: European Organizations, Political Conditionality, and Democratic Change*, *Palgrave Studies in European Union Politics*. Palgrave Macmillan, Basingstoke; New York.
- Schmidt, Fabian (1999): *Im Griff der großen Mächte. Das Kosovo in der wechselvollen Geschichte des Balkans*, in: Schmid, Thomas (Ed) *Krieg im Kosovo*. Reinbek bei Hamburg 1999, S. 82 -101.
- Sjoberg, Laura (2017): *Queering IR Constructivism*, In Routledge eBooks. S68–79. <https://doi.org/10.4324/9781315268934-11>
- Skak, Mette (1997): *Stability of Democracy and Institutions and the Rule of Law*, in: Müller-Graf, Peter-Christian (Ed). *East Central Europe and the European Union: From European Agreements to a Membership Status*, Baden-Baden.
- Smith, John K. (2002): *NATO's 'Humanitarian War' Over Kosovo*. *The International Journal of Human Rights*, 6(1), S.1-18.
- Sonnleitner, Sandra (2018): *Foundations of Austrian Foreign Policy. Bilateral Diplomacy and EU Membership*, S. 71–80. <https://doi.org/10.5771/9783845289311-71>
- Stefanova, Boyka (2013): *Kosovo. The Europeanisation of Conflict Resolution*. In Manchester University Press. <https://doi.org/10.7765/9781847794093.00012>
- Stocké, Volker (2002): *Framing und Rationalität. Die Bedeutung der Informationsdarstellung für das Entscheidungsverhalten*. München, Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Stojanovic, Dusan (2023): *Why tensions are flaring between Kosovo and Serbia*. PBS. <https://www.pbs.org/newshour/world/why-tensions-are-flaring-between-kosovo-and-serbia> , Abrufdatum 10.06.23

- Suchanek, A. (2021): *Definition: homo oeconomicus*. Gabler Wirtschaftslexikon.  
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/homo-oeconomicus-34752/version-258248>  
, Abrufdatum 10.11.22
- Sundhaussen, Holm (1993): *Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall*. Mannheim, B.I.-Taschenbuchverlag.
- Švob-Đokić, Nataša/ Milohnić, Ana (2011): *Cultural transitions in Southeastern Europe: Cultural identity politics in the (post- )Transitional Societies*. Institute for International Relations.  
<https://irmo.hr/wp-content/uploads/2013/11/cultid09.pdf>, Abrufdatum 10.05.23
- Swaton, Chiara (2023): *Austria pushes for rapid EU enlargement progress during Serbia visit*.  
<https://www.euractiv.com/section/politics/news/austria-pushes-for-rapid-eu-enlargement-progress-during-serbia-visit/>, Abrufdatum 10.05.23
- Taskushina, Aigul (2000): *Die humanitäre Intervention am Beispiel des NATO-Einsatzes im Kosovo*, Marburg.
- The Economist (2015): *The rouble's rout*. <http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21632634-bold-policies-russias-central-bank-may-not-stem-roubles-decline>  
[Abrufdatum 10.05.23](#)
- Tolstrup, Jakob (2014): *Black Knights and elections in authoritarian regimes: why and how RUSSia supports authoritarian incumbents in post-Soviet states*. European Journal of Political Research, 54(4), S.673–690. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12079>
- Tversky, Amos/ Kahneman, Daniel (1981): *The framing of decisions and the psychology of choice*. *Science*, 211(4481), S.453–458. <https://doi.org/10.1126/science.7455683>
- Ukelli, Sami (2008): *Ist der Frieden im Kosovo/Kosova von Dauer? Herausforderungen der kosovarischen Gesellschaft im Transformationsprozess unter besonderer Berücksichtigung der Politik und Wirtschaft: Eine Bestandsaufnahme*. Linz, Trauner Verlag.



- Vachudova, Milada Anna (2014): *EU Leverage and National Interest in the Balkans. The Puzzle of Enlargement Ten Years on*. Journal of Common Market Studies 52(1), S.122-138.
- Varwick, Johannes (2000): *Globalisierung*, in: Woyke, Wichard (Ed). *Handwörterbuch internationale Politik*, 8. aktualisierte Auflage, Bonn, S. 136-147.
- Vasques, E. (2022): *Austria to remain a bridge between EU and Serbia, Western Balkans*. [https://www.euractiv.com/section/politics/short\\_news/austria-to-remain-a-bridge-between-eu-and-serbia-western-balkans/](https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/austria-to-remain-a-bridge-between-eu-and-serbia-western-balkans/) , Abrufdatum 10.05.23
- Vesnic-Alujevic, Lucia (2012): *European integration of Western Balkans: From Reconciliation to European Future*. *European View*, 11(2), S.287–287. <https://doi.org/10.1007/s12290-012-0235-1>
- Visoka, Gezim (2017): *Intervention, peace, and the State. Shaping Peace in Kosovo*, S.1–31. [https://doi.org/10.1007/978-3-319-51001-9\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-319-51001-9_1)
- Vucic, Aleksandar/ Kurz, Sebastian (2017): *Aktionsplan Österreich – Serbien 2017*. [https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user\\_upload/Zentrale/Aussendungen/2017/Aktionsplan\\_Oesterreich\\_Serbien\\_2017.pdf](https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussendungen/2017/Aktionsplan_Oesterreich_Serbien_2017.pdf) , Abrufdatum 10.05.23
- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge University Press.
- Wölfl, Adelhein (2010): *Unabhängigkeit des Kosovo ist legal*. DER STANDARD. <https://www.derstandard.at/story/1277338721840/unabhaengigkeit-des-kosovo-ist-legal> , Abrufdatum 10.01.23
- Wiener, Antje. (2006): *Constructivist approaches in international relations theory: Puzzles and promises*. SSRN Electronic Journal. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1939758>

- Wippermann, Wolfgang (2002): *Was ist Faschismus. Geschichte und Theoriegeschichte*, in: Loh, Werner/ Wippermann, Wolfgang (Ed). *“Faschismus“ – Kontrovers*, Stuttgart, De Gruyter Oldenbourg. S. 1-50.
- Wirtschaftsnachrichten (2015): *Gegen Russland: EU eröffnet Beitritts-Verhandlungen mit Serbien*. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/12/14/gegen-russland-eu-eroeffnet-beitritts-verhandlungen-mit-serbien> , Abrufdatum 10.11.22
- Wittkowsky, Andreas (2009): *Modellfall Kosovo? UNMIK und die Architektur künftiger internationaler Mandate*. [http://www.fes.de/ipg/ONLINE2\\_2002/artwittkowsky.pdf](http://www.fes.de/ipg/ONLINE2_2002/artwittkowsky.pdf), Abrufdatum 10.02.23
- Zentner. C. (1982): *Der große Bildatlas zur Weltgeschichte*. Stuttgart, Paul List Verlag.
- Zhelyazkova, Asya/Demjanowski, Iwan/Nechew, Zoran/ Schimmelpfennig, Frank (2019): *European Union Conditionality in the Western Balkans: External Incentives and Europeanization*. In: Dzankic, Jelena/ Keil, Soeren/ Kunezic, Marko (Ed). *The Europeanization of the Western Balkans. A Failure of EU- Conditionality?* Berlin: Springer, S.15-37.
- Zygojannis, Philipp A. (2003): *Die Staatengemeinschaft und das Kosovo: Humanitäre Intervention und internationale Übergangsverwaltung unter Berücksichtigung einer Verpflichtung des Intervenienten zur Nachsorge*. Berlin, Duncker & Humblot